

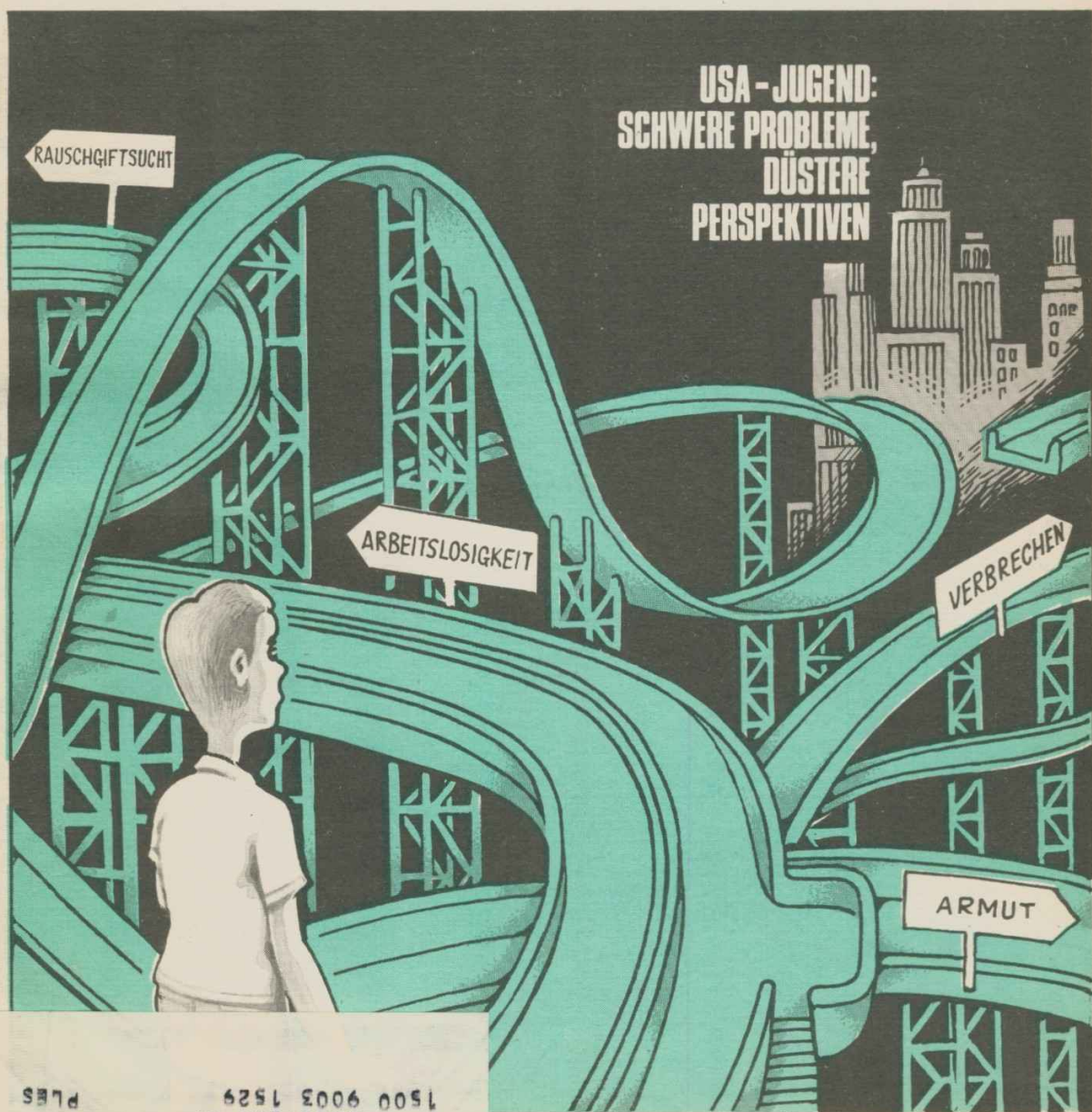
NEUE ZEIT

JUNI 1985

26 auf-
genommen

Institut der Zollverwaltung der DDR
„HEINRICH RAU“
1501 Plötzin, Ortst. Plessow 2
Postfach 600
Fachbibliothek

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK



USA - JUGEND:
SCHWERE PROBLEME,
DÜSTERE
PERSPEKTIVEN

14759 26
151 394 347
ZOLLVERW-BI
1500 9003 1529
PLES



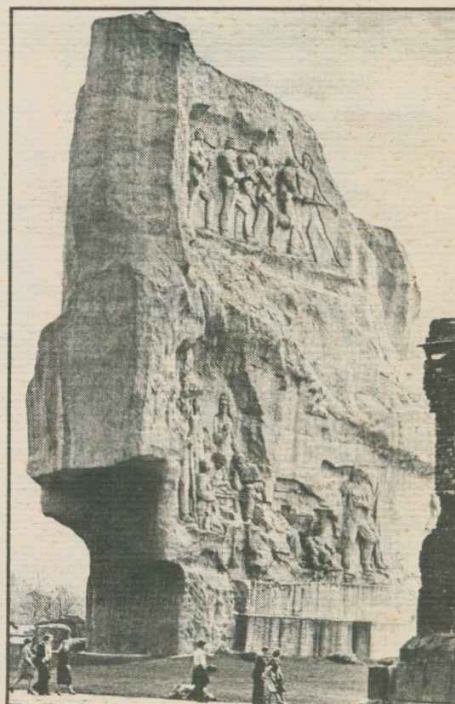
Nach dem Überfall der Hitlerwehrmacht auf die Sowjetunion nahmen die Grenzsoldaten und die an der Grenze stehenden Einheiten der Roten Armee als erste den Kampf auf. Sie zeigten außerordentliche Standfestigkeit und großen Mut. So wehrten die eingeschlossenen Verteidiger der Brester Festung 28 Tage lang die wütenden Attacken des weit überlegenen Feindes ab. Selbst nachdem die Hitlerfaschisten bereits viele Befestigungen eingenommen hatten, setzten die sowjetischen Soldaten den Widerstand unter unglaublich schweren Bedingungen fort. Das Wasser war knapp, es gab keine Lebensmittel, keine Medikamente. Fast einen Monat lang band die Garnison der Festung eine ganze deutsche Division.

Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR verlieh am 8. Mai 1965 der Brester Festung den Ehrentitel „Heldenfestung“ mit Überreichung des Leninordens und der Medaille „Goldener Stern“.

Diese Fotos zeigen den Memorialkomplex der Brester Festung.

Die Festungsmauern rufen dazu auf, das Heldentum und den Mut der Verteidiger nicht zu vergessen.

Fotos: S. Kossyrew und TASS



DER ERSTE UND DER LETZTE TAG

Wasser rollt Steine glatt, Sand verschüttet Gräben, die Zeit heilt die Wunden. Das Wundmal, das der Überfall Nazideutschlands auf die UdSSR am 22. Juni 1941 hinterlassen hat, wird immer schmerzen. Neue Generationen kommen, aus den Vätern, die im Krieg gefallen sind, werden Großväter. Aber von einem vergilbten Foto aus dem Jahr 1941 messen sie das Handeln der Nachkommen mit dem gleichen durchdringenden, strengen Blick.

Es war nicht nur eine Aggression: In der Morgendämmerung des 22. Juni unternahm der Imperialismus einen weiteren Versuch, den historischen Streit zwischen den sozialen Systemen und den Weltanschauungen mit militärischen Mitteln zu lösen. Die Oktoberrevolution hatte den Frieden gebracht. Selbst jenem überalterten sozialen System, das vom Sozialismus abgelöst wurde, bot die neue Gesellschaftsordnung friedliche Zusammenarbeit und gutnachbarliche Koexistenz an. Der internationale Imperialismus wollte von dieser wahrlich historischen Chance keinen Gebrauch machen. Statt dessen versuchte er gleich nach der Oktoberrevolution, durch eine Intervention das Sowjetland militärisch zu überrollen. In den 20er und 30er Jahren gab es unzählige Provokationen und 1941 schließlich den Barbarossa-Plan.

Die Bourgeois aller Länder hätten am Tag des Hitlerschen Abenteuer hell begeistert sein sollen: Die faschistische Aggression drängte endlich ostwärts, genau so, wie es sich Chamberlain, Daladier und ihre Gesinnungskumpane in den USA erträumt hatten. Aber Hitler schonte seine "Befrieder" keinesfalls. Im Sommer 1941 schwebten nicht nur die sozialistische UdSSR, sondern auch viele kapitalistische Länder in Todesgefahr.

Konstantin Simonow, der Dichter, der den tragischen Sommer und Herbst 1941 wohl am eindringlichsten geschildert hat, prägte die Worte: "Es gibt kein fremdes Leid." Westliche Politiker, die bereit waren, das Sowjetvolk dem Leid und Tod preiszugeben, brachten Leid über sich selbst, über ihre Landsleute. Aber in der schweren Zeit wollte die UdSSR nicht die große Rechnung präsentieren. Sie begann die Entscheidungsschlacht für die eigene Freiheit und die der anderen Länder, und selbst wenn zu deren Spitzenpolitikern Erzfeinde der Sowjetmacht wie etwa Churchill gehörten. Die Antihitlerkoalition entstand, und in ihrem Rahmen rettete der Sozialismus nicht nur sich, sondern auch Länder mit einer anderen Gesellschaftsordnung.

Was bedeutet das heute? In erster Linie: Der 22. Juni ist eine eindringliche Mahnung an jene, die

meinen, den Sozialismus mit militärischen Mitteln besiegen zu können. Vor kurzem wurde in Moskau von einer hohen Tribüne aus nachdrücklich bestätigt, daß das Sowjetvolk keine Kräfte und Mittel scheuen wird, um seine Verteidigung zuverlässig zu sichern.

Es gibt auch eine andere Lehre. Wenn die Spitzenpolitiker im Weißen Haus heute anderen Ländern und Völkern frech die Verhaltensregeln diktieren und für sich das Recht beanspruchen, diese Länder wegen "schlechten Benehmens" zu "bestrafen", hegen viele im Westen die Illusion, das sei nicht weiter schlimm: Es gehe ja nur um die "schuldigen Kommunisten", warum sich unnötigerweise Sorgen machen: Die Wirtschaftsblockade wird ja über Polen verhängt, die Contras und die afghanischen Banditen werden in Nikaragua und Afghanistan vorgeschickt, unter amerikanischen Soldatenstiefeln stöhnt das ferne Grenada. Auch wenn sie eine Atombombe abzuwerfen drohen, so doch auf das ferne Moskau...

Es war schon 1941 ein Verbrechen, mit fremdem Leid zu spielen. Und heute erst! Das Beispiel der Hitlerschen Weltherrschaftsträume zeugt davon, daß solche Präntentionen eine innere Dynamik haben. Heute erstrecken sie sich auf ein Land, und morgen... Warum übrigens erst morgen? Schon heute bringt man in Washington den französischen und italienischen Staatsmännern bei, wie sie sich zu den kommunistischen Parteien zu verhalten haben, diktiert man den westlichen, darunter neutralen Ländern, mit wem sie Handel treiben dürfen und mit wem nicht.

Nein, im Nuklearzeitalter kann es kein fremdes Leid geben. Nicht von ungefähr forderte der große Einstein die Menschheit auf, umdenken zu lernen. Wie hoffnungslos veraltet sind doch die durch die Ausbeutergesellschaft hervorgebrachten Normen von Eigennutz und Eigenliebe, von Faustrecht und dem Streben, sich an anderer Leute Schweiß und Blut gesundzustößen! Heute könnte jemand, der sich von solchen Normen leiten läßt, ein nicht wiedergutzumachendes Leid über alle, über die ganze menschliche Zivilisation bringen.

Auf der nebenstehenden Seite sehen Sie Fotos der Festung Brest. Ihre Helden sind inzwischen ein Begriff für den unbeugsamen Willen der sowjetischen Menschen geworden, die am 22. Juni 1941 ihren Kampf begannen und ihn in den unterirdischen Kasematten auch noch dann führten, als sie keine Überlebenschance mehr hatten. Können sich die Völker heute denn damit abfinden, daß die Atombesessenen aus den atlantischen Stäben die Welt in den unterirdischen Kasematten der Atombunker vergraben wollen? Stellt man sich diese Frage, so hat man sie schon beantwortet. Nein, der 22. Juni darf sich nicht wiederholen, weder in der konventionellen noch in der nuklearen Variante, die die Menschheit ihrem letzten Tag entgegenbringen könnte.

● Als einfacher Amerikaner finde ich die kürzlichen Beiträge in der NZ gegen ein kosmisches Verteidigungssystem vernünftig und konstruktiv. Meiner Ansicht nach sind sie deshalb so anerkennenswert, weil sie in beherrschtem Ton nachweisen, wie falsch es ist, bei solchen Vorhaben auf eine Erhaltung des Friedens zu hoffen. Ich bin überzeugt, daß Ihre kritischen Beiträge auch weiterhin so konstruktiv sein werden.

Jay HIGGINBOTHAM

Mobile, USA

● In Ihrem Heft 20 habe ich die Zuschrift des Österreichers Karl Hirt gelesen, der schreibt, er sei im Herbst 1942 als Wehrmachtsoldat zur Roten Armee übergegangen. Es wäre begrüßenswert, wenn sich Kriegsveteranen, die ihn kannten, melden würden. Ich möchte ihm meinen Dank aussprechen: Werter Herr Hirt, es war ehrlich und hochsinnig von Ihnen, an unsere gerechte Sache zu glauben. Wir in der UdSSR werden das nicht vergessen. Unsere Hochachtung Ihnen und allen, die sich in den allgemeinen Kampf eingeschaltet und geholfen haben, der faschistischen Bestie das Genick zu brechen.

A. KUTSCHERJAJEWA

Region Krasnojarsk, RSFSR

● Sehr deprimiert war ich über das Programm unseres Fernsehens "Dem Krieg zugewandt" (Heft 18/85), in dem der abtrünnige Yves Montand, der ständig auf der Jagd nach Popularität ist, mit allerlei Mitteln, über die das Fernsehen verfügt, die minderwertige antikommunistische "Einmannvorstellung" bestritt, in der es von allerlei Platitüden nur so wimmelte, solchen wie "Besorgniserregende Situationen hängen immer mit den Roten zusammen", "Der Feind kann nur vom Osten kommen" oder "Wir müssen uns energischer in das Rennen einschalten, um nicht abgehängt zu werden". Damit wollte er nur eins: eine Militarisierung des Kosmos rechtfertigen. Unser Verteidigungsminister hat mit sanfter Miene und der Ahnungslosigkeit eines Kindes versucht, die Vorbereitungen zu "Sternenkriegen" als wichtigste Voraussetzung für einen "Sternenfrieden" hinzustellen. Weiter sprach er von "herrlichen Möglichkeiten", die die nukleare Abschreckung biete. Man nötige uns, über das U-Boot "Inflexible" und die 96 Sprengköpfe der darauf zu stationierenden Raketen entzückt zu sein. Das alles ist eine gewissenlose Hirnwäsche. Liebe Freunde, Sie sollen wissen: Längst nicht alle Franzosen lassen sich verdummen. Die Verbundenheit unserer beiden Völker ist so fest, daß sie auch dieser üblen Mache standhalten wird. Ich liebe die Sowjetunion. Ich war zweimal bei Ihnen und will wiederkommen, um wieder Menschen zu sehen, die dem morgigen Tag sicher entgegengehen und nach Frieden streben. Ich vertraue auf Sie, ich glaube Ihnen.

L. LACAZEDIEU

Lyon, Frankreich

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

Nr. 26 JUNI 1985

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLIAKOW (Stellv. Chefredakteur), J. GUDKOW (Verantw. Sekretär), V. GU-
STSCHIN, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur),
W. RUBZOW, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv.
Chefredakteur), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe:

R. KRESTJANINOW

Gestaltung: A. Garanin

IN DIESEM HEFT:

Der erste und der letzte Tag (Wort des Redakteurs)	1
N. Schischlin—Kühne und realistische Strategie	5
W. Kusnezow — Das Weiße Haus und SALT	6
W. Baburow — Was steht auf der Tagesordnung?	9
A. Uswatow — Staatsterrorismus auf allen Breitengraden (NZ-Standpunkt)	10
A. Tolpegin — BRD. Jahrmarkt des Revanchismus	10
L. Besymenski — Wie tot ist Mengelei	10
J. Tawrowski — Japan. Die „aufgehende Sonne“ und „Sternenkriege“	12
A. Dolgow — Moçambique. Revolutionäre Errungenschaften verteidigen	14
L. Jelin — Sprungbrett der Aggression (NZ-Kommentar)	15
Notizen ♦ Glossen	16
N. Sholkwer — „Wir, die Völker der Vereinten Nationen...“	18
A. Archipow — USA. Fata Morgana in der „Reaganomics“-Wüste	20
L. Welikowitsch — „Instruktion“ der Inquisitionserben	22
G. Rjabow — Zur Venus und weiter zum Halleyschen Kometen	25
N. Alexandrow — Friedenskurs contra „Eisernes Dreieck“ (Das politische Buch)	26
D. Sgerski — Legalisierte Unmenschlichkeit (Das politische Buch)	26
W. Markin — Ein Kontinent, der allen gehört (Wissenschaft, Technik, Menschheit)	28
W. Rubzow — Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



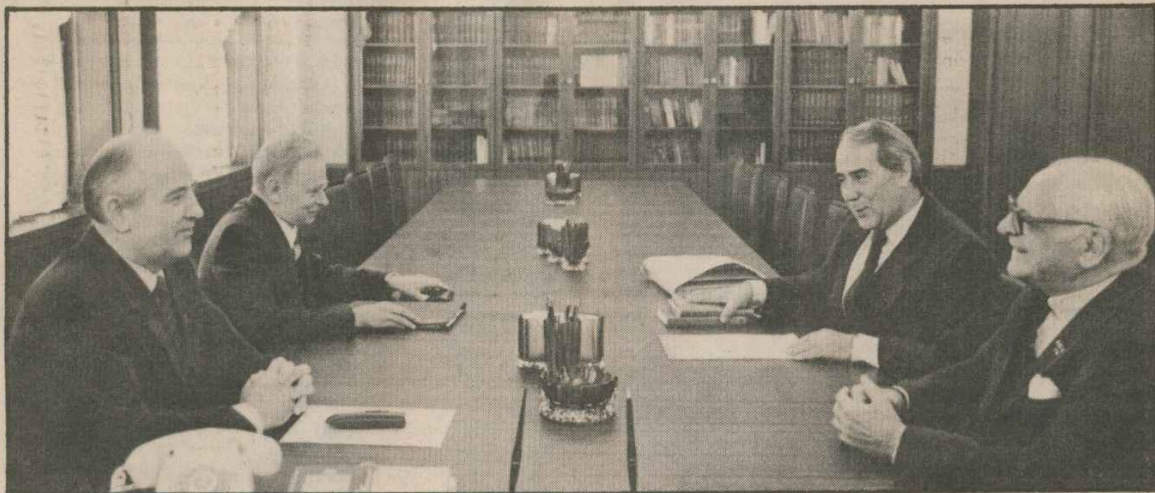
Erste Opfer des militaristischen Kurses der Reagan-Regierung sind junge Amerikaner. Sie erhöhen die Zahl der Arbeits- und Obdachlosen. [S. 20.]

Titelbild: N. Stscherbakow

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschadj. Rufnummern: 229-88-62, 209-07-67 (Auskünfte). Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU, Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschadj, Moskau.



Am 17. Juni empfing der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, Armand Hammer, einen namhaften Vertreter der Geschäftskreise der USA, den Präsidenten und Vorsitzenden des Direktorenrates der Firma Occidental Petroleum Corporation. In dem Gespräch wurden mögliche Wege für die Entwicklung der beiderseitig vorteilhaften sowjetisch-amerikanischen Wirtschaftsverbindungen erörtert, an deren Realisierung die von Armand Hammer geleitete Firma aktiv teilnimmt.

Michail Gorbatschow dankte Armand Hammer herzlich für das von ihm der Sowjetunion geschenkte Original einer Notiz von W. I. Lenin aus dem Jahre 1921.

Arbeiterbewegung, Mitglied des Politbüros des ZK der KP Indonesiens, Vorsitzender des Nationalrates des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Indonesiens und Vizevorsitzender des Weltgewerkschaftsbundes hingerichtet. Die bevorstehenden Hinrichtungen weiterer drei Funktionäre der KPI wurden bekanntgegeben. Die Sowjetregierung, wird in der Erklärung betont, verurteilt entschieden den erneut in Indonesien entfesselten antikommunistischen Terror und appelliert an die indonesische Regierung, auf die Stimme der Weltöffentlichkeit, auf die Stimme der Vernunft, der Humanität und der Gerechtigkeit zu hören.

Am 18. Juni fand in Kostomukscha (Karelische ASSR) ein Meeting anlässlich der Fertigstellung des Erzaufbereitungskombinats statt, an dessen Errichtung sich finnische Firmen beteiligt hatten. An dem Meeting nahmen Nikolai Tichonow und der Präsident der Republik Finnland, Mauno Koivisto, der an diesem Tag in der UdSSR eingetroffen war, teil. Nikolai Tichonow und Mauno Koivisto hatten eine Unterredung. Fragen der sowjetisch-finnischen Beziehungen und aktuelle internationale Probleme wurden erörtert. Anschließend reiste Mauno Koivisto nach Finnland zurück.

Am 13. Juni empfing Vitali Worotnikow den kanadischen Außenhandelsminister James Francis Kelleher, der die kanadische Delegation zur 5. Tagung der sowjetisch-kanadischen Gemischten Kommission für wirtschaftliche, industrielle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit leitete. In dem Gespräch wurden

Am 11. und 12. Juni fand im ZK der KPdSU eine Beratung zu Fragen der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts statt. Das Referat "Die Grundfrage der Wirtschaftspolitik der Partei" wurde von Michail Gorbatschow gehalten. In dem Referat wurden die Errungenschaften der sowjetischen Wirtschaft, die Notwendigkeit und Möglichkeit einer Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung des Landes auf der Grundlage des wissenschaftlich-technischen Fortschritts aufgezeigt. Mängel und Schwierigkeiten wurden aufgedeckt, Wege und Mittel zu ihrer Überwindung gewiesen und neue Aufgaben gestellt (S. 5).

Michail Gorbatschow erhielt eine Botschaft der Führung der Allindischen Vereinigung der Kämpfer für die Unabhängigkeit, der Veteranen der nationalen Befreiungsbewegung Indiens. In der Botschaft wird die Rolle der Sowjetunion im Kampf für Frieden, die Verhinderung einer Eskalation des Wettübens und die Abwendung der Kriegsgefahr hoch eingeschätzt, wird eine hohe Bewertung der

Ergebnisse der sowjetisch-indischen Gespräche auf höchster Ebene gegeben. Der kürzliche UdSSR-Besuch des Ministerpräsidenten Indiens, Rajiv Gandhi, heißt es im Antwortschreiben Michail Gorbatschows, und die sowjetisch-indischen Gespräche in Moskau haben überzeugend gezeigt, daß sich die sowjetisch-indische Freundschaft dynamisch entwickelt und festigt, daß sie ein wichtiger Faktor des Friedens und der Stabilität nicht nur in Asien, sondern auch in anderen Regionen ist. "Ich teile voll und ganz ihre Besorgnis über die angespannte Weltlage", heißt es in dem Schreiben Michail Gorbatschows. "Was die Sowjetunion angeht, so werden wir auch in Zukunft alles tun, um die Gefahr eines beliebigen — nuklearen oder kosmischen — Krieges abzuwenden. Das Hauptprinzip unserer Außenpolitik ist eine Welt ohne Kriege, eine Welt ohne Waffen."

In der sowjetischen Presse wurde eine Erklärung der Sowjetregierung zu der Welle antikommunistischen Terrors in Indonesien veröffentlicht. Dort wurde Mohammed Munir, ein namhafter Funktionär der indonesischen und internationalen

einige Fragen der sowjetisch-kanadischen Beziehungen angeschnitten.

Am 17. Juni traf eine Delegation des Komitees für Parteikontrolle beim ZK der KPdSU unter Michail Solomenzew in Warschau ein. Bei einer Begegnung tauschten Michail Solomenzew und der Vorsitzende der Zentralen Kommission für Parteikontrolle, J. Urbanski, Erfahrungen der Parteiarbeit aus.

Am 16. Juni traf eine Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR unter Boris Ponomarjow in Madrid ein. Am 17. Juni traf Boris Ponomarjow mit dem spanischen Regierungschef Filipe Gonzalez zusammen. Es fand ein Meinungsaustausch über die wichtigsten internationalen Probleme und über Fragen der weiteren Entwicklung der sowjetisch-spanischen Beziehungen statt. Boris Ponomarjow überbrachte Filipe Gonzalez ein Schreiben Michail Gorbatschows.

In der sowjetischen Presse wurde eine TASS-Erklärung im Zusammenhang mit der von US-Präsident Reagan abgegebenen Erklärung über die Politik der USA gegenüber den geltenden Verträgen und Abkommen zur Begrenzung der strategischen Rüstungen veröffentlicht (S. 6).

Im Zusammenhang damit, daß in dem in Rom stattfindenden Prozeß zum Papstatentat Versuche unternommen werden, unglaubliche Anschuldigungen einer Beteiligung sozialistischer Länder an diesem Verbrechen zu fabrizieren, gab TASS eine Erklärung ab. Der türkische Neofaschist Agca, der als wichtigster "Zeuge der Anklage" fungiert, behauptete, er habe Kontakt zu sowjetischen Diplomaten in Sofia unterhalten. Die Absurdität dieser Erfindungen des pathologischen Lügners liegt auf der Hand, heißt es in der Erklärung. TASS ist bevollmächtigt, folgendes zu erklären: In der Sowjetunion erwartet man, daß dieses ganze schmutzige Unterfangen, das auf die Vergiftung der internationalen Atmosphäre und darauf gerichtet ist, die Beziehungen Italiens zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Ländern zu schädigen, beendet wird — und je schneller, desto besser.

Am 15. Juni setzte die automatische Interplanetarstation VEGA 2 in der Venusatmosphäre einen Landeapparat und eine autonome Ballonsonde ab (S. 25).

Solange es nicht zu spät ist

In der ganzen Welt wächst die Besorgnis über die "Sternenkriegs"-Pläne. In den Kampf gegen diese gefährlichen Pläne reißen sich Vertreter der verschiedensten politischen und sozialen Schichten, der Friedensbewegungen vieler Länder ein. Diesem Problem war auch die Begegnung "Für die Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum" (12.—15. Juni, Genf) gewidmet. An dem Treffen, das auf Initiative des internationalen Verbindungsforums der Friedenskräfte veranstaltet wurde, nahmen bekannte Wissenschaftler, Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus der UdSSR, den USA, Griechenland, Finnland, der DDR, Indien und anderen Ländern teil.

Die Verwirklichung von Reagans "Strategischer Verteidigungsinitiative" droht das auch ohnehin gefährdete globale Gleichgewicht, die bestehenden internationalen und bilateralen Vereinbarungen und Abkommen über Fragen der Rüstungskontrolle und der Abrüstung zu untergraben. Washington will mit seinen "Sternenkriegs"-Plänen militärische Überlegenheit erlangen. Das war die Meinung vieler Delegierter bei der Genfer Begegnung.

Für gleichberechtigte Zusammenarbeit

Ein gemeinsames Schreiben der Delegationen sozialistischer Länder bei den Vereinten Nationen (Belarussische SSR, Bulgarien, CSSR, DDR, Mongolei, Polen, UdSSR, Ukrainische SSR und Ungarn) an den UNO-Generalsekretär wurde der UNO-Vollversammlung als offizielles Dokument verbreitet. In dem Brief wird insbesondere unterstrichen, daß die Tätigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), besonders in letzter Zeit, gekennzeichnet sei von der offensichtlichen Ignorierung und Schmälerung der Bedeutung von Fragen, die die Grundinteressen der Werktätigen berühren, vor allem des Rechtes auf Leben und Arbeit. Versuche seien zu konstatieren, die ILO zu schmutzigen politischen Zwecken gegen die sozialistischen und andere fortschrittliche Länder zu mißbrauchen. In dem Schreiben wird auf das Fehlen der

erforderlichen Möglichkeiten für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit aller Länder und Seiten in der ILO verwiesen. All das führe zur Untergrabung des universalen Charakters der ILO, deren praktische Tätigkeit immer weniger den von ihrer Satzung gestellten Zielen entspricht.

Der Brief der sozialistischen Länder enthält die Forderungen, daß die ILO in den Mittelpunkt ihrer Arbeit die wichtigsten sozialen Fragen stellt, eine gleichberechtigte Zusammenarbeit im sozialen und Arbeitsbereich aller Länder einleitet und zur Festigung des Friedens beiträgt.

Indischer Ministerpräsident auf Auslandsreise

Der Ministerpräsident Indiens, Rajiv Gandhi, beendete eine Auslandsreise, bei der er vom 5. bis 18. Juni ARÄ, Frankreich, Algerien, die USA und die Schweiz besuchte. Besondere Aufmerksamkeit fanden seine Gespräche mit US-Präsident Ronald Reagan. In Washington wurde ein Ausbau der wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern erörtert. Doch die Gespräche zeigten ernsthafte Differenzen in anderen Bereichen auf. Die Regierungen Indiens und der USA, erklärte Rajiv Gandhi zum Abschluß seines Besuchs, "sehen die Welt unter unterschiedlichen Aspekten". So bekundete Rajiv Gandhi Besorgnis über die von den USA betriebene Militarisierung des Indiks und die Überlassung modernster Waffen an Pakistan. Zudem, meint man in Delhi, könnte Washington mehr tun, um die Entwicklung von Atomwaffen in Pakistan zu verhindern.

Wie man Rajiv Gandhis Reden entnehmen konnte, war er unbefriedigt von den Erläuterungen des Weißen Hauses bezüglich des angeblich friedlichen Charakters von Reagans "Strategischer Verteidigungsinitiative". Ein Raketenabwehrsystem mit weltraumgestützten Elementen, betonte Rajiv Gandhi, werde "unwillinglich offensiv" und werde "die Welt näher an den Rand eines Nuklearkrieges" bringen.

Beobachter in Delhi betonen, daß der Druck Washingtons, Indien zu militärischer Zusammenarbeit zu bewegen, erfolglos blieb.

Rajiv Gandhis Auslandsreise zeuge, wie es heißt, von der aktiven Außenpolitik der derzeitigen indischen Regierung.

KÜHNE UND REALISTISCHE STRATEGIE

Nikolai SCHISCHLIN

Die kürzliche Beratung im ZK der KPdSU zu Fragen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und das Referat Michail Gorbatschows "Die Grundfrage der Wirtschaftspolitik der Partei" werden weiterhin lebhaft in den Medien vieler Länder erörtert.

Sowohl das Referat als auch die Diskussionsbeiträge auf der Beratung machten deutlich: Die sowjetische Wirtschaft hat Kurs auf einen neuen qualitativen Stand genommen. Das Programm eines schnellen Vormarsches in den strategisch wichtigen Richtungen, organisch verbunden mit der strukturellen Umgestaltung der Produktion, mit deren Überführung zu intensiver Entwicklung und mit der Nutzung effektiver Leitungsformen, wurde formuliert und gewinnt Gestalt.

Das Schicksal eines beliebigen Programms hängt von vielen Faktoren ab — von der materiell-technischen Basis, vom politischen Klima in der Gesellschaft oder, anders gesagt, vom Grad der Aktivität und der Interessiertheit der Menschen an der Verwirklichung des betreffenden Programms, vom Vorhandensein einer zielgerichteten, angesehenen und demokratischen Führung, die zu kühnen, ungewöhnlichen Lösungen fähig ist, die weiß, was getan werden muß und wie, und natürlich auch von der Weltlage.

Über all das möchte ich etwas ausführlicher sprechen.

Die Errungenschaften der UdSSR bei der Entwicklung der Produktivkräfte sind bedeutend. Davon zeugen u. a. folgende Angaben. Um das mehr als 16fache gegenüber dem Vorkriegsstand stieg das Nationaleinkommen des Landes, um das 24fache erhöhte sich die Industrieproduktion. Die Wachstumsraten der sowjetischen Industrie waren in den Nachkriegsjahren doppelt so hoch wie in den kapitalistischen Industriestaaten. Heute stellt die UdSSR mehr Roheisen, Stahl, Öl, Gas, Zement, Mineräldünger, Werkzeugmaschinen, Traktoren und viele andere Erzeugnisse her als jedes andere Land.

Das wissenschaftlich-technische Denken der Sowjetunion hat immer wieder herausragende Erfolge in den wichtigsten Richtungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der Welt erzielt. Das einmalige Vorhaben zur Erforschung der Venus, das mittels der sowjetischen Stationen VEGA 1 und VEGA 2

durchgeführt wird, ist da ein besonders aktuelles Beispiel.

Bekanntlich besitzt die Sowjetunion riesige Bodenschätze. Fast alle Elemente des Mendelejewschen Periodensystems finden sich in sowjetischen Lagerstätten. Und die in den letzten beiden Fünfjahrplänen verwirklichten großen Volkswirtschaftsprojekte wie die weltberühmte Baikal-Amur-Magistrale bahnen den Weg zur Erschließung neuer reichster Bodenschätze.

Der zunehmende Wohlstand des Volkes ist eine direkte Folge des unaufhaltsamen Aufschwungs der Produktivkräfte der Sowjetunion. Das Realeinkommen der Bevölkerung ist gegenwärtig mehr als 6mal so hoch wie vor dem Krieg. Der Wohnungsbau hat enorme Dimensionen angenommen. Immer intensiver wird das Gesundheitswesen gefördert. Die sowjetische Gesellschaft ist durch einen hohen Stand der Bildung und Kultur des Volkes gekennzeichnet.

Und was besonders wichtig ist — die Sowjetunion hat es vermocht, die größten sozialen Probleme zu lösen. Die sowjetische Gesellschaft heute ist eine Gesellschaft ohne Arbeitslosigkeit, eine Gesellschaft, in der die völlige Gleichberechtigung der Frau, die Gleichberechtigung aller Völker und Völkerschaften des Landes fest verankert ist, in der die Würde und die Rechte der Bürger geachtet werden und das System der sozialistischen Selbstverwaltung des Volkes vervollkommen ist.

Die Sowjetunion besitzt also, was die materiell-technische Basis, ja auch das geistige Potential der Gesellschaft angeht, alles Erforderliche für eine rapide Beschleunigung der Produktion.

Jetzt zu etwas anderem — zur Aktivität und Interessiertheit der Werktätigen an der Verwirklichung der von der Kommunistischen Partei aufgezeigten großen Pläne. Ich meine, daß die Bedeutung der Juni-Beratung im ZK der KPdSU nur unter Berücksichtigung der Beschlüsse des außerordentlichen März-Plenums und des April-Plenums (1985) des ZK der KPdSU sowie der Haltung der sowjetischen Menschen zu diesen Beschlüssen eingeschätzt werden kann.

Die Sowjetunion ist eine wohlwollende Haltung der bürgerlichen Massenmedien nicht gerade gewohnt. Doch um so bezeichnender ist es, daß auch sie im Grunde einstimmig das

volle Verständnis und die Unterstützung des Sowjetvolkes für solche, wie man meinen könnte, "unpopulären" Maßnahmen konstatieren wie die Festigung der Disziplin, Härte gegenüber Amtsmißbrauch und kompromißloser Kampf gegen solche Erscheinungen wie Alkoholismus. Doch die breiteste Unterstützung für die Maßnahmen der Partei zur Festigung der sozialistischen Ordnung und Moral ist nicht das einzige Kriterium des moralisch-politischen Klimas im Lande.

Die sowjetischen Werktätigen bekunden mit Wort und Tat ihre Haltung zum Kurs der KPdSU. Ich meine die intensive, angespannte Arbeit zur Erfüllung der Aufgaben des laufenden Jahres und des 11. Fünfjahrplans insgesamt, die überaus kritische Einstellung gegenüber Mängeln und Fehlern in einzelnen Abschnitten des wirtschaftlichen Aufbaus sowie die stürmische Entwicklung der Initiative der Massen.

Daß heute im gesellschaftlichen Leben der UdSSR das kritische Denken besonders deutlichen Ausdruck findet, zeugt von der Gesundheit der Gesellschaft, davon, daß sie Trägheit und Stagnation ablehnt, daß sie zu neuen Großtaten fähig ist.

Die KPdSU genießt das grenzenlose Vertrauen der Werktätigen. Und das zu Recht, haben die Kommunisten ja unter Führung W. I. Lenins die Große Sozialistische Oktoberrevolution vollbracht, den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in unserem Lande verwirklicht und das Volk im Großen Vaterländischen Krieg zum Sieg geführt, haben sie ja in den Nachkriegsjahrzehnten die sozialistischen Errungenschaften ständig gemehrt.

Und die Partei festigt das Vertrauen zu ihrer Politik noch mehr, wenn sie am Vorabend des XXVII. Parteitags der KPdSU nicht nur kühne und ausgewogene Pläne der künftigen Entwicklung aufzeigt, sondern auch selbstkritisch den durchlaufenen Weg einschätzt, wenn sie Errungenschaften wie Fehler beim Namen nennt.

Auf der Beratung zu Fragen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts wurde offen gesagt, daß gewisse Schwierigkeiten in der ökonomischen Entwicklung, die seit Beginn der 70er Jahre bemerkbar wurden, damit zusammenhängen, daß die Umgestaltung der Formen und Methoden der Leitung, der

Psychologie der Wirtschaftstätigkeit nicht rechtzeitig und nicht konsequent genug erfolgte.

Doch natürlich war das Wichtigste auf der Beratung nicht nur die strenge Analyse des jetzigen Zustandes der sowjetischen Wirtschaft, sondern eine konstruktive Linie für die kommende Arbeit, die die Sowjetunion auf neue Höhen der ökonomischen und sozialen Entwicklung führen soll.

Bei der Charakterisierung dieses Kurses sei vor allem die unbedingte Priorität genannt, die auf allen Gebieten dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt eingeräumt wird. Einschneidende Umgestaltungen werden alle Glieder der Volkswirtschaft erfassen. Wesentliche Änderungen wird die Investitionspolitik durchmachen. Von nun an wird sie voll und ganz der Modernisierung der Industrie- und Agrarproduktion untergeordnet sein. Dies aber bedeutet, daß die Hauptaufmerksamkeit der elektronischen Rechentechnik, der komplexen Automatisierung, einschließlich flexibler automatischer Systeme, der Atomenergiewirtschaft, neuen Materialien und Technologien bei Produktion und Bearbeitung, der Biotechnologie gelten wird. Dies bedeutet eine rapide Entwicklung des Maschinenbaus, für den zusätzlich bedeutende Mittel und Kader bereitgestellt werden. Dies bedeutet, daß in allen Wirtschaftsbereichen Maßnahmen zur Einführung von energie- und ressourcensparenden Technologien verwirklicht werden. Ferner, daß die Grundlagen- und die angewandten Wissenschaften eine weitere Entwicklung erfahren werden sowie daß der Qualität der Produktion größte Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Die Orientierung auf einen qualitativ neuen Stand der Volkswirtschaft und neue Aufgaben für alle Wirtschaftsbereiche werden eine tiefgreifende Umgestaltung der Planung und Leitung, des gesamten Wirtschaftsmechanismus verlangen. Michail Gorbatschow sagte auf der Beratung: "Die Hauptrichtung bei der Umgestaltung der Wirtschaftsleitung ist uns im Prinzip klar. Sie besteht darin, die Vorzüge der sozialistischen Wirtschaft vollständiger und umfassender zu nutzen. Wir müssen den demokratischen Zentralismus weiter festigen und entwickeln. Das Prinzip der zentralen Leitung und Planung effektiver zu gestalten, die Selbständigkeit und Verantwortlichkeit der Betriebe zu erweitern, flexiblere Formen und Methoden der Leitung, der wirtschaftlichen Rechnungsführung und der Ware-Geld-Beziehungen aktiv zu nutzen und die Initiative der Massen umfassend zu entfalten — darin besteht das prinzipielle Wesen der Umgestaltung."

All das sind natürlich langfristige Aufgaben. Doch dies bedeutet nicht, sie würden zu einem späteren Zeitpunkt gelöst werden. Nein, bereits jetzt wird in der Sowjetunion ein großangelegtes Wirtschaftsexperiment durchgeführt, und die Erfahrungen dieses Experiments mit allen seinen Vor- und Nachteilen erlauben es, an die Schaffung eines einheitlichen Systems der Wirtschaftsführung und Leitung zu gehen.

Unter dem, was den wirtschaftlichen Fortschritt rapide beschleunigt, seien die Mobilisierung der organisatorischen, ökonomischen und sozialen Faktoren, Ordnung in allem und die Verbesserung der Produktionsorganisation genannt, um die beste Nutzung der Kapazitäten des Landes sicherzustellen.

Völlig zu Recht konstatiert die überwiegende Mehrheit der ausländischen Berichte, daß alles, was Moskau vorhat, beeindruckend, seriös und begründet ist. Hat ja die Sowjetunion immer wieder gezeigt, daß sie selbst die kompliziertesten Aufgaben zu lösen vermag. Doch wie wird sich die Weltlage entwickeln? Werden sich die bestehenden internationalen Spannungen nicht auf die sowjetischen Pläne auswirken?

Eine einfache, gleichlaufende Antwort auf diese Fragen gibt es nicht. Zweifelsohne ist das Wettrüsten eine Belastung für jedes Land. Und die Sowjetunion ist in höchstem Maße daran interessiert, diese Last loszuwerden. Doch wohlbekannt ist, daß dabei weitaus nicht alles vom sowjetischen Wunsch abhängt. Und die sowjetische Antwort darauf lautet: Angesichts der aggressiven Politik und der Bedrohung durch den Imperialismus tut die Sowjetunion alles Erforderliche, um eine militärische Überlegenheit der anderen Seite nicht zuzulassen. Andererseits aber unternimmt sie nach wie vor alles, um das Wettrüsten zu stoppen und eine wesentliche Senkung der militärischen Konfrontation, reale Fortschritte zur Abrüstung zu erreichen.

Dies ist keineswegs eine egoistische Politik der Sowjetunion, die an den günstigsten internationalen Bedingungen interessiert ist, um sich ganz dem friedlichen Aufbau zu widmen. Diese Politik, diese Orientierung wird von den Lebensinteressen der Menschheit, von den Interessen der friedlichen Zusammenarbeit der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftssysteme diktiert.

Es bleibt zu hoffen, daß sich dieser wichtige Umstand positiv auf die internationale Entwicklung auswirken möge. Die Sowjetunion hat sich für alle Zeiten für den Frieden entschieden. Das wurde erneut auf der Beratung im ZK der KPdSU eindrucksvoll bestätigt.

Das Weiße Haus faßte einen Beschluß über seine Politik gegenüber dem sowjetisch-amerikanischen Abkommen über die Begrenzung der strategischen Rüstungen (SALT 2). Dieses Dokument legt bekanntlich Beschränkungen für ballistische Raketen, die mit einzelnen lenkbaren Mehrfachsprengköpfen bestückt sind, fest und brems die Eskalation des Wettrüstens im Bereich der strategischen Waffen. Nach Abschluß von SALT 2 (1979) wurde der Vertrag vom US-Senat nicht ratifiziert und trat folglich nicht in Kraft. Nichtsdestoweniger vereinbarten die UdSSR und die USA, auf gegenseitiger Grundlage seine Hauptbestimmungen zu beachten.

Doch die Einhaltung des Vertrags wird offenbar für die derzeitige US-Administration, die Kurs auf militärische Überlegenheit gegenüber der UdSSR genommen hat, immer beschwerlicher. SALT 2 wird als Hindernis bei der Verwirklichung militaristischer Programme angesehen. Eben davon zeugen Reagans Erklärung vom 10. Juni und sein Brief an die Führer des Kongresses.

Die jetzige Administration hatte sich in den letzten Jahren diesem Ziel unaufhörlich genähert. Noch vor seinem Amtsantritt hatte Reagan SALT 2 als "überaus verhängnisvoll" abqualifiziert. Im Mai 1985 erklärte er bei seiner Europa-Reise, es bestehe kein Anlaß für die USA, "das Abkommen auch in Zukunft einzuhalten".

Alles bewegte sich in Richtung auf einen öffentlichen offiziellen Verzicht Washingtons auf SALT 2. Der Vertrag, schrieben Kommentatoren mit Zugang zu vertraulichen Informationen, hänge an einem seidenen Faden und liege in den letzten Zügen... Und da geschah das Wunder. Der Präsident "beerdigte" den Vertrag nicht, ja versuchte sogar, als Retter und Garant für die Einhaltung des so "überaus verhängnisvollen" Vertrages aufzutreten. Überdies beschloß Reagan, um Vertragstreue zu demonstrieren, ein veraltetes Poseidon-U-Boot zu opfern, wenn das siebte nuklearbestückte Trident-U-Boot mit ballistischen Interkontinentalraketen (die auf diesem U-Boot stationierten 14 Raketen, die die von SALT 2 festgelegte Obergrenze für Nuklearraketen überschreiten, waren der formelle Anlaß für die Erklärung des Präsidenten) im Herbst von der US-Kriegsmarine in Dienst gestellt wird.

Warum wagte es Reagan bei all seiner Härte und Rücksichtslosigkeit nicht, den verhaßten Vertrag vor aller Augen zu zerreißen?

Vor allem wurde seine Entscheidung von möglichen Gegenmaßnahmen der UdSSR bestimmt. In Washington zeigt man sich gern als Kraftprotz: Wir werden es der Sowjetunion beim Wettrüsten schon zeigen, da wird sie gegen uns nicht

DAS WEISSE HAUS UND SALT

Wladlen KUSNEZOW

ankommen. Doch das ist für das Publikum bestimmt. In Wirklichkeit muß sich Washington dessen bewußt sein, daß die UdSSR keinesfalls eine militärische Überlegenheit der USA zulassen wird.

In der Erklärung des Präsidenten findet sich kein Wort über dessen Lieblingswerk, die "Strategische Verteidigungsinitiative" (SDI), das Programm für die Entwicklung kosmischer Angriffswaffen. Und das nicht von ungefähr. Gerade dieses Programm, seine Zukunft und Effektivität hatte der Chef des Weißen Hauses im Auge, als er darüber nachsann, wie es mit SALT 2 weitergehen sollte. Einerseits verlockend, die letzten Hindernisse für den Heißhunger des Pentagon zu beseitigen, doch andererseits ist das Risiko groß, wenn man von Beschränkungen, die auch für andere gelten, Abstand nimmt ... Durch eine großangelegte und, wie man jenseits des Atlantik hofft, effektive Raketenabwehr mit weltraumgestützten Elementen soll der Sowjetunion die Fähigkeit zu einem Gegenschlag genommen, sollen ihre Möglichkeiten bei der Aufstellung — als erzwungene Antwort auf das "Sternenkriegs"-Programm — von strategischen Offensivwaffen eingeschränkt werden. Wird nicht, kalkuliert das Weiße Haus, die Stärke eines sowjetischen Gegenschlages zunehmen, wenn SALT 2 aufgegeben wird, und ist es nicht besser, auch in Zukunft formell den Vertrag einzuhalten, wenn man ihn auch in der Praxis aushöhlt?

Möge Washington nur nicht denken, der "raffinierte Trick, der Reagan vor allem ermöglichen soll, die Entwicklung neuer Raketenabwehrsysteme fortzuführen" (Robert G. Kayser in der "Washington Post"), werde jemanden irreführen.

In der Umgebung des Präsidenten begriff man: ein Verzicht auf SALT 2 wird keineswegs dazu beitragen, den Widerstand der NATO-Verbündeten gegen eine Teilnahme an der Militarisierung des Weltraums zu brechen. Jene aber haben sicher nicht vergessen, wie sie bereits einmal — 1979 — von Washington betrogen wurden, das die Ratifizierung von SALT 2 versprach, wenn man in Westeuropa der Stationierung neuer nuklearer US-Mittelstreckenraketen zu-

stimme. In der westeuropäischen Filiale der NATO neigen weitaus nicht alle dazu, das außen- und sicherheitspolitische Verhalten der Washingtoner Administration als besonders weise zu betrachten. Und das bekam US-Außenminister George Shultz auf der NATO-Ratstagung in Estoril bei Lissabon zu spüren. "SALT 2 und der Vertrag über Begrenzung der Raketenabwehrsysteme müssen eingehalten werden", erklärte Außenminister Hans-Dietrich Genscher, "da sie ein wichtiges Element der Stabilität sind und weitgehend die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen und den Verlauf der Genfer Verhandlungen bestimmen werden." Ohne Umschweife äußerte sich auch der Außenminister Großbritanniens, Geoffrey Howe: "Der Rüstungskontrollprozeß muß gefestigt, nicht aber geschwächt werden. Wir wollen nicht, daß die Amerikaner SALT 2 annullieren." Die NATO-Partner warnten ihre Führungsmacht: Wenn sie diesen Vertrag begrabe, könne das Vertrauen zu ihrer Rüstungskontrollpolitik und zu ihrer Position bei den Genfer Verhandlungen mit der UdSSR erschüttert werden.

George Shultz signalisierte dem Weißen Haus eiligst die Stimmungen der Partner, und dies wurde zweifelsohne zur Kenntnis genommen.

Die Administration muß auch mit den Stimmungen im eigenen Land rechnen. Die amerikanischen Friedensanhänger tun weiterhin alles, um Reagan die Maske eines Friedensstifters herunterzureißen. Viele Wissenschaftler wenden sich gegen SDI. Der Widerstand im Kongreß nimmt zu: So stimmte der Senat kürzlich mit 90 gegen 5 Stimmen für eine Resolution, die die Regierung auffordert, die Bestimmungen von SALT 2 einzuhalten; 29 Mitglieder eines Ausschusses des Repräsentantenhauses aber richteten an Reagan einen Brief mit der gleichen Forderung. Wollte ja der Präsident eigentlich seine Amtszeit mit dem Anspruch auf einen "Platz in der Geschichte", zudem noch als "Friedenspräsident", abschließen.

In der Erklärung des Präsidenten hieß es: Die USA hätten "nichts getan, was die bestehenden Rüstungskontrollabkommen untergraben würde..." Wirklich nichts?

Washington hat durch die Weigerung, SALT 2 zu ratifizieren, diesem Vertrag einen schweren Stoß zugefügt. Das war eine Herausforderung der Weltöffentlichkeit, die dieses Dokument hoch eingeschätzt und gehofft hatte, sein Inkrafttreten würde den Weg für neue wirksame Abkommen zur Eindämmung des nuklearen Wettrüstens eröffnen.

Die Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenraketen in Westeuropa, wo sie gegenüber der UdSSR automatisch zu strategischen Erstschlagswaffen werden, war ein flagranter Verstoß gegen SALT 2. So zeigte Washington, wie es zu den eingegangenen Verpflichtungen bezüglich einer Begrenzung der offensiven Nuklearwaffen steht. Es umgeht und verletzt die festgelegten Verpflichtungen auch auf andere Weise, indem es sich an der Aufstockung und Perfektionierung der Nuklearraketensysteme einiger NATO-Länder sowohl durch die Weitergabe solcher Systeme oder ihrer Komponenten als auch durch Überlassung technischer Informationen beteiligt.

Die herrschenden Kreise der USA haben das Protokoll zu SALT 2 verworfen, dem zufolge Cruise Missiles großer Reichweite aller Stationierungsarten zu begrenzen, wenn nicht zu verbieten waren.

Um die in SALT 2 festgelegte strategische Parität zu zerstören und militärische Überlegenheit zu erlangen, ersann das Weiße Haus das "Sternenkriegs"-Programm, das die Aufstockung offensiver strategischer Rüstungen neben kosmischen Angriffswaffen vorsieht.

Im Grunde war die gesamte Tätigkeit der Reagan-Administration von Anfang an nicht auf die Erfüllung der Verpflichtungen aus den Abkommen mit der UdSSR gerichtet, was der Präsident jetzt zu behaupten sucht, sondern auf deren Aushöhlung. Oktober 1981: Reagan gibt den Startschuß für das Programm der "Umrüstung Amerikas" — die Aufstockung und Perfektionierung aller Komponenten der strategischen Triade (Bomber, U-Boote und landgestützte Systeme). März 1983: Reagan verkündet die Entwicklung einer großangelegten Raketenabwehr mit weltraumgestützten Elementen ("Sternenkriegs"-Programm), wodurch er die Absicht demonstriert, die früher anerkannte Verbindung zwischen offensiven und defensiven strategischen Waffen zu zerstören, was zu einem hemmungslosen Rüstungswettlauf in beiden Bereichen führen kann. Mai 1983: Reagan bemüht sich um die Zustimmung des Kongresses zur forcierten Entwicklung neuer strategischer MX-Raketen. In diesem Zusammenhang unterstrich die Sowjetregierung in einer Erklärung vom 28. Mai 1983, daß die UdSSR vor die

Notwendigkeit gestellt ist, Gegenmaßnahmen zur Stärkung ihrer Verteidigungsfähigkeit, u. a. durch die Aufstellung neuer strategischer Systeme, zu ergreifen.

Jetzt betreibt Washington, das eine der Hauptbestimmungen des SALT-2-Vertrages verletzt, die Entwicklung — neben der MX-Rakete — eines weiteren qualitativen neuen Systems nuklearer Erstschlagwaffen, der strategischen Midgetman-Rakete.

Das ist die Rechnung, die die UdSSR — und nicht nur sie — jenen präsentieren kann, die sich hartnäckig der Erfüllung internationaler Verpflichtungen entziehen.

Nicht nur SALT 2 wurde in den USA zur Zielscheibe der Angriffe von Abrüstungsgegnern. Bereits mehrere Jahre hält man dort Kurs auf die Untergrabung des unbefristeten Vertrages von 1972 über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM). Das aber ist das wichtigste Dokument, das auch den Abschluß des Zeitweiligen Abkommens über einige Maßnahmen auf dem Gebiet der Begrenzung der strategischen Offensivwaffen von 1972 sowie des SALT-2-Vertrages ermöglichte. Der ABM-Vertrag verbietet die Entwicklung eines großangelegten Raketenabwehrsystems (d. h. für das ganze Land). Gerade ein solches System aber beabsichtigt das Weiße Haus zu schaffen, zudem noch mit weltraumgestützten Elementen.

Außerdem weigert sich Washington, den Vertrag von 1974 über die Begrenzung der unterirdischen Nuklearwaffentests zu ratifizieren. Warum? Weil dem Pentagon die von diesem Vertrag festgelegte Obergrenze von 150 Kilotonnen bereits nicht ausreicht. Washington verzögert auch die Ratifizierung des Vertrages über unterirdische Nuklearexplosionen zu friedlichen Zwecken von 1976.

So bleiben drei Verträge über die Begrenzung der nuklearen Rüstungen, unterschrieben von drei Präsidenten der USA, vom Senat unratifiziert. Zeugt das nicht von der wahren Haltung der herrschenden Kreise der USA zur Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen? Eine solche obstruktionistische Politik läßt sich weder durch großsprecherische Ankündigungen, "die Nuklearwaffen machtlos und veraltet werden zu lassen", tarnen noch durch unbeweisbare Anschuldigungen gegen die Sowjetunion bezüglich ihrer Vertragsuntreue.

Wer ist nicht daran interessiert, daß die Verträge strikt eingehalten werden und ein wirksames Hindernis gegen die Rüstungslawine bilden? Nur jene, die Kurs auf die Forcierung des Wettrüstens auf der Erde und dessen Ausweitung auf den Weltraum genommen haben.

Statt die Praxis der Verletzung der eingegangenen Verpflichtungen zu beenden, beschuldigt Washington die andere Seite. Zwei Berichte — im Januar 1984 und im Februar 1985 — über angebliche Vertragsverletzungen durch die Sowjetunion wurden zusammengezimmert. Was diese Machwerke wirklich wert sind, gestand unfreiwillig kein anderer ein als der Direktor der Behörde für Rüstungskontrolle und Abrüstung, Kenneth Adelman. Vor dem Streitkräfteausschuß des Senats erklärte er im Februar d. J., daß "unsere Sicherheit bislang nicht dadurch gelitten hat, daß die Sowjetunion Vertragsbestimmungen nicht einhielt". Was ist danach das hysterische Gewinsel von "Fenstern der Verwundbarkeit" wert, die Behauptungen, die UdSSR sei "weit vorausgeeil" und habe ihre "militärische Macht beispiellos aufgestockt"?

Auch der US-Präsident konnte sich in seiner Erklärung vom 10. Juni nicht seine üblichen Anschuldigungen verkneifen... So die Unterstellungen, es gebe einen neuen, zweiten Typ ballistischer Interkontinentalraketen, die SS-25. In Wirklichkeit sucht man eine alte Rakete, die SS-13, die in strikter Übereinstimmung mit SALT 2 modernisiert wird, als Neuheit zu präsentieren.

Warum diese Verleumdungen? Um das "Recht" auf Gegenmaßnahmen zu begründen, um den Kurs auf die Untergrabung der gesamten positiven Bilanz, die mit gemeinsamen Anstrengungen der UdSSR und der USA in den 70er Jahren im Sicherheitsbereich erreicht wurde, zu rechtfertigen.

In der Erklärung des Präsidenten wird die Absicht proklamiert, "zu einer Atmosphäre der beiderseitigen Zurückhaltung beizutragen". Mit pharisäischer Heuchelei wird davon gesprochen, daß der "Sowjetunion die Möglichkeit gegeben werden sollte, sich uns bei der Bekundung ähnlicher Zurückhaltung für weitere Zeit anzuschließen", damit jene ihr Verhalten ändert, um dem Weißen Haus zu gefallen. Welch Großmut, welch Beflissenheit! Und dann wird der Präsident schon entscheiden, welche Betrugszensur er erteilt, und einen "endgültigen Beschluß über den Kurs" fassen.

Als ob die Frage offen bleibt. Als ob man sich in Washington noch nicht entschieden hätte, solle man SALT 2 einhalten oder nicht? In Wirklichkeit aber sind weitere Verletzungen, die endgültige Zerstörung des SALT-Prozesses vorprogrammiert. Der Präsident beauftragte das Pentagon, bis zum November "Gegenmaßnahmen" auszuarbeiten. Wie die aussehen? Das Pentagon, teilte die "New York Times" mit, "verfügt über ausrei-

chende Vollmachten, um ernsthaftere Vertragsverletzungen zu planen: Tests der Midgetman-Rakete, zusätzlich und nicht statt der MX, sowie Erprobungen der exotischen Technik, die das wichtigste aller Abkommen, den ABM-Vertrag, der die Entwicklung großangelegter Raketenabwehrsysteme verbietet, gefährdet."

Damit ist alles gesagt. Und danach spielt man in Washington noch den Unverständenen und Beleidigten. Angeblich habe Moskau den von Friedensliebe und Großmut getragenen Beschluß des Präsidenten nicht zu schätzen gewußt. Ob man wohl Beifall und Komplimente erwartet hatte?

In der TASS-Erklärung vom 11. Juni wurde eine erschöpfende objektive Einschätzung der Handlungen und Absichten des Weißen Hauses gegeben. **Die USA betrafen den Weg einer allmählichen Abkehr vom Vertrag, des sukzessiven Überbordwerfens der von ihm vorgesehenen Begrenzungen. Die US-Administration beschloß, auch weiterhin die Zerstörung des Vertragssystems, das das nukleare Wettrüsten bremst, zu betreiben.**

In Washington spielt man also umsonst den Enttäuschten. Die Sowjetunion hat wirklich allen Anlaß zu zweifeln, ja das Vertrauen zur jetzigen US-Administration zu verlieren. Mit drei früheren Administrationen — unter Nixon, Ford und Carter — gelang es, eine gemeinsame Sprache in den entscheidenden Fragen von Krieg und Frieden zu finden. Die jetzige Administration aber ist die einzige, die absichtlich und hartnäckig der Suche nach beiderseitig annehmbaren Vereinbarungen mit der Sowjetunion im Sicherheitsbereich ausweicht.

Die Weltöffentlichkeit ist zu Recht besorgt darüber, daß sich die USA ganz von ihren Verpflichtungen aus SALT 2 trennen wollen. Wenn die letzten Schranken gegen die Eskalation des strategischen Wettrüstens umgestoßen werden, dann wird der nukleare Rüstungswettlauf erstens eine weitere Beschleunigung erfahren. Zweitens werden die Aussichten auf die Erreichung einer Vereinbarung bei den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf ernsthaft untergraben. Und drittens kann der Gesamtprozeß der Begrenzung und Reduzierung von Nuklearrüstungen gefährdet sein.

"Es wäre Wahnsinn, von den Begrenzungen der SALT-Abkommen abzugehen", konstatiert Albert Gore in der "Washington Post". Diese Schlußfolgerung, über die man auch im Weißen Haus nachdenken sollte, wird von der Weltöffentlichkeit voll geteilt.

Am 11. Juni begann in Genf die Sommertagung der Abrüstungskonferenz

WAS STEHT AUF DER TAGESORDNUNG?

Die Konferenz, deren Teilnehmer 40 Staaten aller Erdteile repräsentieren, hat die Verhütung eines Wettrüstens im Kosmos sowie ein Verbot der C- und anderer Massenvernichtungswaffen zu erörtern.

Die Tagung begann unter schwierigen Verhältnissen. Einerseits dauert aus Ver schulden der USA und ihrer nächsten Bündnispartner das Wettrüsten an und droht, auf den Kosmos überzugreifen. Andererseits verhandeln die USA unter dem Einfluß der Friedenspolitik der sozialistischen und der nichtpaktgebundenen Länder, der Friedensbewegung und nüchtern denkender westlicher Staatsmänner mit der UdSSR über den Komplex der kosmischen und nuklearen Waffen. Die neue Verhandlungsrunde hat, ebenfalls in Genf, am 30. Mai begonnen.

Ein Schwerpunkt der Tagesordnung ist die Verhütung des Wettrüstens im Kosmos. Nach langen Beratungen von Vertretern aller regionalen Gruppen beschloß die Konferenz auf ihrer Frühjahrstagung, ein Sonderkomitee zu bilden. Als erstes soll es die einschlägigen Fragen gründlich untersuchen.

Das Wirken dieses Hilfsorgans wird jedoch dadurch erschwert, daß es seine Tätigkeit aufzunehmen haben wird, während Washington weiter darauf Kurs hält, kosmische Offensivwaffen zu entwickeln, und bemüht ist, seine Bündnispartner für das "Sternenkriegsprogramm" zu gewinnen. Schon auf der vorigen Konferenztagung wurde das von den meisten Teilnehmern entschieden verurteilt und sogar von den NATO-Partnern der USA einstimmig abgelehnt. So z. B. äußerte die französische Delegation die ernste Befürchtung, daß die Ausführung des Programms die strategische Stabilität unterminieren werde.

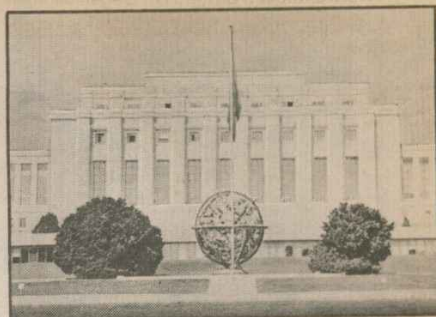
Viel Arbeit steht der Konferenz im Zusammenhang mit dem Fragenkomplex bevor, der die Verhütung eines Kernwaffenkriegs und die nukleare Abrüstung betrifft. Bis vor kurzem überhörte der Westen die Aufforderungen der sozialistischen und der nichtpaktgebundenen Staaten, konkrete diesbezügliche Maßnahmen festzulegen. Er versuchte, seine unkonstruktive Haltung mit der Ausrede zu rechtfertigen, daß einzelne Aspekte der nuklearen Rüstungen ja schon bei den Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA zur Sprache kämen.

Angesichts dessen ist es nach wie vor aktuell, im Rahmen der Konferenz ein Sonderkomitee für die Verhütung eines Kernwaffenkriegs zu bilden. Auf der Frühjahrstagung lehnten das die USA und ihre Bündnispartner unter dem Vorwand ab, daß das Problem noch ungenügend ventiliert worden sei. Typisch für das Verhalten der westlichen Länder, besonders der BRD, ist die Absicht, statt dieses Problem zu behandeln, Betrachtungen über die Verhütung eines Krieges überhaupt anzustellen. Damit wollen sie vertuschen, daß eine nukleare Katastrophe droht. Dabei sind sie sich darüber im klaren, daß das eminent wichtige Problem bei der anwachsenden nuklearen Gefahr nicht völlig ignoriert werden kann, und halten es immerhin für möglich, darüber in irgendeiner Form zu debattieren. Das Ausweichmanöver der USA und der anderen NATO-Partner in dieser Angelegenheit erregt auf der Konferenz mit Recht Unmut.

Kein Verständnis findet bei den meisten Konferenzteilnehmern auch das starrsinnige Verhalten der Westmächte zur Bildung eines Sonderkomitees für nukleare Abrüstung. Ihre Argumente gegen diesbezügliche Verhandlungen werden mit Recht von den sozialistischen und den Entwicklungsländern kritisiert, die für ein Programm für eine stufenweise nukleare Abrüstung sind.

Sehr ungehalten ist man auf der Konferenz über die Obstruktionstaktik der USA und der anderen westlichen Länder im Hinblick auf ein vollständiges und allgemeines Verbot der Kernwaffentests. Ihre starrköpfigen Versuche, statt über dieses spruchreife Problem konstruktiv zu verhandeln, nur einzelne, größtenteils die Kontrolle betreffende Aspekte zu erörtern, stoßen bei den sozialistischen Staaten, bei Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas auf entschiedene Ablehnung.

Mit gutem Grund heben die sozialistischen und die nichtpaktgebundenen Länder hervor, daß die bereits vorhandenen Kontrollmittel ausreichen, die Befolgung eines solchen Vertrags über die Einstellung sämtlicher Kernwaffentests zu kontrollieren. Sie sind davon überzeugt, daß ein Vorwärtsschritt mit der Lösung dieses Problems auch den Verlauf der dritten, für den Herbst angesetzten Konferenz über das



Das Palais des Nations in Genf. Hier tagt die Abrüstungskonferenz

Wirken des Vertrags, der die Nichtweiterverbreitung der Kernwaffen zum Gegenstand hat, günstig beeinflussen wird.

Die jetzige Konferenztagung muß sich sehr um ein Verbot anderer Massenvernichtungswaffen, vor allem um einen Konventionentwurf über ein C-Waffen-Verbot, bemühen. Aber auch die Verhandlungen hierüber stoßen auf Hindernisse, u. zw. ebenfalls wegen der unkonstruktiven Haltung der USA und ihrer Absicht, den Abschluß der Konvention von unverhältnismäßig harten Kontrollmaßnahmen, besonders den sozialistischen Ländern gegenüber, abhängig zu machen. Diese Einstellung wird längst nicht von allen Partnern Washingtons geteilt. Sie legen im Hinblick auf die Lösung dieses Problems mehr Realitätsinn an den Tag. Keineswegs förderlich für die Verhandlungen ist natürlich das unveränderte Interesse gewisser US-Kreise daran, daß die C-Waffen-Arsenale perfektioniert werden.

Ein spruchreicher Punkt der Tagesordnung ist ein Verbot der Strahlungswaffen. Der Sonderausschuß der Konferenz mußte ernsthaft daran arbeiten, die verschiedenen Standpunkte hierzu einander näher zu bringen, um die Voraussetzungen für ein Verbot der neuen Massenvernichtungswaffe zu schaffen.

Charakteristisch für die Haltung der UdSSR zur Tagesordnung ist die feste Überzeugung, daß alle Staaten, ob groß oder klein, praktikable Lösungen suchen müssen, die den gefährlichen Trend aufhalten und rückläufig machen sowie die Spannungen in der Welt mildern könnten. Die UdSSR tritt energisch für die Zügelung des Wettrüstens, namentlich des nuklearen, sowie dafür ein, daß dessen Ausdehnung auf den Weltraum nicht zugelassen werden darf.

W. BABUROW

STAATSTERRORISMUS AUF ALLEN BREITENGRADEN

Der beispiellose Druck des Weißen Hauses auf den US-Kongreß hat bereits schlimme Wirkung gezeigt. Anfangs stimmte der Senat für die Bewilligung von Geldern zur Unterstützung der nikaraguanischen Contras, dann, am 12. Juni, tat dies auch das Repräsentantenhaus, das vor anderthalb Monaten einen entsprechenden Antrag der Administration abgelehnt hatte. Blicke nur noch eine kleine Zahlendifferenz zu überwinden.

Natürlich saßen die Contras, in ihrer Mehrzahl davongekommene Somozaschergen, mit deren schmutzigen Händen Washington nun bereits einige Jahre seinen nichterklärten Krieg gegen die Sandinistas führt, auch ohne diese Bewilligungen nicht auf dem trocknen. Die Dollars wie die Waffen gingen über die CIA an die Banditen, was der Pressesprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, ungeniert als "besten und effektivsten Kanal zur Verteilung der Hilfe an die Contras" nannte. Und die endlosen Pentagon-Manöver in Honduras? Werden dabei ja nicht nur US-Soldaten in einem Gelände, das dem Nikaraguas ähnelt, gedreht, sondern auch die antisandinistischen Banden, die sich auf honduranischem Territorium eingenistet haben, mit Waffen versorgt.

Die jetzt vom Kongreß bewilligten Gelder sind offiziell für "nichtmilitärische Hilfe" bestimmt. Diese Formulierung soll nur die Öffentlichkeit, darunter — oder vielleicht vor allem — in den USA selbst irreführen. Erinnert sich man ja dort noch gut an Vietnam. In vielen amerikanischen Städten fanden dieser Tage Protestdemonstrationen gegen den aggressiven Kurs der Administration gegenüber Nicaragua unter der Losung statt: "Die Unterstützung der Contras ist der Weg zu einem neuen Vietnam!" Die Antwort der Behörden war die Verhaftung von ca. 700 Demonstranten.

Wenn Washingtons Söldner nicht darben, warum hat sich dann Reagan so hartnäckig unter Aufbietung des "Prestiges der Administration" für die offizielle Bewilligung der Gelder eingesetzt? Reagan wie andere hochkarätige Vertreter der Administration drangsalierten ja monatelang die Kongreßabgeordneten, damit jene einer nach amerikanischen Begriffen eher bescheidenen Bewilligung für die Mörderbanden zustimmten.

Die Erklärung ist einfach: Das Weiße Haus war auf jegliche Weise bemüht, nicht nur die politische Anerkennung der Contras zu erreichen, sondern auch von den Gesetzgebern Handlungsfreiheit im nichterklärten Krieg gegen Nicaragua, bis hin zu einer direkten Intervention, bescheinigt zu bekommen. Unwillkürlich erinnert man sich da an die 1964 vom Kongreß gebilligte berüchtigte Tonkingresolution, die der Administration des damaligen Präsidenten Johnson freie Hand für eine direkte Aggression in Indochina gab. Was macht es schon, daß sich jene Resolution auf eine den Abgeordneten untergejubelten Fälschung gründete ...

Doch Washingtons Politik des Staatsterrorismus gegen ihm nicht genehme legitime Regierungen und souveräne Staaten beschränkt sich keineswegs auf das sandinistische Nicaragua. Schon seit langem ist die großzügige Unterstützung der USA für die afghanischen Konterrevolutionäre bekannt, die bereits Hunderte Millionen Dollar über offizielle wie inoffizielle Kanäle kassiert haben. Und unlängst wurden wohl erstmals auch Gelder für die kampucheanischen "Freiheitskämpfer" genehmigt.

Dieser Tage gab der Senat, parallel zu den Bewilligungen für die Contras, der Administration grünes Licht in einer weiteren Region — in Angola. Er hob das seit 1976 geltende "Clark-Amendment" auf, das die Gewährung von Militär- und Finanzhilfe an, wie die "Washington Times" schrieb, "Kräfte des Widerstandes, die den Sturz der kommunistischen Regierung" in der VR Angola betreiben, verbot. Washingtons Verbindungen zu den UNITA-Banditen rissen nie ab. Es sei nur gesagt, daß gerade auf einem UNITA-Stützpunkt US-Geheimdienste Anfang Juni eine Zusammenrottung der Anführer von Banden aus verschiedenen Ländern inszenierten und aus ihnen eine Allianz konterrevolutionärer Rebellen zusammenzimmerten, der Reagan ausdrücklich seine Sympathie mit den Worten bekundete: "Eure Ziele sind unsere Ziele..." Und doch mußte die US-Administration in den letzten Jahren die angolanischen Terroristen vor allem über die RSA-Rassisten mit Geldern und Waffen unterstützen.

Die USA, deren Exekutive wie Legislative, haben ganz offen den Weg des Staatsterrorismus eingeschlagen — in Asien und Afrika wie in Mittelamerika. Sozusagen auf allen Breitengraden.

Diese Politik ist ebenso frech wie gefährlich.

Alexander USWATOW

In den Wülferer Brauereigaststätten zu Hannover hielt der Führer der neonazistischen NPD, Müssnug, eine Pressekonferenz ab. Die Partei, prahlte er vor Journalisten, sei wieder im Aufwind. Heute zähle sie 10 000 Mitglieder, und die Zahl der für sie stimmenden Wähler habe sich im vergangenen Jahr verdoppelt. Bei den kommenden Bundestagswahlen hoffe die NPD, die 5-Prozent-Hürde zu überwinden und ihre Leute in den Bundestag zu bringen. Die Regierung Kohl, erklärte Müssnug, die ja ihr Streben nach einer "Wiedervereinigung" Deutschlands bekundet, tue dafür zu wenig. Eine wahre "Wende" könne nur die NPD vollbringen.

Die Pressekonferenz wurde aus Anlaß des "Deutschland-Treffens" der NPD in Stadthagen, unweit von Hannover, abgehalten. Ort und Zeit für ihre Zusammenrottung hatten die Neonazis nicht von ungefähr gewählt. Sie fand gleichzeitig mit dem Aufmarsch des Revanchistenverbandes der "Schlesier" in Hannover statt.

Später sah ich Neonazis auf dem Gelände der Hannover Messe. Sie verteilten speziell für das Treffen gedruckte provokatorische Flugblätter und verkündeten schreierisch: "Schlesien bleibt unser".

Daß die Neonazis auf den Zusammenrottungen der Revanchistenverbände ein dankbares Auditorium für ihre Agitation

Erneut beschäftigen sich die Massenmedien mit dem Nazi-Kriegsverbrecher Josef Mengele, der bestialische Experimente an lebenden Menschen in Auschwitz veranstaltete. Es raschelt im Pressewald, nicht weil Mengele gefunden worden ist. Auch nicht, weil etwa die USA-Behörden zugegeben hätten, diesen Henker im weißen Ärztekittel versteckt zu haben. Nein, der Anlaß war anders.

Am 5. Juni sagte ein Ehepaar aus dem brasilianischen Sao Paulo vor der Polizei aus, Mengele seit 1965 gekannt und ihm sogar Zuflucht gegeben zu haben. Wie sich herausstellt, lebte Mengele seit 1965 in Sao Paulo, sei jedoch im Februar 1979 beim Baden ertrunken und auf dem örtlichen Friedhof Embu begraben worden, und zwar mit dem Paß eines gewissen Wolfgang Gerhard.

Eine Sensation? Gewiß, bedenkt man, daß nach Mengele seit 40 Jahren gesucht wurde und daß bisher niemand — nicht einmal seine in der BRD lebenden Angehörigen — behauptet hat, er sei gestorben. Anhand der erwähnten Aussagen veranlaßten die brasilianischen Behörden die Exhumierung der Leiche. Zu diesem Zweck flogen amtliche Vertreter der USA und der BRD eilig nach Sao Paulo. Aber schon zuvor regnete es Erklärungen, die die Resultate des gerichtsmedizinischen Gutachtens gleichsam vorwegnahmen. So sagte Romeo Tuma,

JAHRMARKT DES REVANCHISMUS

Hannover: Treffen der Berufsschlesier

finden, ist nicht weiter verwunderlich. Die Ziele dieser "Landsmannschaften" unterscheiden sich kaum von denen der NPD. So heißt es in der Satzung der "Landsmannschaft Schlesien", ihre Aufgabe sei "die Rückgliederung Schlesiens in die Souveränität Deutschlands". Die 1968 verabschiedete Satzung gilt auch heute noch, 15 Jahre nach Abschluß der Ost-Verträge, in denen die BRD-Regierung die Unverletzlichkeit der Nachkriegsgrenzen anerkannte. Der Anführer der "Landsmannschaft" aber, Herbert Hupka, erklärt frech: "Auch nicht durch den Warschauer Vertrag" (gemeint ist der Vertrag über die Normalisierung der Beziehungen zwischen der BRD und der VR Polen von 1970) "ist über Breslau" (so nennt er die polnische Stadt Wrocław — die Red.) "und ganz Schlesien entschieden".

Besondere Aktivitäten entwickelte diesmal die "Schlesische Jugend". Das

ist verständlich. Die Führer der "Landsmannschaften", nicht nur der "Schlesier", sind darüber beunruhigt, daß die Umsiedler, die die Massenbasis der Revanchistenverbände bilden, aus natürlichen Gründen von Jahr zu Jahr weniger werden. Deshalb wird die Mitgliederzahl der "Landsmannschaften" künstlich aufrechterhalten. Als "Vertriebene" gelten nicht nur die Umsiedler, sondern auch deren nach dem Krieg geborene Kinder und Enkel.

Bundeskanzler Helmut Kohl nimmt nicht zum ersten Mal an revanchistischen Zusammenrottungen teil. Das Foto aus dem Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (BRD) zeigt ihn bei seinem Auftritt auf einem Treffen revanchistischer Landsmannschaften in Braunschweig (1984)

"Höhepunkt" des Treffens von Hannover war natürlich die Schlußkundgebung und die Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl. Den "Schlesiern" wurde erstmals seit 20 Jahren eine solche Ehre zuteil. Der letzte Kanzler, der auf einer ähnlichen Zusammenrottung, ebenfalls in Hannover, gesprochen hatte, war Ludwig Erhard. Hupka erinnerte die Versammelten daran, daß Erhard damals eine Resolution gebilligt hatte, in der von "Deutschland in den Grenzen von 1937" gesprochen wurde.

Kohl gab seine Zustimmung zur Teilnahme an dem Treffen, noch bevor dessen Losung festgelegt worden war. Als aber bekannt wurde, daß Hupka und Konsorten die Zusammenrottung unter die Losung "Schlesien bleibt unser" stellen wollten,



WIE TOT IST MENGELE?

Polizeichef von Sao Paulo, er halte es "zu 90% für bewiesen", daß Mengele hier gelebt habe und 1979 umgekommen sei. "Niemand von uns zweifelt daran, daß in diesem Grab wirklich Mengele liegt", erklärte einer der brasilianischen Beamten, die bei der Exhumierung dabei waren. Für diese Lesart sprach sich auch die erzkonservative "Welt" (BRD) aus.

Doch sollten sich jene, die Mengele gern tot haben wollen, in ihrem Optimismus mäßigen. Erstens erwies sich, daß die Gerichtsmediziner keine ausreichenden Anhaltspunkte haben, um die Person, die unter dem Namen Gerhard begraben wurde, zu identifizieren. Die amerikanische TV-Gesellschaft NBC teilte mit: "Die Exhumierung hat keine stichfesten Ergebnisse gezeitigt, und die Angaben der früheren medizinischen Atteste über Mengele sind viel zu zersplittert."

Je weiter, desto mehr Fragen rankten sich um die Sensation. Zuerst hieß es z. B., die Angaben seien von dem seit langem in Brasilien lebenden österreichischen Ehepaar Liselotte und Wolfgang Bossert vorgelegt worden. Dann tauchte eine neue Figur auf, die aus Ungarn eingewanderte Gitta Stammer. Wer nun hat Mengele in Wirklichkeit ein Versteck geboten? Die Bosserts wünschten sich

Journalisten nicht zu stellen. Unklar bleibt auch etwas anderes. Es ist bekannt, daß Mengele bis 1979 in Paraguay als Bürger dieses Landes lebte und die Gunst seiner Behörden genoß. Wieso mußte er nach einer Zuflucht in Brasilien suchen?

Aber das schwerwiegende Gegenargument stammt von Antifaschisten, die seit langem darauf bestehen, dem Verbrecher das Handwerk zu legen. Sie fragen: Warum haben die Bosserts oder die Familie Mengele in der BRD bisher geschwiegen? Die Verwandten rührten sich erst nach den Meldungen aus Brasilien. Vor wenigen Tagen erklärte z. B. Mengeles Sohn Rolf, ein Anwalt aus Freiburg, sein Vater sei in Brasilien 1979 umgekommen. Der Moderator des ersten Programms des bundesdeutschen Fernsehens fragte darauf, warum Mengeles Verwandte denn so lange dazu geschwiegen hätten.

Die "Wiederaufnahme" des Falls Mengele ergibt mehr Fragen als Antworten. Das ist begreiflich, denn in der westlichen Welt gibt es sehr viele einflußreiche Personen und Kräfte, die den Nazi-verbrecher sehr gern und die schändlichen Umstände seines Nachkriegslebens noch lieber begraben würden. Die ganze Story von Mengeles "Wanderungen" durch die westliche Welt

ist ja eine Kette von niederträchtigen Schritten der westlichen Geheimdienste, vor allem des US-amerikanischen. Bewiesen ist, daß Mengele mindestens drei-, vielleicht sogar viermal den US-Behörden in die Hände fiel — und daß sie ihn wieder laufenließen. Auch die Behörden anderer Länder wußten von seinem Aufenthaltsort — und fingen ihn nicht. Wie soll man da nicht an den "Fund" auf dem Friedhof Embu glauben? Übrigens ließen die Amerikaner schon 1948 verlauten, daß Mengele tot sei. In der Zeit befand sich Mengele in der Obhut des amerikanischen Geheimdienstes.

Gegenwärtig ist folgendes zu beobachten. Unter dem Druck der Öffentlichkeit, die durch die Tatsache empört ist, daß Kriegsverbrechern Zuflucht gewährt wird, beginnt Washington, diese Herren abzuhängen. Immer neue Meldungen kommen, daß die US-Gerichte ehemalige Nazis ausbürgern und ausweisen. Doch gehört stets eine gute Portion Heuchelei dazu. So wurde der SS-Mann Maikowskis, der in der Lettischen SSR sein Unwesen getrieben hatte, nach der Schweiz und zwei andere Henker nach Chile und in die BRD ausgewiesen. Dort brauchen sie keine Strafe zu befürchten. Genauso wie Mengele nichts zu befürchten hat, wenn man ihn vorfristig begräbt.

L. BESYMENSKI

entbrannte ein Skandal. Selbst in den Reihen der CDU wurden Zweifel daran laut, ob Kohl nach Hannover fahren sollte. Der Vorstand der "Schlesier" änderte schweren Herzens die Losung, wobei deren Sinn erhalten blieb. Jetzt lautet sie: "Schlesien bleibt unsere Zukunft in einem Europa freier Völker". Doch manchen Revanchisten erschien diese Variante offenbar zu verschnörkelt. Und sie kamen mit der alten Losung zur Kundgebung.

Kohl sagte vor dem zahlreichen Auditorium, seine Teilnahme an dem Schlesier-Treffen sei für ihn "selbstverständlich". Doch er hielt es für nötig, sich von jenen zu distanzieren, die "frevelhaft mit dem Gedanken gewaltsamer Veränderungen in Europa spielen". Pfliffe und Zwischenrufe zeigten aber, daß viele sich von derartigen Gedanken nicht zu distanzieren wünschten. Auf die Pfliffe folgte Beifall, als der Kanzler erklärte, der Vertrag der BRD mit der VR Polen schaffe "keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen".

Die "deutsche Frage" wurde von Kohl wiederum für "offen" erklärt. Sie könne, so der Kanzler, nur "im Rahmen einer europäischen Friedensordnung" gelöst werden. Wie die aussehen soll? Kohl sprach von einem "vereinten Europa", das "den Völkern Mittel- und Osteuropas offenstehen" solle, darunter und vor allem "unseren Landsleuten" aus der DDR. So wird zur Vorbedingung für die Lösung der "deutschen Frage", also der Einverleibung der DDR, nicht mehr und nicht weniger als die Beseitigung des Sozialismus in Europa erklärt. Bekannte Worte? Ihr Sinn wurde richtig von der konservativen "Frankfurter Allgemeinen" verstanden, die schrieb, daß die Aufrufe zur Schaffung eines "Europas freier Völker" Erinnerung an "die 'Roll-Back'-Politik der fünfziger Jahre wecken". Der Kanzler mußte eigentlich wissen, wohin eine solche Politik die BRD einst geführt hat.

Die Mehrheit der Bundesbürger will keine Rückkehr zur Vergangenheit. Meinungsumfragen zufolge treten 76 Prozent der Bundesdeutschen dafür ein, daß Bonn die Oder-Neiße-Grenze nicht in Frage stellt. Während in Hannover und Stadthagen revanchistische und neonazistische Zusammenrottungen stattfanden, gingen Tausende Einwohner dieser Städte auf die Straße, um die Einhaltung der Ost-Verträge, die vollständige Anerkennung der Souveränität der DDR und die Fortsetzung der Entspannungspolitik zu verlangen. Diese Demonstrationen erinnerten an die Massenkaktionen Anfang der 70er Jahre, als es um die Ratifizierung der Ost-Verträge ging. Der CDU/CSU-Block, der sich gegen diese Verträge wandte, erlitt damals eine vernichtende Niederlage. Offenbar hat diese Lehre nichts gefruchtet.

A. TOLPEGIN
NZ-Korrespondent

Washington verstrickt auch seinen
fernöstlichen Verbündeten
ins Weltraumabenteuer

DIE „AUFGEHENDEN SONNE“ UND „STERNENKRIEGE“

Nach Besichtigung der Weltraumzentrale Ushinoura (auf Kiusiu) stiegen wir zur Felsenküste hinunter, wo sich die Startplätze des Raketenstartgeländes des japanischen Weltraum- und Luftfahrtinstituts befinden. Der Leiter der Zentrale, Dr. Minoru Oda, erzählte den Reportern unterwegs über die Zielsetzung bei dem für den nächsten Tag angesetzten Start eines EXOS-C-Satelliten und über die Wichtigkeit der bevorstehenden Erforschung der Ozonschicht in den oberen Atmosphärenschichten, der "schwarzen Löcher", neuer Sterne usw. Da kam überraschend die Frage, ob japanische Wissenschaftler an der Entwicklung der permanenten bemannten Weltraumstation teilnehmen werden, von der der Präsident der USA gesprochen hat. "Das ist keine einfache Frage. Ich werde mich bemühen, sie später zu beantworten", antwortete Dr. Oda.

Die Antwort erfuhren wir am Fuße einer mehrstöckigen Startanlage, auf der eine silbrige Dreistufenrakete wie angeklebt stand.

"Das ist eine N-2-Rakete", sagte Dr. Oda. "Sie kann sehr wohl als Symbol der japanischen Weltraumtechnik dienen, wie sie heute ist. Wir haben sie auf amerikanische Lizenz gebaut. Sie besteht zum Teil aus überseeischen 'schwarzen Kästen'. Japanische Fachleute dürfen sich mit ihrer Beschaffenheit nicht bekannt machen. Aber auch das ist schon ein großer Fortschritt, früher wurden Raketen fast ganz aus Bestandteilen mit der Marke 'Made in USA' gebaut. Etwas besser steht es mit den Satelliten. Der, den wir morgen starten, ist zu 98% japanisch. Auf dem Raketenstartplatz Tanegashima aber, der der Nationalagentur für Weltraumforschung — der NASA — gehört, starten noch immer Fernmelde- und Wettersatelliten, die entweder ganz in den USA angekauft wurden oder viele importierte Baugruppen enthalten.

Das liegt daran, daß beide japanischen

Weltraumprogramme, sowohl das wissenschaftliche als auch das kommerzielle, erst unlängst angelaufen sind. Als Japan von den USA besetzt war, durften wir uns nicht mit der Raketentechnik befassen. Erst 1955 wurde die erste Rakete gestartet. Sie wog 700 g, war 23 cm lang und ist als 'der Bleistift' bekannt. Der erste japanische Satellit wurde erst 1970 auf den Orbit befördert. Seit 1977 werden regelmäßig sogenannte Arbeitssatelliten — erst 'Himawari'-Wettersatelliten, später 'Yuri'-Nachrichtensatelliten — gestartet, u. zw. von amerikanischen Startplätzen, und sie hatten nur zu 15% japanische Ausrüstungen. 1981 entstand die zweite Generation japanischer Satelliten. Sie starteten schon auf unserem Boden und waren zu 30–60% japanisch. Charakteristisch ist, daß die Unannehmlichkeiten mit 'Yuri 2a' und 'Himawari 2' kurz nach dem Start im Jahre 1984 gerade mit den importierten Baugruppen zusammenhängen. Man kann verstehen, daß wir uns sowohl in der Raketentechnik als auch im Satellitenbau selbständig machen möchten. Im neuen Weltraumprogramm steht, daß wir bis Anfang der 90er Jahre eine japanische H-II-Rakete haben werden, die imstande sein wird, 2 t Nutzlast — 6mal soviel wie der jetzige 'Gaul', die N-2-Rakete, auf den Orbit zu befördern. Zwar ist für 1988 der Flug eines japanischen Kosmonauten auf einem amerikanischen 'Shuttle' geplant, unser Traum ist es aber, für bemannte Flüge eine neue Generation eigener Träger Raketen zu gebrauchen.

Und nun zum amerikanischen Projekt für eine Weltraumstation", fuhr Dr. Oda fort. "Ebenso wie andere japanische Forscher möchte auch ich sehr gern daran beteiligt sein. Wir könnten vieles lernen und auch lehren. Wir machen uns aber große Sorgen über die Möglichkeit einer militärischen Nutzung dieser Station. Sollte es sich bestätigen, daß das Projekt eine 'militärische Kehrseite' hat, so müßten wir auf die Beteiligung verzichten.

"NEUE ZEIT"

26.85

Dr. Oda zweifelt nicht von ungefähr an der offiziellen Erklärung, daß die Station "absolut friedlich" sein werde. "Es sieht ganz danach aus, daß die US-Station nicht ausschließlich friedlichen Zwecken dienen wird", schrieb die dem japanischen Außenministerium nahestehende "Japan Times". Die Wochenschrift "Far Eastern Economic Review" teilte mit: "Die NASA unterhält rege Verbindung zu Befehlsstellen für Weltraumoperationen sowohl bei der Luftwaffe als auch bei der Kriegsmarine der USA, damit die Station eventuell

wendungen auf 300 Md. Yen — etwa ein Siebentel der Gesamtkosten — belaufen. Vertreter der USA haben den japanischen Kollegen vorgeschlagen, 14 die Entwicklung der Station betreffende Programme zu übernehmen. Die japanischen Wissenschaftler sind aber von der drittrangigen Rolle, die sie spielen sollen, nicht zufriedengestellt. Sie haben die Absicht geäußert, einen eigenen Labor-Modul zu entwickeln.

Reges Interesse für die Beteiligung am Projekt haben die Rüstungsindustriekon-

bei ihnen wissenschaftliche und technologische Informationen entlehnen und in der Entwicklung der Weltraumtechnik aufholen.

Selbstverständlich wissen die amerikanischen Partner und Konkurrenten, worauf die japanischen Privatfirmen und Regierungsämter rechnen. Die Zeitschrift "Aviation Week and Space Technology" schrieb bereits von der Absicht der NASA, "Schutzmaßnahmen" gegen das Durchsickern von Informationen nach Japan zu treffen. Dennoch gewinnt man den Eindruck, daß die Amerikaner Japans Beteiligung am amerikanischen Weltraumprogramm selbst nötiger als die Japaner haben.

Das hat mehrere Gründe. Vor allem möchte Washington die Lasten des Wetrüstens zum Teil auf Japan und die anderen Bündnispartner abwälzen. Außerdem müssen die amerikanischen Fachleute trotz der verächtlichen Äußerungen über Japans Weltraumprogramm zugeben, daß die Japaner in einigen engen Bereichen der Elektronik, Robotertechnik, Lasertechnologie, Herstellung neuer Stoffe und Miniaturisierung führend sind. Nicht von ungefähr hat Washington Tokio unter massiven Druck gesetzt, um sich einen Kanal zum Erhalt japanischer technischer Neuentwicklungen zu bauen. Das ist jetzt der Gemeinschaftliche Ausschuß für Militärtechnologie. Die Amerikaner interessieren sich für die in Japan entwickelten Helium-Arsenid-Halbleiter, optischen Fasern und die Arbeiten an einem künstlichen Gehirn (einer EDV-Anlage fünfter Generation).

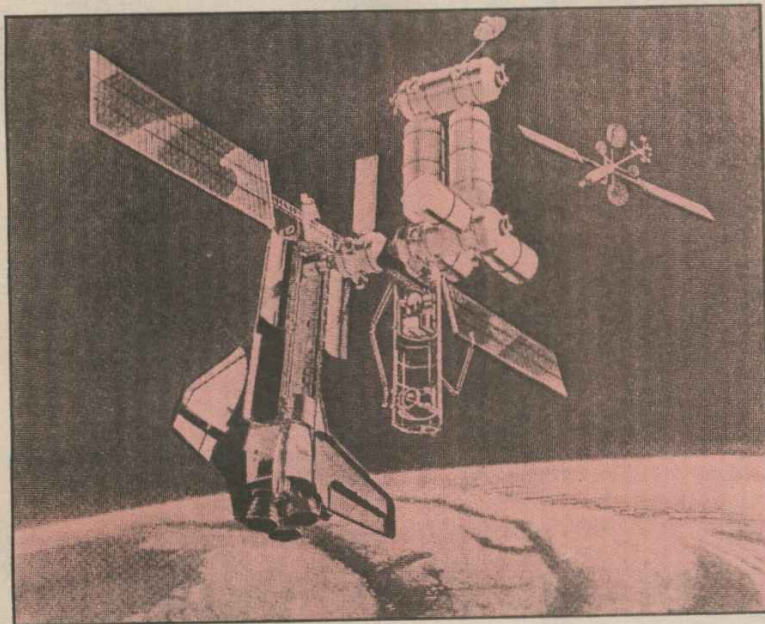
Bemüht, Tokio in die wahnwitzigen "Sternenkriegspläne" einzubeziehen, hat Washington diesem bereits einen "Schutz" mit den geplanten kosmischen Waffen zugesagt. Wie bei dem "nuklearen Schirm", der gemäß dem amerikanischen-japanischen "Sicherheitsvertrag" zur Verfügung gestellt wurde, kann sich das neue Stadium dieses "Schutzes" für die Japaner als größere Bedrohung ihrer nationalen Sicherheit und als neuerliche Schmälerung der Souveränität und territorialen Integrität ihres Landes entpuppen.

In Tokio ist man anderer Meinung. Anfang Mai traf Reagan im Rahmen der Bonner Konferenz der "Sieben" mit Ministerpräsident Nakasone zusammen und forderte Tokio auf, sich in die Realisierung der "Sternenkriege" einzuschalten. Der japanischen Presse zufolge hat Nakasone der Aufforderung Reagans faktisch zugestimmt.

J. TAWROWSKI
NZ-Korrespondent

Tokio

13



Ein US-Raumschiff vom Typ Shuttle hat bei der amerikanischen Orbitalstation angelegt. Vorläufig ein Phantasiegebilde. Um es wahr zu machen, sucht Washington Tokio in seine "Sternen"pläne einzubeziehen. Dieses hat nichts dagegen

Zeichnung aus:
"Asahi Evening News" (Japan)

auch für militärische Zwecke brauchbar sein wird." Eine Gruppe führender japanischer Wissenschaftler hat unlängst von der Regierung eine Garantie für das Recht der Wissenschaftler verlangt, die Beteiligung an Arbeiten abzulehnen, die in Japan zur Bildung eines Militär-Industrie-Forschungskomplexes führen würden, der auch für raketentechnische Forschungen gebraucht werden soll.

Die Antwort auf die Frage, ob Japan an der Entwicklung einer Weltraumstation teilnimmt, wurde eigentlich schon Ende vorigen Jahres gegeben, als im Staatsetat für 1985 1,5 Md. Yen für Arbeiten im Rahmen dieses Projekts ausgesetzt wurden. Am 9. Mai d. J. wurde in Tokio ein Abkommen über die Bedingungen und Formen einer Beteiligung Japans am Anfangsstadium der Arbeiten geschlossen. Entsprechende Dokumente sollen mit fortschreitendem Bau der Station, die 1992 oder 1993 auf den Orbit befördert werden soll, unterzeichnet werden. Bis dahin werden sich die japanischen Auf-

zerne gezeigt. Schon haben Mitsubishi, Ishikawajima Harima Co., Toshiba und Mitsui spezielle Forschungszentralen eingerichtet. Im vergangenen September sind die japanischen Militärs, ohne einen offiziellen Regierungsbeschluß abzuwarten, daran gegangen, Geheimarbeiten mit Bezug auf "Sternenkriege" auszuführen. Aus den USA sind Lenkeinrichtungen für Antisatellitenwaffen angefordert worden, und japanische Fachkräfte untersuchen die Schlagkraft zweier Laserwaffen.

Die japanischen Konzerne hoffen nicht nur auf lohnende Aufträge der von der Regierung subventionierten Weltraumagentur. Bei der Zusammenarbeit mit amerikanischen Auftraggebern wollen sie

REVOLUTIONÄRE ERRUNGENSCHAFTEN VERTEIDIGEN

"Es lebe die Republik!" skandierten begeisterte Einwohnerscharen Maputos, die sich am 25. Juni 1975 im hauptstädtischen Stadion zur Zeremonie der Unabhängigkeitsproklamation eingefunden hatten. Unter Salutschüssen aus MPis wurde die portugiesische Fahne eingeholt, und die Nationalflagge der unabhängigen Volksrepublik Mocambique stieg in den mitternächtlichen Himmel hinauf.

Viereinhalb Jahrhunderte befand sich Mocambique unter ausländischer Herrschaft. Das Volk rebellierte wiederholt gegen koloniale Ausplünderung und Gewalt, jedoch wider setzte sich Portugal länger als andere dem Wandel der Zeit und versuchte, seine afrikanischen Besitzungen mit Waffengewalt zu halten. Allerdings halfen Portugal weder die großzügige militärische und finanzielle Unterstützung seitens der anderen NATO-Länder noch die Zusammenarbeit mit den rassistischen Regimes der RSA und Rhodesiens. Der selbstlose Kampf des mocambiquischen Volkes unter Führung der Befreiungsfront von Mocambique (FRELIMO) und die Aprilrevolution "der Nelken" von 1974 in Portugal selbst führten zum Zusammenbruch der Kolonialherrschaft in Mocambique.

Dornen auf dem Weg

Das unabhängige Mocambique erbt von den Kolonialisten eine äußerst rückständige agrare Ökonomie mit vorwiegend Naturalwirtschaft auf dem Land, die infolge der zehn Kriegsjahre völlig am Boden lag. Das Analphabetentum betrug 93%. Für den Wiederaufbau und die Entwicklung der Wirtschaft gab es weder Erfahrung noch eigene Fachleute. Die überwiegende Mehrheit der portugiesischen Ansiedler, darunter Ärzte, Lehrer, Ingenieure, verließen nach der Unabhängigkeitserklärung das Land.

Und doch wurde in den zehn Jahren der Unabhängigkeit nicht wenig geschafft. Typisch für das neue Mocambique ist die Demokratisierung des politischen und öffentlichen Lebens. Die Banken, Versicherungsgesellschaften und der Außenhandel wurden verstaatlicht. Als Weiterentwicklung der anfangs gebildeten Produktionsräte in den Betrieben entstan-

den Gewerkschaften; kostenlose Bildung und medizinische Versorgung wurden eingeführt.

Die Schaffung von Bedingungen für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft setzte sich die Befreiungsfront von Mocambique als strategisches Ziel. Sie ist zur Partei der Avantgarde der mocambiquischen Werktätigen geworden und hat den wissenschaftlichen Sozialismus als ihre ideologische Grundlage verkündet. Der IV. FRELIMO-Parteitag (1983) bekräftigte diesen Kurs und arbeitete ein Programm für die Fortsetzung der sozialökonomischen Umgestaltungen aus.

Gegenwärtig ist der staatliche Sektor in der Volkswirtschaft dominierend: in Industrie, Energiewirtschaft und Transportwesen. In der Landwirtschaft sind über 50 große Staatsgüter und Hunderte Produktionsgenossenschaften tätig. Die anfängliche Kooperationsform in Mocambique stellen die "Gemeinschaftsdörfer" dar. Ein Fünftel der Bevölkerung sind in Konsumgenossenschaften organisiert. Die Staatsgüter und die Genossenschaften bilden die Grundlage, auf der das Problem der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und der Selbstversorgung des Landes mit Nahrungsmitteln gelöst werden könnte, was allerdings rationelles Wirtschaften, materielle Mittel und gebildete Fachkräfte voraussetzt.

Trotz aller Anstrengungen hat sich die Wirtschaftslage des Landes in den letzten Jahren verschlechtert. Im vorigen Jahr verringerte sich die Industrieproduktion; auch die Exporteinnahmen gingen zurück. In Maputo gesteht man ein, daß einige Schwierigkeiten subjektive Ursachen haben, wie Neigung zu überflüssigen administrativen Eingriffen und übertriebene Zentralisierung bei gleichzeitig ungenügender Kontrolle der Wirtschaftstätigkeit in den Betrieben. Es gibt aber auch objektive Ursachen: 1977/78 verwüsteten Überschwemmungen das Land, und Anfang der 80er Jahre suchte es eine dreijährige Dürreperiode heim, deren Folgen bis heute nicht überwunden werden konnten. Die Lösung wirtschaftlicher Probleme und der Kampf gegen die Folgen der Naturkatastrophen wären zweifelsohne erfolgreicher gewesen, wenn der nicht erklärte Krieg, den die

rassistischen Machthaber der RSA gegen Mocambique entfesselten, nicht wäre.

Komplot gegen die Republik

Zählt man die Jahre des Befreiungskrieges mit, so steht Mocambique bereits seit mehr als 20 Jahren im bewaffneten Kampf. Seit den ersten Tagen der Unabhängigkeit wird auf Mocambique, wie auch auf andere Frontstaaten, die die Befreiungsbewegung im Süden Afrikas unterstützen, seitens der rassistischen Regimes Druck ausgeübt. 1976 begannen Diversantengruppen, in Rhodesien aus ehemaligen Soldaten der portugiesischen Kolonialarmee rekrutiert, mit Überfällen auf das Land. Nach Zusammenbruch des rhodesischen Rassenregimes und Bildung der unabhängigen Republik Simbabwe fanden die Marionetten unter dem anmaßenden Namen "Nationale Widerstandsbewegung von Mocambique" (MNR) neue Gönner in Gestalt der Rassen Südafrikas. In der Provinz Transvaal wurden ihnen Stützpunkte zur Verfügung gestellt. Nach der Machtübernahme der Reagan-Administration in Washington eskalierte Pretoria den nicht erklärten Krieg gegen die Frontstaaten, insbesondere gegen Angola und Mocambique. Neben den eigenen



Jugend der Republik

Foto: TASS

"Kommandos" setzte die RSA in zunehmendem Maße Terroristengruppen der MNR ein. Zwischen der MNR und der in Angola operierenden konterrevolutionären Organisation UNITA besteht ein gewisser Unterschied, doch werden beide von Pretoria benutzt, um dasselbe politische Ziel zu erreichen: die jungen Staaten mit Terror und Wirtschaftssabo-

tage zu destabilisieren; sie zum Verzicht auf die fortschrittliche politische Orientierung und die Solidarität mit den Freiheitskämpfern in der RSA und Namibia zu zwingen.

Einen solchen Wandel in der Politik Maputos erreichte Pretoria nicht, dennoch ist der Sachschaden, den die Mördertruppen und Saboteure Mocambique zufügten, enorm und wird mit über 4 Mrd. Dollar veranschlagt. Unter diesen Umständen brachten die RSA-Machthaber, ermuntert von Washington und unter Mitwirkung Lissabons, "friedensstiftende" Manipulationen ins Spiel. Im März 1984 schlossen die RSA und Mocambique ein Abkommen über Nichtangriff und gutnachbarliche Beziehungen, das nach dem Unterzeichnungsort Nkomati-Vertrag genannt wurde. Laut Vertrag verpflichtete sich die RSA, ihre Hilfeleistungen für die MNR einzustellen, und Mocambique sagte die Unterstützung der in der RSA tätigen Befreiungsorganisation "Afrikanischer Nationalkongress" (ANC) ab. Die Regierung der VR Mocambique erklärte dabei, daß der Vertrag lediglich die Militäraktivitäten des ANC betreffe und daß sie die moralische, politische und diplomatische Unterstützung des ANC fortsetzen werde.

Der Vertrag rechtfertigte jedoch nicht die in ihn gesetzten Hoffnungen, da sich Pretoria, wie es für die Politik der RSA typisch ist, seinen Verpflichtungen entzog. Nach wie vor bestehen die Stützpunkte der Terroristen in Transvaal. Darüber hinaus nahmen nach der Unterzeichnung des Abkommens die verbrecherischen Aktivitäten der MNR spürbar zu. Ihre Terrorereignisse gegen die Zivilbevölkerung sind noch grausamer geworden. Es gibt Beweise dafür, daß die Waffenlieferungen aus der RSA fortgesetzt, südafrikanische "Instruktoren" nach Mocambique eingeschleust werden.

Doch allen Anstrengungen zum Trotz gelang es Pretoria nicht, die mocambiqueische Regierung zu Verhandlungen mit der MNR über eine "Teilung der Macht" zu zwingen, um damit im Land ein Marionettenregime zu etablieren.

Die Volksbefreiungskräfte Mocambiques berichten über erfolgreiche Operationen gegen die MNR in mehreren Provinzen, in deren Verlauf Stützpunkte zerstört und Hunderte von Banditen liquidiert wurden. Und doch bleibt die Lage ziemlich gespannt.

In der weltweiten Verschwörung gegen die VR Mocambique entstand eine gewisse Arbeitsteilung. So haben israelische Instruktoren ihr Scherflein zur Ausbildung der MNR-Terroristen beigetragen; in Portugal, wo die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Mocambique zur Schau gestellt wird, verbietet die Regierung keineswegs politische und propagandistische Aktivitäten der MNR. Ihre Rädelsführer haben Anhänger im Staats-

apparat, in den Streitkräften und Massenmedien. Besonders aktive Unterstützung erfährt die MNR von jenen Geschäftskreisen Lissabons, die durch den Zusammenbruch der Kolonialherrschaft ihre Stellung in Mocambique verloren haben.

Alles für den Kampf gegen Konterrevolution

Das Jubiläumsjahr 1985 ist in Mocambique zum Jahr der völligen und endgültigen Liquidierung des bewaffneten Banditentums erklärt worden. Die Landesführung mit dem Vorsitzenden der FRELIMO und Präsidenten der VR Mocambique, Samora Machel, ergriff Maßnahmen zur Festigung der Streitkräfte: Sie wurden durch Spezialisten verstärkt und notwendige Mittel für ihren Bedarf bereitgestellt. Auch die Volksmiliz wird jetzt besser ausgebildet und bewaffnet. Anfang Juni fand in der Hauptstadt Simbabwe Hare ein Gipfeltreffen Simbawes, Tansanias und Mocambiques statt, auf dem gemeinsame Maßnahmen gegen die Umtriebe der Rassisten in der VR Mocambiques erörtert wurden.

Mit Orientierung auf die Errichtung einer Kriegswirtschaft wird das wirtschaftliche Leben im Land reorganisiert. Zu den erstrangigen Aufgaben zählen nach wie vor die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion, Verbesserung der Versorgung mit Lebensmitteln, Erhöhung des devisenbringenden Exports. Schritte zur Verbesserung des Staatsapparates werden unternommen, ein schonungsloser Kampf wurde dem schwarzen Markt angesagt. Die Regierung rief zur politischen und organisatorischen Offensive gegen Bürokratie und Ineffizienz, gegen Schlamperei und Korruption auf.

Das mocambiqueische Volk braucht dringend die Unterstützung seines Kampfes gegen die imperialistische Verschwörung. In Maputo wird die Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zu den sozialistischen Ländern hervorgehoben, die im kritischsten Augenblick das Land mit Brennstoff und Konsumgütern unter Vorzugsbedingungen versorgten. Zur ökonomischen Entwicklung Mocambiques, zur Verteidigung seiner revolutionären Errungenschaften leistet die UdSSR im Rahmen des Abkommens über Freundschaft und Zusammenarbeit einen großen Beitrag.

In der Erklärung des Ministerrates der Republik heißt es: "Die Regierung der VR Mocambique schätzt die wesentliche Verstärkung der internationalistischen Unterstützung seitens der sozialistischen Länder hoch ein. Diese Unterstützung trägt zur Festigung der Verteidigungskraft, der Unabhängigkeit und nationalen Souveränität Mocambiques sowie zum Erfolg im Kampf gegen die Rückständigkeit, für Frieden und Sozialismus bei."

A. DOLGOW

NZ

KOMMENTAR

SPRUNGBRETT DER AGGRESSION

"Indien und Afghanistan drohen die gleichen Gefahren" — diesen Satz trifft man heute in der indischen Presse. Gemeint ist Pakistan. Und konkreter! Dieser Tage griffen pakistanische Einheiten, unterstützt von Bomben, indische Grenztruppen an und versuchten, den Raum des Siachen-Gletschers im Norden des indischen Unionsstaates Jammu und Kashmir zu besetzen. Bekanntlich hatte Islamabad dreimal bewaffnete Konflikte mit Indien entfesselt, und jedesmal stand dieser Bundesstaat in deren Mittelpunkt. 1972 hatten die Führer Indiens und Pakistans in Simla vereinbart, alle strittigen Gebietsfragen auf friedlichem Wege, in beiderseitigem Einvernehmen, zu lösen. Doch offenbar ziehen die Militärbehörden Islamabads Spannungen der guten Nachbarschaft und Schüsse dem Dialog vor. Seit dem letzten Jahr kommt es immer wieder zu Grenzzwischenfällen. Viele Menschen kamen dabei um.

Islamabad greift in Jammu und Kashmir selbst ein. In einem anderen indischen Unionsstaat, Punjab, läßt es lieber andere für sich agieren. Nach Angaben der "Hindustan Times" befinden sich auf pakistanischem Territorium über 10 Lager, wo mit Wissen und Billigung der Führungsclique Islamabads Tausende von Sikh-Extremisten gedrillt werden, die dann entsetzliche Verbrechen in Indien begehen.

Was die Beziehungen zu einem anderen Nachbarland, Afghanistan, angeht, so ist die von Pakistan ausgehende Gefahr noch größer. Darauf verwies kürzlich erneut der ständige Vertreter der DR Afghanistan bei der UNO. Die pakistanischen Aggressionsakte gegen Afghanistan halten an. Ebenso wie die Terrorakte der Konterrevolutionäre, die in über 100 Lagern auf pakistanischem Territorium in Terror und Diversionsakten gedrillt werden. All das verhindert eine Lösung der Fragen der Region, unterstrich der Ministerpräsident Indiens, Rajiv Gandhi, kürzlich in einem Interview.

... Woher kommen die Ausbilder, die Sikhbanditen und afghanischen Terroristen in den Lagern schulen? Wer hat einen nicht geringen, ja den wohl gefährlichsten Teil der Waffen geliefert, die die pakistanische Armee an der indischen und der afghanischen Grenze zusammengezogen hat und immer wieder einsetzt? Die USA. Gerade das Weiße Haus will die gefährlichen Spannungen in Asien schüren und verwandelt Pakistan in sein Sprungbrett der Aggression. Die jüngsten Ereignisse machen noch einmal deutlich, wie akut die Gefahren sind, die von Pakistan ausgehen.

L. JELIN

UNZUVERLÄSSIG? LIQUIDIEREN!

Die NATO wird von allen Seiten bedroht. Das behauptet man nun seit ihrer Entstehung. In diesem Jahr wird, wie es allgemein in der NATO heißt, die "innere Bedrohung", also die Antikriegsbewegung in Westeuropa, in den Vordergrund gestellt. Die Wachhunde aus dem Brüsseler NATO-Hauptquartier schaffen es kaum, Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen. Agenten holländischer, britischer und bundesdeutscher Geheimdienste mußten auf die Schnelle ungewohnte Friedenslosungen pauken, damit sie bei Antikriegsdemonstrationen nicht sonderlich auffallen. An einem Römer Militärcollege schmiedeten fleißige NATO-Schüler Pläne für einen Staatsstreich in Athen, da Griechenland durch seine Haltung gegen das militärische Abenteuer der NATO Zorn auf sich gezogen hat.

Sogar ein großangelegtes NATO-Training wurde angesetzt. Die jüngsten Übungen der NATO, WINTEX/CIMEX, wurden dieser Aufgabe gewid-

met. Der britische "New Statesman" erhielt Zugang zu einer Aufzählung von "Übungssituationen" dieser Spiele. Demzufolge bestehe zumindest die Hälfte von ihnen im "Kampf gegen die innere Bedrohung". Die Aufgabe wurde nach NATO-Art simpel formuliert: "Gruppen von Unzuverlässigen" sind festzunehmen, ihnen gegenüber ist "militärische Gewalt" anzuwenden, oder aber sie sind einfach zu "liquidieren". Damit kein "Unzuverlässiger" davontkommt, ist vorgesehen, zu solchen Operationen auch Zivilbehörden heranzuziehen. Zudem soll gegen die Friedensanhänger nicht nur bei Kriegshandlungen vorgegangen werden, sondern auch bei einer "Krisensituation". "Der Kampf gegen die innere Bedrohung muß bereits auf einer frühen Etappe der Übungen geführt werden", zitiert "New Statesman" die NATO-Leute. Es sieht ganz danach aus, daß man in Brüssel zum "Tag X" rüstet, um die Antikriegsbewegung abzuwürgen.

O. WAKULOWSKI

VERBOTENES IST DOCH ERLAUBT

Ein Patient in einer medizinischen Regenerationszentrale lehnte es ab, sich für Versuche mit unerprobten Pharmaka herzugeben. Zu seiner Verwunderung fand er später die starkwirkenden Tabletten im Eis. Eine Patientin wurde zum Einnehmen eines Präparats gezwungen, dessen Wirkung auf den Menschen unbekannt ist. Man gab es ihr in Apfeloße.

Solche eigentlich zwangsmäßigen Experimente an Menschen werden jetzt in den USA vorgenommen. Immer wieder werden Amerikaner zu Versuchskaninchen gemacht. Der Seniorennationalrat der USA hat entdeckt, daß so etwas in zahlreichen medizinischen Einrichtungen der USA, die doch eigentlich für Ruhe und Erholung der Genesenden sorgen müßten, gang und gäbe ist. Personen, denen man gefährliche Pharmaka eingeben will, bringt man durch Betrug dazu, eine Einwilligung zu unterschreiben.

Hat man das in Washington gewußt? Zweifellos. Der Anstoß zu einer Untersuchung waren ja Angaben in Regierungsakten. Man hat es gewußt, aber geschwiegen. Die Konzerne wollen nämlich nicht Tausende Dollar für die allseitige und objektive Prüfung neuer Medikamente ausgeben und dabei obendrein riskieren, daß der Kontrolldienst sie nicht zur Erzeugung freigibt. Den Monopolen geht es um raschen Gewinn, und es ist für sie einfacher, eine Abmachung mit Ärzten zu treffen.

Der Seniorennationalrat, der die Untersuchung vornahm, erinnerte daran, daß Experimente an Menschen, auch an alten Leuten, vor Jahren selbst in Gefängnissen verboten wurden.

Im Gefängnis verboten, im "freien" Amerika jedoch erlaubt.

A. ARCHIPOW
NZ-Korrespondent

New York

AN EINEN GROSSEN MANN

Ein Schwerpunkt des Apartheidsystems in der RSA ist die Bildung sogenannter Bantustans oder Homelands. Faktisch sind das große Gettos auf unfruchtbarem Boden. Seit einigen Jahren schon siedeln die südafrikanischen Behörden Stammbevölkerter des Landes gewaltsam in Bantustans um. Das ist nichts anderes als ein Versuch der Rassisten, das Land von seiner Stammbevölkerung zu "säubern" und fast 90% des Landesgebiets für sich zu behalten.

Unlängst ist zu den 90% die nördlich von Johannesburg liegende Siedlung Matopostad geschlagen worden. Den Afrikanern wurde angekündigt, daß sie das fruchtbare Land bald

verlassen müßten. Da schilderten sie ihre Tragödie in einem Brief an den US-Außenminister George Shultz. Sie schrieben: "Wir glauben, daß so ein großer Mann wie Sie unsere Regierung dazu bringen könnte, die Aussiedlung unserer Familien und die Besetzung unseres Grund und Bodens zu unterlassen."

Wir wissen nicht, ob die Leute von dem "großen Mann" eine Antwort bekommen haben. Eigentlich hat das Weiße Haus auf solche Bitten aber schon vor einigen Monaten reagiert. Ende v. J. wurde im UNO-Sicherheitsrat eine Resolution zur Abstimmung gebracht, in der zur Auflösung der Homelands aufgefordert wurde.



Der Weg in ein Bantustan

Foto aus: "Newsweek" (USA)

Der US-Vertreter enthielt sich als einziger der Stimme.

Die Regierung Reagan zeigt ständig, auf wessen Seite sie ist. Wie der südafrikanische "Star" schrieb, erhielt

die RSA allein 1983 amerikanische 28 Mio. Dollar. V der RSA-Armee werden, wenn sich Matopostad we Land ihrer Väter

Was den Y zueina US-Reg der Um und -li sucht

BITB
SIGN

Unsere L Treffen eh bayrischen 19 und 22) Krone hint Joachim Kri der bunde "Elan", der der Rechts ehemaliger



WORAUF DIE F 16 ZIELEN

land zu überzeugen und verkauft ihm jetzt, abgesehen von allem anderen, 12 F-16-Jagdbomber.

Der Abschluß ist schon perfekt. Washington ist interessiert daran, daß ein "starkes" Thailand, obwohl das ganz und gar nicht in seinem nationalen Interesse liegt, den sozialistischen Staaten Indochinas gegenüber auch weiter eine Konfrontationspolitik betreibt. Das Pentagon bestreitet, weil das für die USA "lebenswichtig" sei, 85% des

thailändischen Waffenimports. Mit US-Hilfe haben sich Bangkoks militärische Ausgaben in den letzten Jahren mehr als verdreifacht, und das Pentagon rechnet darauf, die militärische Abhängigkeit Thailands von den USA dahin zu bringen, daß es möglich sein wird, auf dessen Boden US-Stützpunkte anzulegen. Über amerikanische Waffen- und Heeresgutdepots ist bilateral im Beisein eines Assistenten des US-Außenministers, Wolfowitz, und eines Assistenten

des US-Verteidigungsministers, Armitage, schon konferiert worden.

Das Weiße Haus möchte außerdem, daß die anderen ASEAN-Staaten dem Beispiel Thailands folgen. Sollten sie nach dem Nachbarstaat, der ihnen mit seinen Waffenbeständen voraus ist, bereit sein, amerikanische Flugzeuge anzukaufen, so wird das ein langersehnter Schritt dazu sein, die Region unter US-Ägide zu militarisieren.

A. RAIKIN

Foto aus: "Wehrtechnik" (BRD)

zeugt vom zunehmenden Vertrauen von Ländern. Nach Ansicht der Regierung hauptsächlich der Waffenankäufe. Davon verweigert Washington auch Thai-

BÜRGER

AL

ser wissen bereits vom ehemaligen SS-Leute im Nesselwang (NZ, Heft 1). Dort hörte im Hotel verschlossenen Türen schka, Berichterstatter der deutschen Zeitschrift sich für einen Vertreter der Presse ausgab, Ergüsse und jetziger Nazis.



zwischen 1981 und des Heeresgut für vielleicht wird es von und-Polizei benutzt die Einwohner von gern werden, das zu verlassen.

M. OSSOKIN

Unter ihnen war auch Otto Ernst Remer, einst Generalmajor der Division "Großdeutschland", Gründer der neonazistischen "Deutschen Freiheitsbewegung", derselbe Remer, der Reagans Besuch auf dem Bitburger SS-Friedhof begrüßte.

Man erfuhr, daß er bei dem Treffen hereingeschaut habe, weil er hoffte, dort Leute zu finden, die er braucht. "Wir brauchen heute die 18- bis 22-jährigen, die machen den Kampf", sagte er zu Kriskha. "Und wir brauchen auch die Führungsschicht der 30- bis 45-jährigen. Nur mit einer Elite ist die Wende einzuleiten. Jetzt ist die Zeit noch nicht reif. Aber lassen Sie es doch bis 6 Millionen Arbeitslose werden. Lassen Sie doch mal das Chaos kommen!" Der Ex-General ist unersättlich: Er will ein Großeuropa nach dem Muster Deutschlands schaffen, das sich in seiner Vorstellung noch jetzt von Österreich bis Polen erstreckt. Danach sei ein "Weltreich vom Ural bis nach Kapstadt" an der Reihe!

Remer war sehr redselig, er erzählte nicht nur Kriskha von seinen Plänen, sondern auch einem Korrespondenten des "Stern", der sich für den Vertreter einer "österreichischen Neonaziorganisation" ausgab. Remer sagte: "Wir haben eine gemeinsame Überzeugung: Die Scheiß-Demokratie muß weg."

Reagans Besuch ist sichtlich nicht ohne Folgen geblieben.

K. ISSAKOW

WASPERMAN
© 1985 LOS ANGELES TIMES SYNDICATE

YOU CAN HELP

EACH YEAR THE PENTAGON AND ITS DEPENDENTS ASK FOR YOUR HELP. PLEASE BE GENEROUS AGAIN THIS YEAR. LOOK WHAT YOUR CONTRIBUTION COULD MEAN:

- \$1,500 will buy two pairs of pliers
- \$900,000 will pay the salary of the chairman of a defense company
- \$28,000,000 will cover the Pentagon's costs for a whole hour
- \$1,500,000,000 will buy 21 vulnerable missiles

USE THIS HANDY PLEDGE FORM TODAY.

MIT KLINGELBEUTEL IM KAPITOL

"Sie können helfen!" ruft auf einer Karikatur von einem Zeichner des Zeitungssyndikats "Los Angeles Times" ein Pentagonbeamter aus. "Das Pentagon und seine Auftragnehmer wenden sich jedes Jahr an Sie. Seien Sie auch dieses Mal großzügig!" Es folgt die Erläuterung, wofür der Inhalt des Klingelbeutels vermutlich benutzt werden wird: 1500 Dollar zum Kauf von zwei Flachzangen, 900 000 als Diäten für den Präsidenten eines Rüstungskonzerns, 28 Mio für die stündlichen Aufwendungen des Verteidigungsministeriums, 1,5 Md. für den Ankauf von 21 verwundbaren Raketen usw.

Der Klingelbeutel des Pentagon enthält schon über 300 Md. Dollar. Die Budgetdebatte im Kongreß ist mit Enthüllungen über Mißbräuche großer Auftragnehmer des Militärwesens verbrämt. Die Zahlen in ihren Kostenanschlägen entsprechen den vom Karikaturzeichner angeführten. Mehr noch, dem Büro für interne Einkünfte zufolge zahlen viele Rüstungskonzerne lange keine Einkommensteuern.

Inzwischen hat das Pentagon den Capitol-Hügel wieder mit dem Klingelbeutel erstiegen, um als milde Gabe wenigstens noch ein Milliarden einzusacken.

G. SIDOROWA

„WIR, DIE VÖLKER DER VEREINTEN NATIONEN...“

Vor 40 Jahren setzten die Vertreter von 50 Staaten ihre Unterschrift unter das grundlegende Dokument der repräsentativsten aller internationalen Organisationen.

Die Konferenz von San Francisco bedeutete den Abschluß der Arbeit an den grundlegenden organisatorischen Prinzipien, den Zielen und Aufgaben der UNO. Noch während des zweiten Weltkrieges fanden auf Vorschlag der UdSSR in Dumbarton Oaks (21. August–28. September 1944) Verhandlungen mit Vertretern der USA und Großbritanniens statt. Dort wurden die (später auch von China gebilligten) „Vorschläge bezüglich der Gründung einer Allgemeinen internationalen Sicherheitsorganisation“ ausgearbeitet. Das Dokument umfaßte einen weiten Fragenkreis und bildete die Grundlage der späteren UNO-Satzung.

In Dumbarton Oaks gelang es, die meisten der damaligen Differenzen zwischen den Alliierten aus dem Weg zu räumen. Aber nicht alle. So wurde die Frage nach dem Abstimmungsverfahren im Sicherheitsrat nicht gelöst. Dabei hing gerade von ihrer Lösung die wahre Gleichberechtigung und Zusammenarbeit der Hauptmächte der Antihitlerkoalition in dieser Organisation ab.

Die UdSSR war für das Prinzip der Einstimmigkeit der ständigen Ratsmitglieder in allen Fragen. Die USA und Großbritannien bestanden darauf, daß die Stimme des Mitglieds des Sicherheitsrates, das in einen Streitfall verwickelt war, bei der Abstimmung nicht in Betracht gezogen wurde. Somit rechneten sie schon damals damit, daß eine Gruppe von Staaten einem ständigen Mitglied des Sicherheitsrates ihren Willen diktieren könne.

Nach der Konferenz in Dumbarton Oaks wurde diese Frage — hauptsächlich zwischen der UdSSR und den USA — über diplomatische Kanäle weiter diskutiert. Auf dem Krimtreffen der drei Alliierten (4.—11. Februar 1945) kehrte man zu ihr zurück. Dort wurde die Kompromißvariante des US-Präsidenten Roosevelt angenommen. Ihr lag das Prinzip der Einheit der Großmächte bei der Lösung aller essentiellen Fragen zugrunde. Ferner wurde in Jalta festgelegt, daß die Vereinten Nationen die Gründungskonferenz zur Schaffung einer internationalen Organisation für die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit am 25. April 1945 in San Francisco eröffnen würden.

Man schrieb das Frühjahr 1945. Die Front rollte unaufhaltsam westwärts. Das „Dritte Reich“ schrumpfte wie das Chagrinleder zusammen. Kämpfe in den Straßen von Berlin. Die rote Fahne über dem Reichstag. Der Krieg in Europa näherte sich seinem Ende.

Um diese Zeit wurde in den herrschenden Kreisen der USA und Großbritanniens immer öfter gefordert, die Zusammenarbeit mit der UdSSR einzustellen. Sie erschien nicht mehr so notwendig wie in den ersten Jahren des Krieges gegen Nazideutschland. Später schrieb Churchill in seinen Memoiren ohne Umschweife: „... die Vernichtung der Militärmacht Deutschlands zog eine radikale Veränderung der Beziehungen“ zu Sowjetrußland „nach sich“. Am 12. April 1945 starb Präsident Roosevelt. Sein Nachfolger, Harry Truman, veränderte die US-Außenpolitik gründlich und konzentrierte sie auf den Antisowjetismus und Antikommunismus.

Unter diesen Verhältnissen war die Einberufung der Konferenz in San Francisco einerseits von großer politischer Bedeutung; andererseits aber bestimmten die gestiegenen Spannungen innerhalb der Antihitlerkoalition den scharfen Charakter der Diskussionen voraus.

Um 16.30 Uhr des warmen sonnigen 25. April 1945 wurde die Konferenz in der Oper von San Francisco feierlich eröffnet. Am nächsten Tag begann die Erörterung der allgemeinen Probleme um die Gründung einer Weltsicherheitsorganisation und um die Diskussion über den in Dumbarton Oaks ausgearbeiteten Satzungsentwurf.

Zur Konferenz kamen Vertreter der Staaten verschiedener Kontinente, unterschiedlicher sozialer Struktur, wirtschaftlicher Entwicklungsstufe und unterschiedlicher Ansichten über die Lösung der Nachkriegsprobleme. Doch über einen Punkt waren sie sich alle einig. Der Krieg, der unermeßliche Leiden gebracht hatte, durfte sich nicht wiederholen. Die Idee der Gründung einer wirksamen internationalen Sicherheitsorganisation beherrschte die Ansprachen aller Delegierten. Doch war das Streben der größten Westmächte nicht zu verkennen, diese Organisation zur Errichtung ihrer politischen Hegemonie in der Nachkriegswelt zu benutzen.

Zur Prüfung der einzelnen Abschnitte der in Dumbarton Oaks angenommenen Vorschläge und einiger zusätzlicher Fragen wurden vier Kommissionen gebildet, die sich ihrerseits in 12 Unterkommis-

sionen untergliederten. Sie hatten Änderungen zu begutachten und die Entwürfe der entsprechenden Artikel der Satzung vorzubereiten. Von 36 Staaten kamen rund 1200 (!) Bemerkungen und Abänderungen zum ursprünglichen Wortlaut des Hauptdokuments der späteren Organisation. Wegen eines solchen „Reichtums“ dauerte die „kommissionsinterne“ Tätigkeit der Konferenz viel länger, als angenommen worden war, bis zum 20. Juni. Viele der in Dumbarton Oaks ausgearbeiteten Bestimmungen wurden ergänzt und umredigiert. Die Satzung erhielt eine Präambel, die es im Entwurf nicht gegeben hatte: „Wir, die Völker der Vereinten Nationen, sind entschlossen, die kommenden Generationen von der Geißel des Krieges zu bewahren, der zu unseren Lebzeiten zweimal unsagbares Leid über die Menschen gebracht hat, und den Glauben an die grundlegenden Menschenrechte, an die Würde und den Wert der menschlichen Person ... zu festigen.“

Ausführlicher als früher wurden im Kapitel I die Ziele und Prinzipien der Organisation dargelegt, während das Kapitel II der Charta, über die Mitgliedschaft, faktisch neugeschrieben wurde. Die meisten Änderungen und Bemerkungen waren sachlich, zielten auf eine bessere Struktur der späteren Sicherheitsorganisation ab und waren von dem

Der sowjetische Chefdelegierte Andrej Gromyko auf der Pressekonferenz in San Francisco



aufrichtigen Streben eingegeben, das künftige Sicherheitssystem möglichst wirksam zu gestalten. Leider kann das nicht von allen Bemerkungen gesagt werden.

Ein scharfer Kampf entbrannte auf der Konferenz um Probleme, die die Vollversammlung und den Sicherheitsrat betrafen. Unter den Verhältnissen, die sich in der Politik der USA und Großbritanniens immer deutlicher ein "neuer" Kurs abzeichnete, mußte die sowjetische Delegation

viel Mühe aufwenden, viel Ausdauer und Beharrlichkeit an den Tag legen, um für die UdSSR unannehmbar Entscheidungen zu verhindern und das Wesen der Vorschläge von Dumbarton Oaks zu behaupten.

Die Redaktion bat den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter Prof. **Alexej ROSTSCHIN**, der an der Konferenz von San Francisco teilnahm, über seine Erinnerungen zu schreiben.

Alexej Rostschin erzählt

Die wichtigste Frage im Zusammenhang mit der Erarbeitung der UNO-Charta war das Abstimmungsverfahren im Sicherheitsrat. Dieses Organ sollte als das einzige in der UNO das Recht erhalten, bindende Entscheidungen zu treffen: über wirtschaftliche und diplomatische Sanktionen, Kriegshandlungen und sonstige wichtige Maßnahmen. Nach Ansicht der USA und Großbritanniens durfte ein Staat, wenn in einen Streitfall oder Konflikt verwickelt, nicht vom Vetorecht Gebrauch machen. Sie wollten die Rechte und Möglichkeiten der UdSSR beschränken, einen ihr aufgezwungenen politischen Kurs oder Verhaltensmuster abzulehnen. Washington und London planten schon die Benutzung der UNO als Instrument der eigenen internationalen Politik.

Damals waren die USA und Großbritannien ziemlich gleichgültig gegenüber dem Vetorecht der ständigen Ratsmitglieder, weil sie hofften, im Rat ebenso wie in den anderen UNO-Organen eine geheime Stimmenmehrheit zu haben. Doch konnten die Delegationen der USA und Großbritanniens nicht gut gegen das auf der Krim vereinbarte Abstimmungsverfahren vorgehen. Deshalb beauftragten sie die britischen Dominien, einige lateinamerikanische Länder sowie die Philippinen und Griechenland damit, diese Vorschläge durchzudrücken. Der australische Außenminister Evatt ritt eine Attacke gegen das auf der Krim vereinbarte Abstimmungsverfahren für den Sicherheitsrat: Das Vetorecht solle sich nur auf Entscheidungen über Zwangsmaßnahmen gegen einen Aggressor im UNO-Rahmen (wirtschaftliche, diplomatische Sanktionen und Kriegshandlungen) erstrecken. Was friedliche Mittel zur Bereinigung von Streitfällen betraf, so meinte Evatt, über solche Fragen könnten beliebige sieben Stimmen im Sicherheitsrat entscheiden, ohne das Vetorecht der ständigen Ratsmitglieder zu bemühen. Die lateinamerikanischen Länder Peru, Kolumbien, Kuba u. a. gingen noch weiter. Sie bestanden darauf, daß alle UNO-Staaten im Sicherheitsrat die gleichen Rechte haben sollten und daß das Vetorecht gar nicht eingeführt wurde.

Um diese Vorschläge des Westens, der den Charakter der Organisation verändern und ihre Tätigkeit gegen die Interessen der UdSSR und der anderen unabhängigen Staaten ausrichten wollte,

zu neutralisieren, bedurfte es vieler Mühe.

Als auf der Konferenz (im Ausschuß 2/1, Struktur und Verfahren der Vollversammlung) die Ernennung des UNO-Generalsekretärs erörtert wurde, schlugen Australien und Uruguay vor, der Sicherheitsrat solle Empfehlungen zu dieser Frage ohne Rücksicht auf die Einstimmigkeitsregel für die ständigen Ratsmitglieder annehmen. Dieser Vorschlag widersprach dem Beschluß der Krimkonferenz über das Abstimmungsverfahren im Sicherheitsrat. Aber das Kongreßmitglied Sol Bloom, der US-Vertreter im Ausschuß, unterstützte diesen Vorschlag sofort.

Die Folgen dieses Beschlusses wären gewaltig gewesen, sie hätten den Einfluß der UdSSR auf die Aufstellung eines der wichtigsten Organe, des Sekretariats, vermindert oder, zumindest in den ersten Jahren der UNO-Tätigkeit, auf Null reduziert. Damals hatten die USA ein eindeutiges Übergewicht in allen UNO-Organen, auch im Sicherheitsrat, und hofften, mit den Stimmen der sieben Ratsmitglieder jede ihnen erwünschte Person unabhängig von der Meinung der UdSSR auf den Posten des Generalsekretärs hieven zu können.

Noch am selben Abend berichtete ich Andrej Gromyko, dem Leiter unserer Delegation, darüber, wie sich die Frage der Ernennung eines Generalsekretärs im Ausschuß präsentierte. Mittels einer komplizierten Prozedur gelang es Gromyko, den Beschluß des Ausschusses 2/1 aufzuheben und das in Dumbarton Oaks und auf der Krim vereinbarte Verfahren zur Nominierung des Generalsekretärs durchzusetzen. Gemäß diesem Verfahren durfte die Empfehlung des Sicherheitsrates zu dieser Frage nur bei

der Einstimmigkeit seiner ständigen Mitglieder angenommen werden.

Die US-Delegation behauptete damals, S. Bloom habe sich "geirrt". Das dürfte kaum der Fall gewesen sein. Er hatte ja zwei Berater zu seiner Verfügung (unter den zahlreichen Beratern der US-Delegation), die den vereinbarten Standpunkt zu dieser Frage gewiß kannten. Den USA ging es einfach darum, das Prinzip der Einstimmigkeit der ständigen Ratsmitglieder bei der Ernennung des Generalsekretärs zu untergraben und so die Rolle der UdSSR in der entstehenden Organisation herabzumindern.

Noch ein Beispiel. Im Ausschuß 2/2 (politische Funktionen und die Kompetenz der Vollversammlung) waren die USA durch den republikanischen Senator Arthur Vandenberg, einen Gegner des Roosevelt'schen Kurses auf Zusammenarbeit mit der UdSSR, vertreten. Auf sein Betreiben unterbreitete der bolivianische Vertreter der Konferenz einen Vorschlag, die UNO-Vollversammlung solle mit dem Recht ausgestattet werden, von den Staaten geschlossene internationale Verträge zu revidieren.

Der amerikanisch-bolivianische Vorschlag widersprach den Bestimmungen des in Dumbarton Oaks ausgearbeiteten und vereinbarten Entwurfs der UNO-Charta. Dennoch betrieb Vandenberg energisch seine Annahme. Die UdSSR-Delegation war entschieden dagegen, die Delegationen Frankreichs, der Tschechoslowakei, Perus, Kolumbiens und Chiles unterstützten sie. Im Ergebnis wurde der Vorschlag über das Recht der UNO-Vollversammlung auf die Revision internationaler Verträge abgelehnt.

Gerade darin liegt meines Erachtens die besondere Bedeutung der Konferenz von San Francisco. Die UdSSR vermochte es, alle Versuche zunichte zu machen, die darauf gerichtet waren, die UNO in eine Handhabe der politischen und wirtschaftlichen Herrschaft Washingtons und Londons in der Welt, ein Mittel des Drucks auf die UdSSR in den Fragen der Nachkriegspolitik zu verwandeln. Auf Initiative der UdSSR wurden der Organisation Prinzipien zugrunde gelegt, die die Möglichkeit ausschließen, daß eine Großmacht als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates die UNO gegen ein anderes ständiges Ratsmitglied benutzen konnte.

Am Morgen des 26. Juni begann die Unterzeichnung der Charta. Am Abend fand die Schlußsitzung der Konferenz statt.

In seiner Ansprache auf dieser Sitzung betonte Andrej Gromyko: Trotz bestehender Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten zwischen einzelnen Delegationen über die einen oder anderen Punkte ist es der Konferenz im Endeffekt gelungen, alle Hauptschwierigkeiten zu überwinden und die der Konferenz gestellten Aufgaben erfolgreich zu lösen.

Die vierzig Jahre seit der Gründung der

UNO haben die Lebensfähigkeit ihrer Charta überzeugend demonstriert. Ihre Bedeutung ist kaum zu überschätzen. In der Charta sind so überaus wichtige demokratische Prinzipien wie die souveräne Gleichheit aller UNO-Mitglieder, die Unzulässigkeit von Aggression und Gewaltandrohung in den internationalen Beziehungen, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und die Respektierung der Menschenrechte ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache und Religion als allgemeingültig verbrieft.

N. SHOLKWER

„Frieden und Arbeit!“ —fordert
die Jugend Amerikas und keine

FATA MORGANA IN DER „REAGANOMICS“-WÜSTE

Von unserem Korrespondenten Andrej ARCHIPOW

Es ist nicht einfach, den Koordinator des amerikanischen Vorbereitungskomitees zu den XII. Weltfestspielen der Jugend und Studenten, Debbie Lopez, in New York zu treffen. Er ist ständig unterwegs, im Mittelpunkt dessen, was das junge Amerika heute bewegt. Meine Frage nach den Hauptproblemen, mit denen die Jugendlichen in den USA konfrontiert werden, beantwortet Debbie schnell und überzeugend: „Frieden und Arbeit.“

Um den tieferen Sinn dieser Worte zu verstehen, muß man in der Tat in dieses Milieu hineintauchen. Denn, sollte man den Dutzenden der auf die Jugend zugeschnittenen, zuckersüßen Illustrierten glauben, beschränken sich die Interessen dieser Generation auf den Klatsch über das Privatleben der Pop- und Kino-Stars und darüber, wie man Erfolge beim anderen Geschlecht erzielt. Auch die offizielle Propaganda verbreitet idyllische Klischees von privatunternehmerischen Erfolgen 20jähriger Businessmen. Gibt's denn solche? — Ja, es gibt sie, die fest begriffen haben, daß der Weg nach oben frei ist, wenn der Papa eine dicke Brieftasche hat.

Aber wollen wir doch dem „Erfolg“ und „Wohlstand“ dieser Wenigen andere Zahlen gegenüberstellen. 1983 überstieg die Zahl der Selbstmorde in der Altersgruppe zwischen 15 und 24 Jahren 6000, was dreimal soviel ist wie vor einem Vierteljahrhundert. Etwa eine Million der Selbstmordversuche der jungen Leute werden im letzten Augenblick verhindert. Laut Umfrage des Michigan-Instituts für soziologische Forschungen versuchten im vorigen Jahr 62 Prozent der Oberschüler, die Wirklichkeit mit Hilfe von Drogen zu vergessen. Etwa 40 Prozent der Befragten griffen innerhalb der zwei erfaßten Wochen nicht weniger als 5mal zur Flasche. Bürgerliche Soziologen und Psychiater erklären diese traurige Statistik oft mit Altersbesonderheiten und persönlichen Eigenschaften der einzelnen Individuen. Ist dem wirklich so?

Debbie Lopez: „Unsere Generation wird von der Unsicherheit, von der Hoffnungslosigkeit für die Zukunft geplagt. Was helfen uns schon die aufsehenerregenden Kontrakte zwischen Studenten und Universitätsleitungen über die Ausgabe von Ampullen mit Zyankali im Falle eines Nuklearkrieges. Viele junge Amerikaner sind überzeugt, daß es ihnen nicht vergönnt sein wird, ein bestimmtes Alter zu erreichen. Das ist um so schrecklicher, weil hier die Rede von Vorstellungen 10- bis 12jähriger ist!“...

Die Ursachen des Pessimismus liegen auf der Hand. Alle Hebel werden in Bewegung gesetzt, um der jungen Generation intensiv und konsequent die Ideologie der nuklearen Überlegenheit als die einzige Gewähr ihrer Zukunft einzuhämmern. Der wahre Sinn dessen, worauf die Amerikaner vorbereitet werden, stecke hinter den schwülstigen Phrasen des US-Präsidenten über die Absichten, „besondere Anstrengungen zur Hilfe für junge Menschen zu unternehmen, damit sie einander besser verstehen und Verbindungen mit der Jugend der Welt herstellen können.“

Das politische Programm der jungen Republikaner, in deren Nationaler Föderation Ronald Reagan höchstpersönlich den ehrenamtlichen Vorsitz führt, behauptet z. B.: „Ideale des Friedens und der Freiheit können nur durch Wachsamkeit und Überlegenheit an Stärke erreicht werden.“ Jegliche weiteren Verhandlungen über die Rüstungsbegrenzung mit der Sowjetunion, so die Anhänger der militanten Administration, sind nur unter der Bedingung möglich, daß „der gegenwärtige Charakter der sowjetischen Politik geändert und die amerikanische militärische Überlegenheit wiederhergestellt wird.“ „Frieden durch Demonstration der Stärke“ — das ist ihre Parole, die wie eine Kopie den Washingtoner Weisungen gleicht und imstande ist, nicht nur Teenager in Schrecken zu versetzen.

Bürgerliche Soziologen umgehen fein säuberlich den Zusammenhang zwischen der Selbstmordstatistik und dem akutesten Problem der amerikanischen Gesellschaft, der Arbeitslosigkeit. Nichts kann das Bewußtsein eines jungen Menschen mehr demoralisieren, als die plötzliche Erkenntnis, daß ihn niemand braucht. Doch gerade die heranwachsende Generation trägt an der Last der Arbeitslosigkeit am schwersten. Hier die jüngsten Angaben: Die Relation zwischen den Arbeitslosen und der arbeitsfähigen Bevölkerung der USA beträgt zur Zeit 7,2%; aber unter weißen Jugendlichen ist sie zweimal höher und unter schwarzen Amerikanern macht sie sogar 42% aus.

Debbie Lopez: „Praktisch haben wir jetzt eine Generation, die vielleicht nie erfahren wird, was Arbeit ist“.

Im Grunde genommen ist dem auch so. Denn die Statistik erfaßt nicht mehr jene, die die Hoffnung auf Arbeit aufgegeben haben und sich bei Arbeitsämtern nicht mehr melden. Davon gibt es aber Tausende. Man kann natürlich, wenn man es will, das ganze Problem null und nichtig machen, wie das mein Gesprächspartner, ein Wahlkampfaktivist Ronald Reagans, neulich tat. In einer selbstgefälligen Art bezichtigte er seine Altersgenossen der „Arbeitsscheue“ und deutete die Schlangen an den Wohltätigkeitsküchen als Versuch, „auf Kosten der Gesellschaft zu leben“. Es ist nicht leicht an den Eifer zu glauben, mit dem man solche Dinge weismachen versucht; ganz besonders dann nicht, wenn dich ein junger Mann, weil er dich nicht als Ausländer erkannt hat, an der Pen-Station mit der Bitte anhält, für ihn irgendeinen Job zu finden.

Über „moralische Werte“ und „Gerechtigkeit“ wird hierzulande mehr als genug sinniert. Damit sollen die von der Reagan-Mannschaft vorsätzlich errichteten sozialen und Klassenschranken verdeckt werden. Der Präsident der wohltätigen Ford-Stiftung, Franklin Thomas, muß zugeben, daß das angesprochene Problem keine Vision krankhafter Gehirne ist, sondern daß für viele Jugendliche der Weg in den Produktionsprozeß deswegen versperrt bleibt, weil sie das notwendige Wissen in der Schule nicht erhielten. Das verursacht, wie er meint, sowohl die Drogensucht als auch den Alkoholismus, den Sittenverfall und die wachsende Kriminalität. Die Volksbildung ist dermaßen verwahrlost, daß in New York etwa 82 Prozent der Einwandererkinder aus Lateinamerika, 72 Prozent der schwarzen und 50 Prozent der weißen Kinder keine

Möglichkeit haben, ihre Mittelschul- und Fachbildung abzuschließen. Als vor kurzem der Bürgermeister von New York, Koch, während der Hearings gefragt wurde, ob größere Zuwendungen für das Bildungswesen die Zahl der Verbrechen unter den Minderjährigen nicht verringern würden, antwortete der Stadtvater mit umwerfendem Zynismus, daß er bei der Wahl der Mittel für die Bedürfnisse des Schulsystems und des Baus von Gefängnissen das zweite bevorzugen würde.

Die Philosophie des Weißen Hauses ist ähnlich. Die "New York Times" veröffentlichte Angaben, die zeigen, wie die

Zukunft ist diese Anleihe jedoch nicht sicher. Der Entwurf des Reaganschen Budgets sieht eine Kürzung der Hilfe für Studenten um mehr als 2 Md. vor. Die Studiengebühren in Privatschulen und -universitäten erhöhen sich ab September um weitere 7%. Auch hier offenbart sich der Auslesemechanismus, denn jeder vierte potenzielle Student kommt aus einer Familie mit einem Einkommen, das das amtliche Existenzminimum nicht übersteigt. Können diese jungen Leute auf Hochschulbildung bauen? Die Studentenzeitung in Columbia University gibt die Antwort: "Ronald Reagan und 4 Jahre im College — das

Mit "Zuckerbrot und Peitsche" wird die heranwachsende Generation vor den Kriegswagen des Pentagon gespannt. Zur Ausbildung als Reserveoffiziere (bei diesen Programmen wird nicht gespart!) werden Studenten mit der Zusicherung eines Stipendiums und anschließenden Arbeitsmöglichkeiten angelockt.

Doch all dieser Mühsal zum Trotz gelingt es der sozialen und außenpolitischen Demagogie bei weitem nicht immer, die jungen Amerikaner zu verdummen. "Präsident Reagan spricht vom Frieden und von seinen enormen Bemühungen, ihn durch Ausgabe der Steuerzahler-Dollars für nukleare Rüstungen zu erreichen. Für mich ist der Frieden und die Anhäufung von Nuklearwaffen nicht ein und dasselbe", meint nicht nur Dawn Brail aus dem Spring Arbor College in Michigan. Dasselbe besagen auch die Resolutionen mit der Forderung nach Einfrierung der Kernwaffen, angenommen durch die überwiegende Mehrheit der Studenten in Princeton- und Notre-Dame-Universities, sowie die 1500 Unterschriften unter einem ähnlichen Aufruf der Professoren und Studenten Stanfords.

Debbie Lopez: "Das Weltforum in Moskau ist für die Weiterentwicklung der Idee des Friedens und der Verständigung der Weltjugend wichtig, damit die Jugend eine klare Vorstellung bekommt, woher die größte Gefahr für unsere Erde droht und worauf die Anstrengungen konzentriert werden sollten. Die USA-Jugend zeigt ein großes Interesse für die Begegnungen während des Festivals. Die Arbeit unseres Organisationskomitees wird von Jesse Jackson und von anderen bekannten Persönlichkeiten des politischen und öffentlichen Lebens, von Kongreßabgeordneten und Antikriegsorganisationen unterstützt. Auch die Gewerkschaftsjugend ist an den Vorbereitungen aktiv beteiligt. In einer Reihe von Bundesstaaten sind Ortskomitees zur Unterstützung des Festivals gegründet worden, die sich mit aktuellen Problemen befassen: in Chicago — mit der Schaffung von Arbeitsplätzen, in Rhode Island führen sie eine Werbekampagne für den Investitionsstopp in die Wirtschaft der rassistischen RSA, in New York kämpfen sie gegen die Errichtung eines Marinestützpunktes für kernwaffenbestückte Schiffe vor den Toren der Stadt. Naturem ist die Jugend für Ideen des Friedens und der Gerechtigkeit aufgeschlossen, und mit dieser Einstellung werden wir nach Moskau fahren. Ich bin überzeugt, daß das Festival zur Popularisierung unserer gemeinsamen Ideen bei der amerikanischen Jugend und bei der Jugend der ganzen Welt beitragen wird."

New York



sinnlose Übersättigung der US-Kriegsmaschinerie mit neuen Raketen und Kanonen die Mittel für gesellschaftlich notwendige soziale Zwecke kürzen wird. Die Residenz Reagans hat jedoch eine andere Buchführung. Und als sie dann an den Ausgabenposten des Budgets für 1986 zu tüfteln begann, passierte es, daß ein Happen von 1,2 Md. Dollar aus den Bundesausgaben für ein 4jähriges Berufsausbildungsprojekt gestrichen und auf die Preisliste des Pentagon unter der Rubrik "18 Bomberflugzeuge F-14" gesetzt wurde. Weitere 2,3 Md. Dollar, als gesicherte staatliche Anleihe für Studenten geplant, wurden dem Kriegsressort unter "M 1-Panzer 'Abrams'" zugespielt. Auch andere Programme werden rigoros abgeschafft.

Leona und Richard Budzilek aus Ohio sind keine armen Leute. Ihr Jahreseinkommen beträgt 21 000 Dollar. Ihre Kleidung zu erneuern, können sie sich nicht leisten. Auch können sie sich nicht erinnern, wann sie das letzte Mal Urlaub hatten. Einfach deswegen, weil zwei ihrer Kinder im College studieren, beileibe nicht dem vornehmsten oder teuersten. Die Studiengebühr beträgt 9400 Dollar pro Jahr und Kopf. Bis jetzt konnte diese Durchschnittsfamilie mit Mühe und Not auskommen, da sie eine Bildungsanleihe bekam (nach dem Abschluß des College muß man dann 15 000– 20 000 Dollar an die Staatskasse zurückzahlen). Für die

"Ich möchte Wirtschaftswissenschaften studieren, um die Politik Reagans zu verstehen, kann aber leider keine staatliche Anleihe für das Studium bekommen..."

"Haben Sie nun die Politik verstanden!"

Aus: "Carolina Journal"

sind zwei sich gegenseitig negierende Begriffe."

Übrigens, auch das Hochschuldiplom gibt dem Besitzer noch keine Garantien. In der "Philadelphia Inquirer" fand ich die folgende bezeichnende Belehrung für junge Amerikaner: "Arbeitssuche ist an und für sich eine schwere Arbeit, die eine 25-Stunden-Arbeitswoche fordert. Um sie zu finden, fährt dann der Fachmann in Fragen Arbeitsmarkt fort, "muß man die Grundlagen des professionellen Könnens eines Detektivs beherrschen, die Geschmäcke und Neigungen der Arbeitgeber studieren..."

Tja, auch das gehört zu den Realien des kapitalistischen Alltags, ebenso wie die wachsende Geistlosigkeit und die Erosion des kulturellen und sozialen Lebens.

Debbie Lopez: "Bei uns wird der Kult der Gewalt ganz offen propagiert (bis zu seinem 18. Geburtstag sieht der Durchschnittsamerikaner 30 000 TV-Morde); die Götzen einer Pseudokultur werden fetischisiert. Alles wird getan, um die Jugend vom Nachsinnen über ihre Rolle und ihren Platz in der Gesellschaft abzulenken."

Erzkonservative im Vatikan:

„Theologie der Befreiung“ ist Ketzerei,
Exkommunikation ihrer Anhänger

„INSTRUKTION“ DER INQUISITIONSERBEN

Prof. Dr. Lasar WELIKOWITSCH

Man sollte meinen, selbst die Erinnerung an die Heilige Inquisition, die Hunderttausende auf den Scheiterhaufen schickte, sei ausgelöscht. Grausam rechnete sie mit jedem ab, der an den katholischen Dogmen zweifelte oder die Bibel anders als die amtliche Kirche auslegte. Bei der Hinrichtung von Ketzern behaupteten die Inquisitoren heuchlerisch, ihre Verdikte seien nicht nur gerecht, sondern auch human. Da sie Blut verabscheuten, verbrannten sie ihre Opfer auf dem Scheiterhaufen. Viele Wissenschaftler, Kämpfer für den sozialen und wissenschaftlichen Fortschritt fielen ihnen zum Opfer. Im 17. Jahrhundert zwang die Inquisition den großen Galileo Galilei, der eigenen Lehre abzuschwören, und verbot ihm jede Beschäftigung mit Astronomie. Erst 1979 gab der Vatikan, wenn auch unter Vorbehalten, zu, daß der Urteil der Kirche irrtümlich war. Nach 337 Jahren.

Das Leben, der soziale Fortschritt nötigten die katholischen Würdenträger dazu, nicht nur das ungerechte Urteil über Galilei zu revidieren, sondern sich auch von der blutigen Inquisition loszusagen, die den Päpstlichen Stuhl kompromittierte. Im Jahre 1908 wurde die Heilige Inquisition in das sogenannte Heilige Offizium umgetauft, und auch dieses hat sich bei der Bekämpfung des sozialen Fortschritts nicht geschont. Von Anfang an nahm sie den Marxismus, die kommunistischen und Arbeiterparteien unter Beschuß, denn ihr Einfluß auf die Massen stieg unermesslich, besonders nach der Zerschlagung Hitlerdeutschlands. Zwar hatte das Heilige Offizium nicht die Macht und die Rechte, über die seinerzeit die Inquisition verfügte hatte, übernahm jedoch vieles von den Methoden seiner Vorgängerin. Mit einem Abstand von 10 Jahren, 1949 und dann 1959, erließ das Heilige Offizium antikommunistische Dekrete und richtete ihren Bannstrahl gegen die Marxisten. Doch vermochten es die Geistlichen nicht, eine Trennwand zwischen Kommunisten und einfachen Katholiken zu errichten. Die innere Verwandtschaft zwischen der mit-

telalterlichen Inquisition und dem Heiligen Offizium trat recht bald zutage und brachte dieses letztere ebenfalls in Mißkredit.

Deshalb wurde das Heilige Offizium 1965 erneut reformiert und hieß nun Glaubenskongregation. Ab November 1981 steht dieser päpstlichen Einrichtung der westdeutsche Kardinal Ratzinger vor. Die Tätigkeit der Kongregation, ihre Dokumente und Ratzingers Ansprachen lassen einige neue Tendenzen in der Politik des Vatikan, in der Einstellung einiger seiner Fürsten zur Welt von heute und zu dem in ihr ausgetragenen ideologisch-politischen Kampf erkennen.

Neue "Ketzer" vor Gericht

Die Leiter der Kongregation, die über die Reinheit des katholischen Glaubens wachen, möchten, wie Tatsachen bezeugen, ebenso wie ihre Vorgänger jedes Andersdenken, jede Nichtübereinstimmung mit dem offiziellen Kurs der römischen Kurie unterbinden. Das erste, was die Kongregation in Fragen der Glaubenslehre unternahm, war deshalb die "Hexenjagd". Gewiß, die heutigen Eiferer für die Glaubensreinheit haben keine Möglichkeit, Andersdenkende auf den Scheiterhaufen zu schicken. Dafür verfolgen sie rücksichtslos jene Geistliche und Theologen, deren Ansichten über die Glaubensdogmatik und soziale Lehre des Katholizismus den Richtlinien des Vatikan widersprechen. Die modernen Inquisitoren verbieten solchen Geistlichen den Religionsunterricht und sprechen ihnen ihre kirchlichen Ämter und Ränge ab. So wurde der bekannte Theologe Prof. Hans Küng von der Universität Tübingen vom Unterricht suspendiert, weil er das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes verneint, sich gegen die Haltung des Apostolischen Stuhls zur Ehescheidung, zur Einweihung von Frauen in den Priesterstand und zu einigen Aspekten der christlichen Moral wendet. Auch andere katholische Geistliche wurden

"zurechtgewiesen", darunter der niederländische Theologe Schillebeeckx und der französische Geistliche Pohier.

Einen Eklat löste die Kongregation insbesondere aus, als sie am 7. September 1984 den brasilianischen Geistlichen Leonardo Boff vom Franziskanerorden zur Verantwortung zog. An jenem Tag unterhielt sich Kardinal Ratzinger mit ihm im Vatikan. Boffs Vorladung vor die Kongregation ging auf den Beschluß des Vatikan zurück, Theologen und Geistlichen den Kampf anzusagen, deren Tätigkeit von den Orthodoxen als ketzerisch eingeschätzt wird. Vom Standpunkt der Kongregation gehört auch Leonardo Boff zu solchen Ketzern, seine Ansichten passen dem Vatikan nicht.

In dem Buch "Kirche: Charisma und Macht" und auch in anderen seinen Werken legt Boff die Grundthesen der "Theologie der Befreiung" dar, die eine weite Verbreitung zuerst in Lateinamerika und dann auch auf den anderen Kontinenten gefunden hat. Dieser Theologie zufolge ist der Kampf der "rebellischen Geistlichen" gegen die Diktaturen und den US-Imperialismus gerecht. Einige Anhänger der "Theologie der Befreiung" setzen sich nicht nur für radikale sozialökonomische Umgestaltungen, sondern auch für die Gründung einer sogenannten Volkskirche ein, in der die Trennung in Geistliche und Laien möglichst beseitigt wäre.

Die Ausfälle der Rechtskreise des Vatikan gegen die "Theologie der Befreiung" und deren Anhänger sind vor allem dadurch bedingt, daß die Begründer dieser Glaubenslehre die Freiheitsidee als große biblische Tradition betrachten. Sie fassen die revolutionäre Praxis als wirklich christliche Auslegung des Evangeliums und den Klassenkampf als den Weg zur Befreiung auf. Besonders unzufrieden ist der Vatikan damit, daß die Vertreter der "Theologie der Befreiung" zur Analyse der sozialökonomischen Probleme marxistische Methoden anwenden. In einem seiner Interviews erläutert Boff die Motive, aus denen seine Gesinnungsgenossen zu solchen Methoden greifen: "Uns interessiert es, wie die Unterdrückung beseitigt werden kann. Marx hat uns geholfen, die Logik des Kapitalismus, den Mechanismus der Ausbeutung zu erkennen."

Der Urheber der "Theologie der Befreiung", der peruanische Geistliche Gustavo Gutierrez, dessen Lehre von Leonardo Boff geteilt wird, veröffentlichte 1971 ein Buch unter diesem Titel. Nicht Marx habe den Klassenkampf erfunden, schreibt er darin. Der Klassenkampf sei eine Äußerung des Lebens selbst, Marx habe nur die Ursachen dieses Kampfes analysiert und den Weg zur Lösung der

sozialen Klassenkonflikte und zur Befreiung der Arbeiter von der Ausbeutung gewiesen. Neutralität in einem solchen Kampf, der Traum von einer Aussöhnung der Klassen sei Selbstbetrug, sagt Gutierrez. Eine solche Auffassung vom Klassenkampf unterscheidet sich natürlich von der sozialen Doktrin der katholischen Kirche, die zwar einzelne Mängel des Kapitalismus kritisiert, jedoch das Allerheiligste der alten Gesellschaftsordnung, ihr Ausbeuterwesen, nicht antastet.

Die "Theologie der Befreiung" wendet sich gegen die Grundthesen der katholischen sozialen Doktrin, die die weltweite Aussöhnung der Klassen und den Verzicht auf den Kampf für die soziale Befreiung der Unterdrückten predigt. Ebendeshalb riefen die Werke von Gutierrez, Boff und ihren Mitstreitern in den konservativen Vatikan Kreise Unzufriedenheit hervor. Gewiß ist die "Theologie der Befreiung", obwohl ihrer Ausrichtung nach antiimperialistisch, keine marxistische Theorie, wenn die Kongregation ihr das auch nachsagt. Es handelt sich einfach um die Interpretation der Evangelien. Gegen die Auslegung der Anhänger der "Theologie der Befreiung", die der traditionellen widerspricht, treten Ratzinger und die von ihm geleitete Kongregation auf.

Die konservativen katholischen Kräfte sind über die immer weitere Verbreitung der "Theologie der Befreiung" unter Geistlichen und Gläubigen sehr beunruhigt.

Die Rechtskreise des Vatikan verzeichnen die "Theologie der Befreiung" als Ketzerei und versuchen, die Gläubigen davon zu überzeugen, ihr größter Feind sei der Atheismus, dieses "weltweite Übel". Gerade solche Worte gebrauchte der Sprecher des Vatikan in seiner Eröffnungsrede auf der XXXIII. Generalkongregation des Jesuitenordens im September 1983, d. h. genau zu der Zeit, als auch die Washingtoner Frömmlichen von einem "Reich des Übels" schrien. Konzentrierter Ausdruck der Politik der konservativen Vatikan Kreise in dieser Frage wurde die im Herbst 1984 veröffentlichte "Instruktion der Glaubenskongregation über einige Aspekte der Theologie der Befreiung". Sie enthält scharfe Angriffe auf die marxistische Ideologie und den realen Sozialismus. Von den sozialistischen Ländern wird in provokatorischer Weise gesprochen.

Theologie und Politik

Die Repressalien des Vatikan gegenüber der "Theologie der Befreiung" richten sich nicht nur gegen die fortschrittliche Geistlichkeit, sondern auch gegen alle Katholiken, die am antiimperialistischen



Pater L. Boff ist ein führender Repräsentant der "Theologie der Befreiung"

Foto aus: "Stern" (BRD)

Kampf teilnehmen. Wie die ausländische Presse bemerkt, haben die traditionellen Vatikan Kreise mit ihren Angriffen einen Schritt zurück von der Linie des 2. Vatikanischen Konzils gefan. Die Kongregation unter Ratzinger ist offensichtlich bestrebt, jene Kräfte zu fördern, die gegen eine Erneuerung der katholischen Kirche, gegen eine Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen Kräften sind.

Im vatikanischen Dokument "Reconcilio et Paenitentia" (Versöhnung und Buße), das im Dezember 1984, bald nach der "Instruktion", herausgegeben wurde, wird der Klassenkampf als soziales Übel und amoralisch qualifiziert. Die Würdenträger des Vatikan sind gegen die revolutionäre Gewalt der Massen: Der Sturz der Strukturen, die Ungerechtigkeit hervorbrächten, durch revolutionäre Gewalt bedeute noch nicht den Beginn der Errichtung eines gerechten Regimes. Sie bringen die Gläubigen gegen die Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen gesellschaftlichen und nationalen Befreiungsbewegungen auf.

Durch seine Position demonstriert der Vatikan, wie "neutral" die katholische Kirche ist. Wenn sie die Oppositionsströmungen in ihrem Schoß verurteilt, liegt das, wie offensichtlich ist, im Interesse der Machthaber in den kapitalistischen Ländern. Vor allem gilt das für die USA. Nicht von ungefähr nahmen die herrschenden Kreise in Washington das Dokument der Kongregation mit Genugtuung auf, denn es war für sie Ausdruck des Wunsches eines Teils der katholischen Würdenträ-

ger, sich in den "Kreuzzug" gegen den Kommunismus einzuschalten. Stark angesprochen fühlten sich die bürgerlichen Politiker auch durch die Argumente der "Instruktion" und ihr antikommunistisches Vokabular.

Der Wahrheit zum Trotz behaupten die Autoren der "Instruktion", sie trage keinen politischen Charakter. Warum tun sie das? Es ist so, daß die Prominenten der katholischen Kirche Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre verkündeten, die Geistlichkeit stehe negativ zur Politik und die Kirche sei überhaupt zu entpolitisieren. Aber bei solchen Deklarationen blieb es. Darauf wies u. a. der westdeutsche Theologe Norbert Greinacher hin: Das Prinzip der "Nichteinmischung" sei nur dann gut, wenn es sich um die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Status quo handele. Und auch da, wollen wir hinzufügen, mit vielen Beschränkungen. So hatte die Kirche nichts dagegen, daß die Rechtsparteien in Italien, der BRD und anderen kapitalistischen Ländern bei den Parlamentswahlen unterstützt wurden, ja sie förderte eine solche Unterstützung. Wenn sich jedoch die politische Tätigkeit der Geistlichen in denselben Bahnen bewegt wie der Kampf der Werktätigen, wenn sich die Geistlichen gegen den Imperialismus etwa in Chile, El Salvador und Guatemala auflehnen, vergißt der Vatikan sofort jede "Nichteinmischung" und bekennt sich zu denen, die sich mit Zähnen und Klauen gegen alle fortschrittlichen Wandlungen wehren.

Wie das Leben zeigt, ist auch der Aufruf zur Entpolitisierung der Kirche von politischem Charakter, weil er die Massen von der Teilnahme am Leben der Gesellschaft, vom Kampf für die eigenen Rechte und Interessen abhalten will. Die deklarative Abkehr von der Politik verschleiert die politische Ausrichtung der Tätigkeit der konservativen Kirchenkreise in ihrem "Kreuzzug" gegen die Ideale und die Praxis des Sozialismus. Auch der Kampf gegen die "Theologie der Befreiung" ist eher politisch als theologisch.

Das Vatikandokument über die "Theologie der Befreiung" enthält nicht wenig Erdichtungen über den Marxismus und den realen Sozialismus. Darin wird das ideologische Credo der katholischen Hierarchie dargelegt, die sich nach den Zeiten Pius' XII. zurücksehnt, als sich der Päpstliche Stuhl energisch am kalten Krieg gegen die sozialistischen Länder beteiligte. Die antikommunistisch gesinnten Würdenträger bemühen sich um eine Revision des Beschlusses des 2. Vatikanischen Konzils, seiner Orientierung auf die Erneuerung und auf einen Dialog mit den fortschrittlichen Kräften, darunter mit den Kommunisten. Anders gesagt, wollen

sie den Katholizismus haben, wie er vor dem 2. Konzil war. Deshalb bringt man in gewissen katholischen Kreisen das Gespräch auf ein drittes Vatikanisches Konzil, das einen "neuen Kurs" proklamieren solle. Im Grunde handelt es sich um den schon kompromittierten Kurs aus der Vergangenheit. Daß ein solches Streben existiert, bezeugt der vor kurzem im Vatikan gefaßte Beschluß, den Gottesdienst ebenso wie in der Zeit vor dem 2. Konzil nicht nur in den nationalen Sprachen, sondern auch in Latein abzuhalten. Gerade das war die Forderung von Monseigneur Marcel Lefebvre, eines der führenden katholischen Traditionalisten, der den Kurs des 2. Konzils wiederholt kritisiert hat.

Die westliche Presse hat recht, wenn sie die "Instruktion" der Kongregation für die Glaubenslehre mit solchen antikommunistischen Dokumenten im gleichen Atemzug nennt wie der Enzyklik des Papstes Pius XI. "Divini Redemptoris". Die heutigen Inquisitoren versuchen zu beweisen, daß sie mit der Verurteilung der "Theologie der Befreiung" Gutes tun und im Interesse der Armen handeln.

Die Kirche verspricht, mit den ihr eigenen Mitteln für die Erweiterung der Menschenrechte zu kämpfen. Aber Tatsachen zeugen vom Gegenteil. Der

Gottesdienstes erschossen worden war, in den Märtyrerstand zu erheben. Nach Angaben der US-Wochenschrift "Newsweek" wurden in Lateinamerika seit 1968 über 1200 Nonnen, Geistliche und Bischöfe ins Gefängnis geworfen. Die Kurie hatte keinen von ihnen in Schutz genommen. Aber darüber schweigt sich die vatikanische "Instruktion" aus.

Abgestimmter Kurs!

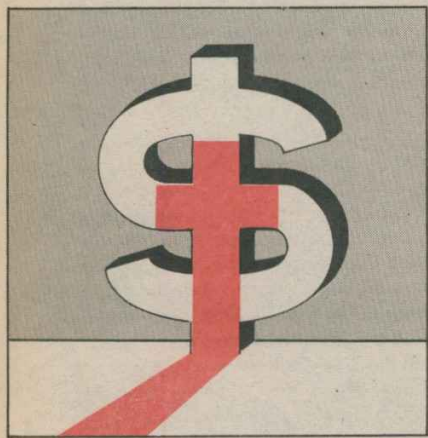
Anfang der 80er Jahre unternahm die Reagan-Administration ihre soziale Revanche. Zeitlich fiel sie mit den Ausfällen bestimmter Gruppen im Vatikan gegen die "Theologie der Befreiung" zusammen. Das war kein Zufall. Diese Theologie wurde sofort von den herrschenden US-Kreisen negativ eingeschätzt, als Bedrohung für die Interessen des Imperialismus in Mittelamerika. In einem Bericht Rockefellers an den Präsidenten war schon 1969 die Rede von der Gefahr, die die neuen Tendenzen in der katholischen Kirche für die USA darstellten. Zehn Jahre später behandelte das "Dokument von Santa Fe", ein Bestandteil des Programms der Republikaner bei den Präsidentschaftswahlen 1980, das gleiche Thema. Somit entspricht die Tatsache, daß die "Theologie der Befreiung" in einem offiziellen Dokument der Kongregation verurteilt wird, voll und ganz den Interessen des Weißen Hauses, denn es jagt ihm Angst ein, daß ein bedeutender Teil der lateinamerikanischen Geistlichkeit mit zunehmender Aktivität die Interessen der Volksmassen verteidigt. Wie die westliche Presse meldete, wurde bei einem Treffen Reagans mit dem päpstlichen Nuntius in Washington, Pio Leghi, im August 1984 die Nikaraguafrage erörtert.

Nicht nur die Sympathien und Antipathien Washingtons und einiger Vatikanvertreter decken sich. Sie gehen auf die gleiche Weise vor, wenn es sich um die Bekämpfung der Befreiungsbewegung handelt. So bereiten sich die USA auf eine Intervention gegen Nikaragua vor, und die römische Kurie setzt inzwischen Geistliche unter Druck, die in der sandinistischen Regierung Ministerposten innehaben und zusammen mit dem Volk die Errungenschaften der Revolution behaupten. Es ist nicht das erste Mal, daß die Kurie sie zum Austritt aus der Regierung auffordert. Die Sprecher der Kurie berufen sich dabei auf den neuen kanonischen Kodex der katholischen Kirche, der am 27. November 1983 in Kraft getreten ist und es den Geistlichen verbietet, Organisationen anzugehören, die sich politisch betätigen. Nachdem im Juli 1984 der Jesuit Fernando Cardenal zum Volksbildungsminister ernannt wor-

den war, brachte das Organ des Vatikan "Osservatore Romano" eine Erklärung des Jesuitengenerals Peter Hans Kolvenbach, worin Fernando Cardenal aufgefordert wurde, aus der Regierung auszutreten. Man warnte ihn, Ungehorsam werde strenge Maßregeln nach sich ziehen. Der Geistliche auf dem Ministerposten gab nicht nach. Am 4. Dezember 1984 folgte sein Ausschluß aus dem Jesuitenorden. Trotzig sagte Cardenal, er werde seinen Posten behalten und die sandinistische Revolution in einer Zeit, da sie gefährdet ist, nicht im Stich lassen.

War es ein Zufall, daß die katholischen Hierarchen ihn in einer verantwortungsvollen und schwierigen Zeit zum Rücktritt veranlassen wollten, da das Volk Nikaraguas zum erstenmal zu demokratischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen rüstete? Nein, das war kein Zufall. Beweise? Hier sind sie: Nach dem Sieg der Kandidaten der Sandinistischen Front bei den Wahlen vom 4. November 1984 forderte die Kurie die Geistlichen auf den Ministerposten erneut auf, ihr Amt niederzulegen. Durch seine Angriffe auf die "Theologie der Befreiung" unterstützt der Vatikan die reaktionären Kirchenfürsten, die gegen den nationalen Befreiungskampf sind. Auf dem jüngsten Konsistorium (25. Mai) erhob der Papst 28 Bischöfe zu Kardinälen — lauter Anhänger des konservativen Vatikanurses. Einer von ihnen ist der Erzbischof von Managua, der in seinen Predigten den Marxismus und die Sandinisten scharf angreift und von der Kanzel aus die Verleumdung austreut, die Kirche in Nikaragua werde verfolgt.

Die Versuche der konservativen Vatikankreise, sich den fortschrittlichen Umgestaltungen in den Weg zu stellen und die katholische Kirche in die Zeiten Pius' XII. zurückzusetzen, laufen den Interessen der großen Mehrheit der Katholiken zuwider. Nach einer Konferenz in Assisi erklärten 600 Franziskaner in ihrer Resolution, daß sie Leonardo Boff unterstützen, den inquisitorischen Stil der Kongregation in Fragen der Glaubenslehre dagegen verurteilen. Auch die Franziskaner der BRD, Österreichs und der Niederlande bekundeten ihre Solidarität mit Boff. Übrigens werden auch im Vatikan die Stimmen immer lauter, die die Fortsetzung der Linie Johannes' XXIII. und Pauls VI. fordern. Viele Theologen sind der Meinung, daß die Instruktion der Inquisitionserben "Über einige Aspekte der Theologie der Befreiung" der Linie auf den Dialog mit allen demokratischen Kräften im Interesse des Friedens und des Wohlergehens der Menschen widerspricht, jener Linie, an die sich der Vatikan unter Johannes XXIII. und Paul VI. hielt.



Die Politik der konservativen Kreise des Vatikan und des Weißen Hauses — symbolisch dargestellt vom Magazin "Newsweek" (USA)

Vatikan hat die Politik der Militärdiktaturen in Lateinamerika nicht verurteilt. Die römische Kurie hat die Katholiken, die gegen Pinochet auftraten, keineswegs unterstützt. Der Vatikan lehnte es ab, den Erzbischof von San Salvador Oscar Arnulfo Romero, der am 24. März 1980 von gedungenen Mördern aus den Todesschwadronen direkt während eines

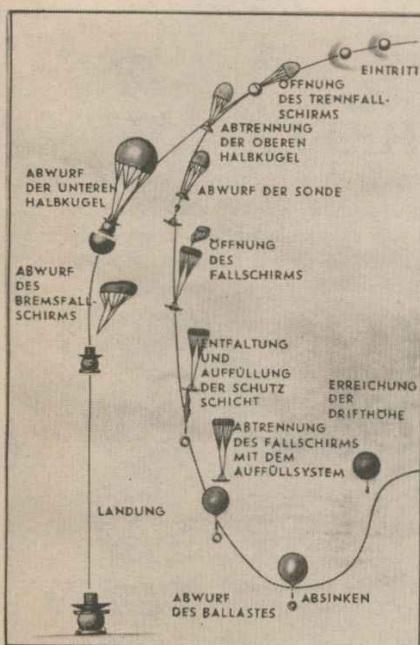
Eine wichtige Etappe des internationalen Projektes „Venus—Halleyscher Komet“ wurde verwirklicht. Am 11. und 15. Juni erreichten die automatischen Interplanetarstationen VEGA 1 und VEGA 2 die Umgebung des Planeten Venus.

Die Landekapseln der Stationen führten eine weiche Landung auf dem Planeten durch. Erstmals wurden Ballonsonden mittels der Landekapseln in die Wolkenschicht der Venusatmosphäre transportiert.

Die Stationen VEGA 1 und VEGA 2 setzen den Flug zum Halleyschen Kometen fort. Im März 1986 werden sie ihm begegnen

ZUR VENUS UND WEITER ZUM HALLEYSCHEN KOMETEN

Schema des Absinkens der Landekapsel und des Eintritts der Ballonsonde in die Atmosphäre



Die VEGA-Stationen setzten das 1961 begonnene langjährige Programm zur Erforschung der Venus mit Raumsonden fort. In diesem Zeitraum wurden 18 Interplanetarstationen gestartet. Die mittels der Sonden gewonnenen Informationen zeigten, daß die Atmosphäre des Planeten glühend heiß ist und zu 97% aus Kohlensäure besteht, der lebenswichtige Sauerstoff aber nur Bruchteile eines Prozents und Wasser weniger als 0,1% ausmacht. Die Temperatur an der Venusoberfläche liegt bei 500 Grad Celsius, der Druck beträgt fast 100 Atmosphären, und die Dichte des Gases beträgt nur ein Viertel der des Wassers.

Die Raumsonden erlaubten es den Menschen, mittels der Geräte auch die geheimnisvolle Welt zu sehen, die die Venus unter einer dichten Wolkendecke verbirgt. Über die auf den Landekapseln installierten Teletotometer wurden von der Venusoberfläche Panoramabilder übermittelt — und zwar nicht nur Schwarzweißfotos, sondern auch Farbbilder. Den Erdenbürgern tat sich eine leblose Steinwüste auf. Über all dem ein orangefarbener Himmel mit Schwefelsäurewolken.

Mit Hilfe der Stationen konnten die Wissenschaftler nicht nur den Planeten

sehen, sondern auch die chemische Zusammensetzung seines Gesteins bestimmen und einmalige Funkbilder seines polarnahen Gebietes, das sich der Beobachtung von der Erde aus entzieht, gewinnen.

Die Raumsonden brachten viele Informationen, doch gleichzeitig gaben sie auch neue Rätsel auf. Warum unterscheidet sich die Venus so stark von der Erde? Warum erweisen sich die Erde und die Venus, die sich so ähnlich sehen, als derart unterschiedlich? Vielleicht werden neue Angaben, die bei der ersten Phase des Fluges der Interplanetarstationen VEGA 1 und VEGA 2 gewonnen werden, helfen, diese Fragen zu beantworten.

Diese Sonden entstanden auf der Grundlage der vorhergehenden Venera-Interplanetarstationen, doch mit einigen Änderungen, die den neuen Aufgaben zur Erforschung der Venus und des Halleyschen Kometen entsprechen. Die Stationen haben die gleiche Konstruktion: Sie bestehen aus der eigentlichen Station (dem Flugapparat) und dem Landeapparat. 48 Stunden vor Eintritt in die Venusatmosphäre trennt sich der Landeapparat, die Station aber wird in eine Umlaufbahn gebracht. Der Landeapparat besteht aus einer Wärmeisolationsschicht, unter der sich die Landekapsel und die Ballonsonde befinden. Die Schutzschicht ist in eine obere und eine untere Halbkugel geteilt. Die Schicht soll die Geschwindigkeit verlangsamen, die Landekapsel und die Sonde vor den hohen Temperaturen schützen, die beim Eintritt in die dichten Schichten der Venusatmosphäre entstehen. Beim Eintritt in die Atmosphäre teilt sich der Landeapparat in die Landekapsel und die Ballonsonde. Die Informationen über das Funktionieren der Systeme und der Geräte der Landekapsel werden vom Flugapparat empfangen und zur Erde übermittelt.

Die größte Aufmerksamkeit in der ersten Phase des Fluges der VEGA-Stationen galt einer prinzipiell neuen Aufgabe — der Erforschung der Zirkulation und der meteorologischen Parameter der Venusatmosphäre mittels einer driftenden Ballonsonde. Dieses erstmals durchgeführte Experiment wird es nach Meinung von Wissenschaftlern erlauben, einige wichtige Fragen zu beantworten, was mit Hilfe von Landekapseln unmöglich ist. So kreist die gesamte sichtbare Wolkenschicht um die Venus nur in Ost-West-Richtung. Die Wolken in Höhen von 50 bis 70 km erreichen eine Geschwindigkeit von bis zu 100 m/sec. Wie mag sich diese Erscheinung erklären?

Die Ballonsonde wird mit dem Landeapparat in die Venusatmosphäre zur

Nachtseite des Planeten, an einen der Sonne fast gegenüberliegenden Punkt an der Grenze der direkten Funksicht von der Erde befördert. So wird für eine möglichst lange Funksicht der Sonde durch die Bodenmeßstationen gesorgt.

Die Ballonsonde besteht aus einem Betriebssystem und dem Ballon. Etwa in 65 km Höhe trennt sich die obere Halbkugel der Wärmeisolationsschicht, unter der sich die Sonde befindet, vom Landeapparat. Nach Entfernung der oberen Halbkugel wird der Ballon zusammen mit einem Auffüllsystem abgesetzt und landet mit Hilfe eines Fallschirms. Beim Absinken entfaltet und füllt sich die Schutzschicht des Ballons mit Helium. Danach trennt sich der Fallschirm mit dem Auffüllsystem von der Sonde. Die Ballonsonde befindet sich im Wärmegleichgewicht mit der Umwelt und driftet in einer Höhe von etwa 54 km, wobei sie regelmäßige meteorologische Messungen vornimmt.

Die Schutzschicht des Ballons (Durchmesser 3,4 m) wurde aus Stoffbahnen und zwei harten Polen geschaffen. Als Hauptkonstruktionsmaterial für diese Schicht wurde ein lackierter Stoff gewählt. Am unteren Pol des Aerostaten wird mittels eines 12 m langen Kapronseiles eine Gondel mit Geräten befestigt, die für die Messung der Temperatur und des Atmosphärendrucks, der Windgeschwindigkeit, der Dichte der Wolkenschicht, der Lichtverhältnisse und für die Entdeckung von Lichtblitzen bestimmt sind. Die Geräte des Ballons sind für eine Funktionsdauer von 24 bis 48 Stunden bestimmt.

Die Funksignale der Ballonsonde auf der Wellenlänge von 18 cm wurden direkt zur Erde übermittelt. Für ihren Empfang wurden zwei Netze von Radioteleskopen geschaffen - ein sowjetisches sowie ein internationales Netz, das Westeuropa, Nord- und Südamerika, das südliche Afrika und Australien umfaßte. Vorläufigen Angaben zufolge driftete der Ballon der VEGA 1 mit der Durchschnittsgeschwindigkeit von 200 km/h in der Atmosphäre, wobei er ca. 10 000 km zurücklegte. Die Geräte funktionierten 48 Stunden lang. Die Angaben des Ballonexperiments sollen bis Anfang 1987 von einer internationalen Forschergruppe vollständig bearbeitet werden.

Die Erforschung des Planeten mit Hilfe von Geräten in den Landekapseln wird fortgesetzt. So wurden bei ihrem Niedergehen komplexe Untersuchungen der physikalischen Eigenschaften und der chemischen Zusammensetzung der Atmosphäre und der Wolkenschicht der Venus durchgeführt, wurde der Wasserdampfgehalt in der Atmosphäre bestimmt und das vertikale Profil der Temperatur und des Druckes gemessen.

Die so gewonnenen Informationen werden gegenwärtig bearbeitet.

G. RJABOW

DAS POLITISCHE BUCH

FRIEDENSKURS CONTRA „EISERNES DREIECK“

Die Menschheit steht vor der brennenden Frage, ob sie instande sein wird, den nuklearen Erdrutsch aufzuhalten, das Wettrüsten zum Stillstand zu bringen und das Leben auf der Erde zu retten. Auf dem internationalen Schauplatz tragen sich Jahr für Jahr Hunderte von Geschehnissen zu, die so oder so mit diesem heute wichtigsten Problem zusammenhängen. Eine Hilfe dabei, ihre Verflechtungen zu erkennen, die Logik der verschiedenen Tendenzen zu begreifen und die Vorgeschichte einer weltpolitischen Frage zu erfahren, ist das "Diplomatische Informationsblatt", das von der Diplomatischen Akademie des Außenministeriums der UdSSR herausgegeben wird.

Uns liegt bereits die 3. Ausgabe vor. Sie erfaßt die Zeitspanne vom Juli 1983 bis Juni 1984. Das ist nicht einfach eine

*"Diplomatitscheski westnik. God 1984".
Moskau, "Meshdunarodnyje otnoschenija", 1985

Chronik des Weltgeschehens, der außenpolitischen Aktionen und diplomatischen Schritte der UdSSR. Der Leser findet darin ausführliche Antworten auf viele Fragen nach Ursachen und Hintergründen wichtigster Vorkommnisse des vergangenen Jahres.

Die Regierung Reagan sieht das Weltgeschehen durch die Brille eines geradezu krankhaften Antikommunismus und Antisowjetismus. Weite Gebiete werden zur Zone der "Lebensinteressen" der USA geschlagen, überall orientiert man sich auf die militärische Macht. Das wird damit begründet, daß die US-Propaganda einem sozialen Auftrag des "Eisernen Dreiecks" - der Rüstungsmonopole, des Pentagon und der ultrarechten Gruppierungen in der US-Regierung - nachzukommen habe. Das "Eiserne Dreieck" sucht die Völker an den Gedanken zu gewöhnen, daß ein Kernwaffenkrieg nicht gar so schrecklich und wegen des Kommunismus, "der Wurzel allen Übels auf der Welt", sogar

ДИПЛОМАТИЧЕСКИЙ
ВЕСТИНИК

1984

LEGALISIERT UNMENSCHLICHKEIT

Die afrikanische Urbevölkerung der Republik Südafrika hat einen beispiellosen Kampf gegen das Rassistenregime entfaltet. Täglich kommen Nachrichten über das blutige Durchgreifen der Polizei gegen Afrikaner, die an politischen Aktionen in den "schwarzen" Vororten von Kapstadt, Johannesburg und anderen RSA-Städten teilnehmen.

Über die wahre Lage in der RSA berichtet Boris Assojans vor kurzem erschienenen Buch "RSA: Wie wird das Morgen?" (Verlag Sowjetskaja Rossija, Moskau 1985, russ.).

"Bleiben Sie länger bei uns?" begann sie freundlich, da erblickte sie aber das sowjetische Wappen auf meinem Paß. Sofort wurde ihre Miene undurchdringlich und die Stimme metallisch..."

Und so verweigerte eine südafrikanische Beamtin in Simbabwe dem sowjetischen Journalisten Boris Assojan das Einreisevisum für die RSA.

Dennoch konnte Assojan für das vorliegende Buch viel interessantes Material zusammentragen. Während seiner Auslandsreisen, hauptsächlich in Afrika, kam der Autor mit vielen Vertretern verschiedener Schichten der RSA-Bevölkerung zusammen. Was er davon in seinem Buch anführt, läßt uns den Rassistenstaat gleichsam von innen sehen.

Die Schwarzen haben kein Stimmrecht, dürfen die öffentlichen "Nur-für-Weiße"-Verkehrsmittel nicht benutzen, die "nur für Weiße" existierenden Kirchen, Parks und Kinos nicht aufsuchen.



"NEUE ZEIT" 26.85

berechtigt sei. Washington setzt zwischen die Außenpolitik der Staaten und den ideologischen Kampf ein Gleichheitszeichen und stellt die Unvereinbarkeit der Ideologien der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme als unübersteigbares Hindernis für deren friedliche Koexistenz hin. Das "Eiserne Dreieck" ist von der Idee einer militärischen Überlegenheit besessen.

1983—1984: Man modernisiert sämtliche Bestandteile der strategischen Triade, entwickelt neue Waffensysteme, stationiert in Westeuropa immer mehr Mittelstreckenraketen, d. h. Erstschlagswaffen. Das Pentagon setzt zum Sprung in den Kosmos an.

Grundsätzlich anders haben sich die UdSSR und die anderen Mitglieder der sozialistischen Ländergemeinschaft 1983 und 1984 zu den internationalen Angelegenheiten verhalten. Sie haben in der UNO energisch darauf hingewirkt, daß ein Kernwaffenkrieg verhütet und das Wettrüsten eingestellt wird. Starke Resonanz haben die großangelegten Initiativen der UdSSR zur Verurteilung eines Kernwaffenkriegs und zum Einfrieren der nuklearen Arsenale gefunden, ebenso diejenigen zu einem vertraglich verbrieften Verbot, im Weltraum und vom Weltraum aus gegen die Erde Gewalt zu üben. Im "Diplomatischen Informationsblatt" schreibt W. Petrowski, als stichhaltiger Beweis für den Ernst und die Aufrichtigkeit der Absichten der UdSSR sei die unilaterale Verpflichtung der UdSSR aufgefaßt worden, als erste keiner-

lei Satellitenabwehrwaffen in den Weltraum zu befördern, solange andere Staaten das nicht täten.

Auch bei den Abrüstungsverhandlungen von 1983 und 1984 hat die UdSSR guten Willen, eine konstruktive Einstellung, Flexibilität, Initiative und die Bereitschaft gezeigt, die Interessen der Partner zu berücksichtigen. In ausnahmslos allen internationalen Gremien, die sich mit der Abrüstung befaßten, habe die UdSSR, wie Viktor Israelian in einem Beitrag betont, konkrete Vorschläge gemacht. Er berichtet ausführlich über den Verlauf der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über Begrenzung und Reduzierung der strategischen Waffen sowie über die Stellungnahmen der Verhandlungspartner; ferner über die von Washington gesprengten Verhandlungen, deren Gegenstand die Begrenzung der Kernwaffen in Europa war. Durch Verschulden der NATO-Staaten wurden auch die Wiener Gespräche über einen beiderseitigen Abbau der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa blockiert.

Trotz den Bemühungen der UdSSR, der anderen sozialistischen Staaten und der nichtpaktgebundenen Länder ist man auf einem so wichtigen Forum wie der Abrüstungskonferenz kaum vom Fleck gekommen, und das aus demselben Grunde: Das "Eiserne Dreieck" will keineswegs eine Einigung nach dem Grundsatz der Gleichheit und gleichen Sicherheit.

Die Menschen erkennen immer deutlicher, wie greifbar die Gefahr ist, in der

die Welt schwebt. 1983 und 1984 haben die Antikriegsaktionen in verschiedenen Ländern beispiellosen Umfang und einmalige Vehemenz angenommen. An einzelnen Tagen im Herbst 1983, vor Beginn der Stationierung amerikanischer Euroraketen, erfaßten die Aktionen gegen das Wettrüsten und für Abrüstung in Westeuropa viele Millionen Menschen. Das "Diplomatische Informationsblatt" zählt die Aktionen der Antikriegsbewegung nicht einfach auf, sondern berichtet über ihre Stärken und Schwächen, ihre Probleme und den Einfluß auf die Regierungen Westeuropas sowie über die Versuche Washingtons und seiner Bündnispartner, die weltweite Friedensbewegung abzuwürgen oder zu spalten.

Einige Beiträge betreffen regionale Probleme, Vorgänge in Afrika, Nahost, Asien und Mittelamerika. Gründlich werden die Beziehungen der UdSSR zur BRD, zu Frankreich sowie zu China, die jüngsten ideologischen Konzeptionen des Imperialismus, die den Welt Herrschaftsdrang der USA untermauern sollen, eingehend charakterisiert.

Lebhaftes Interesse werden bei den Lesern zweifellos die "Diplomatischen Notizen" von Lew Mendelewitsch finden, der seit 40 Jahren im sowjetischen außenpolitischen Dienst steht, ebenso die Erinnerungen Michail Sergejew über die Anbahnung der diplomatischen Beziehungen zu Argentinien und die Jahre seiner Tätigkeit in diesem Land.

N. ALEXANDROW

So ist die "Humanität" der Rassisten beschaffen. Übrigens ist alles für die Urbevölkerung des Landes nur halb so schlimm: "In den afrikanischen Ghettos prangen Werbeplakate für die 'Ambi'-Creme, die die Haut auch so weiß mache. Gebraucht man die Creme lange genug, so wird man womöglich gänzlich weiß. Die Plakate zeigen die lächelnden Gesichter der geweißten Schwarzen, die dank 'Ambi' das Leben genießen."

Aber diejenigen, die nicht "geweißt" sind? Immerhin sind es 23 Millionen. Die "überschüssigen" Afrikaner, d. h. jene, die nicht bei schweren und unqualifizierten Arbeiten eingesetzt sind, leben längst in Reservaten, genannt Bantustans. Vier davon sind sogar zu "unabhängigen Staaten" proklamiert worden, obwohl diese Unabhängigkeit eine absolute Fiktion ist. Nach Aussagen von Augenzeugen schildert der Autor das Leben in den Bantustans. Hier nur einige Tatsachen.

In den überbevölkerten Bantustans reicht der Boden nicht für alle. Das Prokopfeinkommen in Transkei gehört zu den

niedrigsten in der Welt. Der einzige Exportartikel sind Arbeiter, die ihre Familie verlassen und sich in den Gruben und auf den Farmen der Weißen verdingen müssen, um nicht zu verhungern. Die Lage in Kwanabele ist selbst im Vergleich mit den anderen Bantustans erschreckend. Dieser setzt sich aus 12 vereinzelt "Pferchen" (nicht etwa für das Vieh, sondern für Menschen!) zusammen. In ihnen leben nach amtlichen Angaben 200 000.

Auf vielen Seiten behandelt der Autor den Kampf der Afrikaner gegen das unmenschliche Regime und berichtet über die Grausamkeit der Behörden gegenüber den Kämpfern für Gleichberechtigung und Freiheit. Immer mehr aufrechte Menschen aus den Reihen der weißen Bevölkerung ergreifen die Partei dieser Kämpfer. Kennzeichnend ist die Geschichte des mutigen Neil Aggett, des Sohns eines weißen südafrikanischen Farmers. Sein Los war tragisch. Er nahm die Schwarzen in Schutz und wurde deswegen zuerst verfolgt und dann in seiner Gefängniszelle gehenkt.

Die UNO-Vollversammlung nahm bereits 1973 die internationale Konvention über die Unterbindung des Apartheid-Verbrechens und dessen Ahndung an. Doch hat, wie der Autor betont, kein einziges westliches Land die Konvention bisher ratifiziert. Natürlich, denn der Westen möchte seine Interessen in der RSA nicht aufs Spiel setzen.

Wir lesen darin: "Die RSA-Machthaber versuchen, die Selbstzerstörung des Apartheidregimes nicht nur durch Repressalien, sondern auch durch totale Militarisierung der Gesellschaft aufzuhalten." Sie verfolgt zwei Ziele: Vorbereitung auf einen Bürgerkrieg und Vorbereitung auf Aggressionen gegen die fortschrittlichen Staaten im Süden Afrikas.

Wie wird also das Morgen der RSA sein? Der Autor antwortet darauf: "Die Hochburg des südafrikanischen Rassismus mag noch so stark scheinen, aber einmal in den Strudel des Befreiungskampfes hineingerissen, ist sie schon dem Untergang geweiht, wie das ihr rhodesischer Doppelgänger war."

D. SGRSKI

In der Antarktis gibt es keine Grenzen,
keine ausschließliche Souveränität,
keine Militärstützpunkte.
Jedes Land kann forschen

EIN KONTINENT, DER ALLEN GEHÖRT

Wjatscheslaw MARKIN

Seitdem vor mehr als 25 Jahren der Antarktisvertrag geschlossen wurde, ist der sechste Kontinent Schauplatz einer friedlichen internationalen Zusammenarbeit. Erstmals wird auf einem ganzen Kontinent die Vereinbarung befolgt, daß zwischen Staaten keine Feindschaft und Rivalität herrschen darf, daß Kriege als Mittel zur Behebung von Streitigkeiten und jederlei Kriegsvorbereitungen unzulässig sind.

Am 15. Oktober 1959 begann in Washington eine Konferenz von 12 Staaten, die während des Internationalen Geophysikalischen Jahres (IGJ) in der Antarktika zusammengearbeitet hatten. Gegenstand der Gespräche war der Erdteil, der erst vor 165 Jahren, über drei Jahrhunderte nach der Entdeckung Amerikas durch Kolumbus, entdeckt wurde.

Die Konferenz war vor allem deshalb notwendig, weil einige Länder versuchten, Teile des vereisten Kontinents für sich zu beanspruchen. Wegen seiner "Teilung" drohten bereits schwere Konflikte. Deshalb ist der Vertrag vom 1. Dezember 1959 (dem bis jetzt 32 Staaten beigetreten sind) so wichtig. Darin heißt es: "Die Antarktis wird nur für friedliche Zwecke benutzt. Verboten sind u. a. beliebige Maßnahmen militärischer Art wie die Anlegung von Militärstützpunkten und Befestigungen, das Abhalten militärischer Übungen und die Erprobung von Waffen aller Art."

Der Irrtum des James Cook

Vermutlich haben die Urbewohner Neuseelands, die Vorfahren der jetzigen Maori, die Antarktis als erste kennengelernt. Ein Mann namens Hu-te-Rangiora soll mit seinem Kanu ins stürmende Südliche Eismeer geraten sein und dort "weiße Felsen" gesichtet haben,

"die über dem froststarken Meer aufragten und deren Spitzen in den Himmel ragen". Historiker haben errechnet, daß die Fahrt ungefähr im Jahre 650 u. Z. stattgefunden haben muß.

Im Januar 1773 überquerte der Engländer James Cook den südlichen Polarkreis. Ein Jahr darauf erreichte er als erster 70 Grad 10 Minuten südlicher Breite und stieß auf lückenloses Treibeis. Danach rief er selbstsicher aus: "Kein Mensch wird es jemals wagen, weiter als ich nach Süden vorzudringen ... Die Lande weiter südlich wird man nie erforschen."

Ungefähr ein halbes Jahrhundert nach Cooks Rückkehr von seiner Fahrt wurde seine Behauptung von der russischen Expedition Faddej Bellingshausens und Michail Lasarews mit den Booten "Wostok" und "Mirny" widerlegt. Lasarew schrieb, sie hätten "festes Eis von außerordentlicher Höhe" erreicht. Man schrieb den 28. Januar 1820. Mit diesem Tag wird die Entdeckung des Kontinents am Südpol datiert.

Im Jahre 1899 landeten auf Kap Adare, von dem Norweger Carsten Borchgrevink geführt, 10 Männer. Sie wagten als erste, in der Antarktis zu überwintern, und stellten fest, daß man da leben kann.

Auf dem VI. Geographischen Weltkongreß in London (1895) rief der deutsche Geophysiker Georg von Neumayer die Wissenschaftler verschiedener Länder auf, gemeinsam die Antarktis zu erforschen.

Nacheinander gingen Expeditionen dorthin ab: englische, deutsche, eine schwedische, französische, eine norwegische, noch eine englische. Am 15. Dezember 1911 erreichten der Norweger Roald Amundsen und am 18. Januar 1912 der Engländer Robert Scott den Südpol.

Leider begann auch ein Kampf um die Aufteilung des Kontinents und die umlie-

genden Gewässer und Lande. Zu Anfang des 20. Jahrhunderts besetzte England die antarktischen Inseln Macquorie und Prince Edward. Ansprüche auf Gebiete in der Antarktis erhoben Frankreich, Norwegen, Australien, Argentinien und Deutschland.

Im Jahre 1946 wurde eine Serie von Expeditionen der US-Kriegsmarine eingeleitet.

Wer weiß, ob das antarktische Eis nicht ein Schlachtfeld geworden wäre, wenn man sich nicht darauf geeinigt hätte, auf der ganzen Welt die komplizierten Vorgänge in der Natur nach einem Einheitsprogramm für das Internationale Geophysikalische Jahr (1957–1959) zu erforschen.

Das sehr bedeutende wissenschaftliche Vorhaben, dessen Umfang nicht seinesgleichen hatte, hat ohne jeden Zweifel dazu beigetragen, die Einstellung zur Antarktis als Zankapfel zu ändern. Es hatte sich gezeigt, daß die Kenntnis der antarktischen Natur für die Lösung vieler globaler wissenschaftlicher Probleme notwendig ist, daß der vereiste Kontinent in der Natur der Erde eine besondere Rolle spielt. Im IGJ wurde der ganze Kontinent ein einziges internationales Laboratorium. Die UdSSR hat sich aufs aktivste an dem Vorhaben beteiligt.

Die SAE: von der ersten bis zur dreißigsten

Lange vor dem IGJ wurde im Präsidium der AdW der UdSSR unter Leitung des berühmten Polarforschers Iwan Papanin der Plan für eine Sowjetische Antarktisexpedition (SAE) erörtert. Leiter der Driftstation "Nordpol 2" (NP 2), wurde Held der Sowjetunion M. Somow.

Am 14. Januar 1956 näherte sich das Dieselschiff "Ob" der Eisbarriere im Raum

Die Siedlung Mirny in der Antarktis
Foto: TASS



der Insel Haswell. Dort begann an der Küste, die bald Prawda-Küste genannt wurde, der Bau der Hauptbasis der sowjetischen Expedition, des Observatoriums Mirny. Seitdem ging jedes Jahr eine SAE dorthin ab.

Die sowjetischen Wissenschaftler stimmten dem Plan der amerikanischen zu, am geographischen Südpol eine Basis anzulegen und mit der Erschließung der am schwersten zugänglichen Region, des geomagnetischen Südpols, sowie des Pols relativer Unzugänglichkeit, der am weitesten von der Küste entfernt liegt, zu beginnen.

Der erste Vorstoß ins Innere des Kontinents von April und Mai 1956 endete mit der Anlegung der Station Pionerskaja. Vier Personen, unter ihnen der Meteorologe Alexander Gussew und der Glaziologe Leonid Dolguschin, überwinternten erstmalig auf einer Hochebene der Antarktis. Im folgenden Jahr entsandte der Leiter der zweiten SAE, der Organisator der Driftstation "NP 3", Alexej Treschnikow, einen Schleppzug aus starken Treckern zum geomagnetischen Pol. Die 1500 km Eiswüste waren bei -60 Grad Lufttemperatur und ständigem Gegenwind nicht leicht zu überqueren. Unterwegs wurden zwei Zwischenstationen — Komsomolskaja und Wostok 1 — angelegt, dann das Observatorium Wostok, 1410 km von Mirny entfernt und 3420 m über dem Meeresspiegel. Die dritte SAE unter Leitung von J. Tolstikow arbeitet ganzjährig in den Stationen Wostok, Sowjetskaja und Komsomolskaja. Es wurde der Kältepol der Erde ent-

deckt, auf dem Lufttemperaturen bis -89 Grad C vorkommen.

Zu Beginn des IGJ stellte die UdSSR bereits auf vier antarktischen Stationen Beobachtungen an. Mirny hatte sich zu einer Art globaler Wetterzentrale entwickelt, dort wurden jeden Tag Wetterkarten für die ganze südliche Halbkugel angefertigt. Engen Kontakt zur sowjetischen Station hielten die Stationen der USA, Australiens, Argentiniens, Norwegens — insgesamt von 12 Ländern. Die gleichen rauen Umweltverhältnisse, das Bewußtsein, nach einem einhelligen Programm für die Wissenschaft und die Menschheit zu arbeiten, brachte die Wissenschaftler einander näher. Unter ihnen herrschte volles gegenseitiges Verständnis.

Im Jahre 1958 überwinternten auf 43 Stationen rund 900 Personen, darunter 185 sowjetische Forscher. 18 lebten und forschten auf der von den USA am geographischen Südpol angelegten Station Amundsen-Scott.

Jetzt halten sich in der Antarktis ständig 600–700 Personen auf. In den 86 Jahren haben dort über 20 000 überwinternt. Manche schon 5- oder 6mal.

Im Sommer, wenn zahlreiche Schiffe das Treibeis des Südlichen Eismeers durchqueren, bewegen sich Raupenschlepperzüge durch die Schneewüste, und am wolkenlosen Himmel fliegen Flugzeuge. Gleichzeitig befinden sich 4000–5000 Personen in der Antarktis.

Im März d. J. traf dort die 30. SAE mit rund 600 Teilnehmern ein,

austauschen. Gemeinsame Referate und Artikel wurden abgefaßt und haben ein Geheimnis des Eiskontinents nach dem anderen gelüftet.

Auf der US-amerikanischen Station McMurdo überwinterte der sowjetische Meteorologe Wladimir Rastorgujew von SAE 1, in Mirny ein amerikanischer Forscher. 1960 beteiligte sich der Glaziologe Sveneld Jewtejew an einem Vorstoß zum Südpol, zur amerikanischen Station Amundsen-Scott. Später war der Glaziologe und Thermophysiker Igor Sotikow ein Jahr lang am geographischen Südpol, auf der USA-Basis McMurdo. Er maß die Eistemperaturschwankungen je nach der Tiefe, um eine Bestätigung für seine langjährige "phantastische Idee" zu finden, daß unter dem dicken Eispanzer Tauwasser sei. Dank der Zusammenarbeit mit den Amerikanern konnten sichere Anzeichen dafür festgestellt werden, daß es, so unglaublich das scheinen mag, wirklich der Fall ist. Später forderten die Amerikaner Sotikow auf, an Arbeiten nach dem Projekt "Der Ross-Gletscher auf dem Schelf" teilzunehmen. Er ging wieder (zum 6. Mal) in die Antarktis, um auf dem riesigen driftenden Gletscher zu arbeiten.

Das Südliche Eismeer, das die Antarktis umspült, ist seit 1974 ein Objekt sowjetisch-amerikanischer Forschungen. Alexej Treschnikow schlug die parallele Komplexforschung beider Eismeere, des Nördlichen und des Südlichen, vor. Es entstand das Programm "Polarexperiment" (POLEX), das in POLEX-Nord (Arktis und Nordatlantik) und POLEX-Süd (Antarktis) eingeteilt ist. Es hat sich herausgestellt, daß die Prozesse in den Polarmeen auch nach einem amerikanischen Projekt erforscht werden. Die Wissenschaftler der beiden Länder trafen in Kontakt. Jetzt wird nach einem verein-

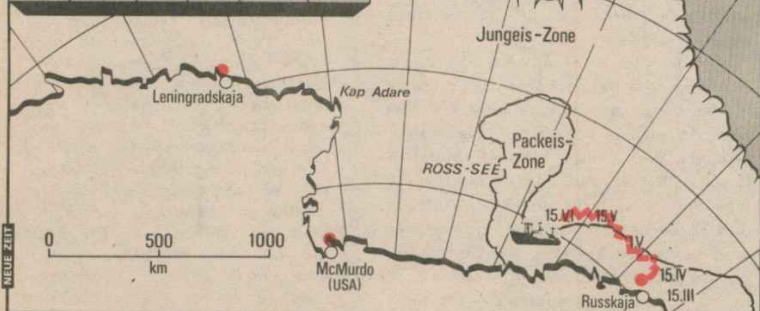
Nach internationalen Projekten

Seit dem IGJ ist es üblich, daß Stationen verschiedener Länder Wissenschaftler

Unser Bild: Das Diesel-Elektroschiff "Michail Somow" im Gebiet der Station Russkaja

Foto: TASS

Unten: Driftweg der "Somow"



barten Programm geforscht und werden regelmäßige Informationen ausgetauscht. wissenschaftliche Zusammenarbeit währt schon über 10 Jahre.

Ein äußerst wichtiges internationales Projekt ist das BIOMASS (biologische Erforschung des ökologischen Systems des antarktischen Meers und der Bestände des allgemein unter der norwegischen Bezeichnung Krill bekannten Planktons).

Es gibt sehr viel Plankton, man kann bis zu 100 Mio t im Jahr fangen, darf aber nicht vergessen, daß der winzige Krebs, aus dem es besteht, ein Hauptglied in der ökologischen Kette des südlichen Ozeans ist. Ein Versiegen des Kriel kann zu einer Krise des einzigartigen antarktischen ökologischen Systems führen.

Werden Städte entstehen?

In der Antarktis gibt es weder Wälder noch Flüsse und auch keine geographischen Zonen außer dem Eis. Ringsum nur Eis, und bis zu 4000 m Höhe ein kuppelförmiger Gletscher. Übrigens sind da auch Bergzüge mit spitzen Grat, aktive Vulkane und "Oasen" eisfreien Landes, auch Seen, an deren Grunde das Wasser 25 Grad Wärme erreicht. Und natürlich Pinguinkolonien.

Nirgends auf der Erde ist die Lufttemperatur so tief wie dort — fast minus 90 Grad Celsius. Nirgends sonst wehen ständig orkanartige Winde. Am schlimmsten auf dem Festland sind wohl die Schneestürme. In ihrer "weißen Nullsicht" verschwinden Erde und Himmel, ein unvorsichtiger Schritt abseits führt in einen Abgrund, aus dem es keine Wiederkehr gibt, und das dicht beim warmen Haus, das aber im Schneegestöber nicht zu finden ist. Endlich legt sich der Wind und wird der Himmel sichtbar. Man möchte ihn andauernd anschauen, wenn er die klaren Farben des Sonnenuntergangs trägt, wenn von ihm die Sterne riesengroß herabschauen oder wenn kalt das Polarlicht flimmert.

Die Antarktisforscher haben es sehr schwer. Hier ein Beispiel von vielen. Am 9. März d. J. traf das sowjetische Forschungsschiff "Michail Somow", das so nach dem sowjetischen Polarforscher benannt ist, im Pazifiksektor bei der Station Russkaja ein. Die Überwinterer sollten abgelöst und Brennstoff sowie Nahrungsmittel angeliefert werden. Man begann mit dem Löschen. Am 15. März brach ein Sturm los. Der Wind erreichte eine Sekundengeschwindigkeit von 70 m. Schwere Eisblöcke schlossen die "Somow" ein.

Kapitän Valentin Rodtschenko konnte das Diesel-Elektroschiff aus der Gefahrenzone, in der es von Eisbergen wimmelte, hinausführen, doch bald darauf lag die "Somow" mitten in einem großen Eisfeld. Ins Eis gepreßt, begann das Schiff, in südwestlicher Richtung zu driften. Ein Teil der Mannschaft und der Wissenschaftler mußte auf anderen Fahrzeugen der SAE untergebracht werden. 77 Personen wurden mit Hubschraubern abtransportiert. Die übrigen 53 kämpften tapfer für die Erhaltung des Schiffes und stellen auch die Forschungen nicht ein. Der Eisbrecher "Wladiwostok" ist unterwegs, um der "Somow" zu helfen.

In den letzten 20 Jahren hat die

Menschheit viel über den einzigen im üblichen Sinne unbewohnten Erdteil erfahren.

Die Ausmaße der "Eiskuppel" sind festgestellt: 14 Mio Quadratkilometer, gesamte Küstenlänge: 30 000 km, Eismasse: 24–30 Mio Kubikkilometer, das sind 90% des Süßwassers der Erde. Seine Nutzung würde zur Versorgung von Trockengebieten wie der Arabischen Halbinsel und dem Horn von Afrika mit Wasser beitragen. Es ist geplant, Eisberge aus der Antarktis nach Norden zu transportieren.

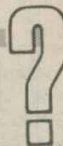
Versuche, Eisberge auf die nördliche Halbkugel zu befördern, wurden schon gemacht, scheiterten jedoch. In einem Fall kippte der Eisberg um, so daß man seinen Transport aufgeben mußte.

Die geologische Struktur der Antarktis ist erforscht, und ihre Verbindung mit Australien, Afrika und Südamerika ist festgestellt worden. Sie bildeten einen Kontinent namens Gondwana, der vor 50–30 Mio Jahren zerfiel. Vor etwa 30 Mio Jahren lösten sich die Antarktis und Australien ab. Die mächtigste im Weltmeer, die zirkuläre antarktische Strömung (sie erfaßt das Wasser bis zum Grunde), stellt eine mächtige Barriere dar, die zum vereisten Kontinent keine Wärme durchdringen läßt.

Das kalte Wasser schützt den Eisschild vor der Zerstörung, und es bedürfte einer sehr starken Erwärmung, damit das Eis taut. Die Umwandlung des antarktischen Eises in Wasser würde den Wasserstand des Weltmeers um 60 m erhöhen und mindestens 20 Mio Quadratkilometer Küstengebiete überschwemmen. Verschwinden würde eine kolossale Kältequelle der Erde, und es käme zu einer gründlichen Umstrukturierung ihrer ganzen Natur. Diese Veränderungen wären von der Menschheit kaum zu begrüßen.

Alljährlich überqueren einige tausend Menschen aus verschiedenen Ländern den südlichen Polarkreis. Es sind Überwinterer, Expeditionsteilnehmer, die nur für die Sommersaison hinfahren, Walfänger und Krillfischer und auch Touristen. Bevölkerungswissenschaftler nennen die Bevölkerung der Antarktis jetzt nichtsehaft. Manche Wissenschaftler aber sprechen von zukünftigen antarktischen Städten, in denen nicht nur Forscher wohnen werden.

Mit der Zeit werden die Menschen beginnen, die Naturschätze der Antarktis für die Wirtschaft nutzbar zu machen. Dort sind Anzeichen von Erdöl, Steinkohle, Eisenerz und vielen seltenen Metallen festgestellt worden. Ihre industrielle Gewinnung ist nicht leicht anzukurbeln und vorderhand unrentabel. Einmal aber wird es in der Antarktis eine Montanindustrie geben. Verwendung werden auch ihre besonderen Ressourcen — die riesigen Bestände an Eis und Kälte — finden.



Beim Lesen bin ich auf die Ausdrücke "Zehnergruppe" und "Elfergruppe" des Internationalen Währungsfonds gestoßen. Was sind das für Gruppen!

W. KONKIN
Nowosibirsk, RSFSR

Die Zehnergruppe besteht aus den zum Internationalen Währungsfonds (IWF) gehörenden, zum Teil größten kapitalistischen Ländern: den USA, Großbritannien, der BRD, Frankreich, Italien, Belgien, den Niederlanden, Schweden, Kanada und Japan. Auf sie entfallen über 50% der Beiträge zum Kapital des IWF, also auch der für die Beschlußfassung über internationale Währungsfragen erforderlichen Stimmen. Sie wurde zur Koordinierung der Währungspolitik der westlichen Länder gebildet.

Der nur für den Westen vorteilhafte Währungsmodus wird von den Entwicklungsländern schon lange scharf kritisiert. Sie fordern eine internationale Konferenz, die eine Valutareform vorbereiten soll. Das hatte Frankreich schon 1982 vorgeschlagen. Die USA waren zwar entschieden dagegen, konnten die Forderung aber nicht zum Scheitern bringen.

Beim Wirtschaftstreffen der sieben führenden kapitalistischen Länder von 1983 in Williamsburg wurde beschlossen, die Angelegenheit auf der Ebene von Experten der Zehnergruppe und der Schweiz zu "erwägen". Diese Elfergruppe soll ihre Vorschläge den am 22. Juni in Tokio zusammentretenden Finanzministern der westlichen Länder zuleiten und sie danach — im Oktober 1985 — vor die Jahrestagung des IWF bringen.

Nach der westlichen Presse zu urteilen, haben die elf Währungsweisen nach zweijähriger "Erwägung" befunden, daß eine radikale Umstrukturierung des kapitalistischen Währungssystems unzumutbar sei. Ihre Vorschläge laufen darauf hinaus, daß der IWF die Kontrolle der Wirtschaftspolitik seiner Mitglieder, vor allem der bei westlichen Bankiers in Schuldnechtschaft geratenen Entwicklungsländer, straffen soll. Die Elfergruppe schlägt eine Reform des IWF vor, bei der das Häuflein westlicher Länder im kapitalistischen Währungssystem nicht nur das Sagen behalten, sondern auch die finanzielle Ausplünderung der dritten Welt noch raffinierter betreiben könnte.

Wie man hört, will man in der Sowjetunion mit Trunksucht und Alkoholismus aufräumen. Sicherlich eine schöne Aufgabe, aber kaum lösbar. Überall auf der Welt hat man schon seit ewig versucht, diesem Laster auf den Leib zu rücken, bisher aber vergeblich.

Geoffrey WORREN
St. Paul, USA



Es diskutiert
das Mitglied
des NZ-Redaktions-
kollegiums
Wladimir
RUBZOW

Es stimmt, die bisherigen Erfahrungen sind nicht sehr ermutigend, Mr. Worren, aber auch ein negatives Resultat ist eins. Da sich der Mißerfolg in den Jahrhunderten schon oft einstellte, muß man wohl zugeben, daß die Trinker süchtig sind. Darauf sind die großen und kleinen Niederlagen bei der Bekämpfung dieses Lasters im Alltag und in der Produktion, in physiologischer und psychologischer Hinsicht zurückzuführen. Trinker stellen gern einen Anlaß zum Trinken als Ursache hin, dabei ist für einen Alkoholiker praktisch jede Begebenheit bzw. das Fehlen einer Begebenheit Anlaß zum Trinken. Übrigens meint jeder Gewohnheitstrinker, daß alle schlimmen Folgen der Trunksucht nicht für ihn seien, und später, wenn er vielleicht einsieht, daß sie auch für ihn verderblich sind, ist es zu spät, er kann ohne Alkohol nicht mehr auskommen.

Ja, Mr. Worren, die Aufgabe, die wir uns stellen, ist schwierig, aber unlösbar? Wohl kaum.

Ich möchte Ihnen aus folgenden Gründen nicht zustimmen. Vor allem reift im Sowjetvolk die Überzeugung heran, daß der Alkoholismus nicht auf leichte Schulter zu nehmen ist. Seit langem bestätigen das die Ärzte, darunter Psychologen, Pädagogen, Betriebsleitungen, Familienangehörige von gewohnheitsmäßigen Trinkern und diese selbst, wenn sie an einen gewissen Punkt angekommen sind.

Wir kämpfen nicht gegen die Träger des Lasters, wir kämpfen um sie, für ihre Rückkehr zu einem normalen, ausgefüllten Leben, dafür, daß sie erneut die Achtung

ihrer Umgebung erlangen. Wir wollen das Laster selbst ausmerzen.

Der Mensch ist das komplizierteste Lebewesen der Erde. Aber letzten Endes ist er der Selbstzweck der sozialen Entwicklung. In einer entwickelten Gesellschaft muß er sich über seine Stärken und seine Schwächen klar sein, die Stärken vervollkommen und die Schwächen überwinden lernen. Er darf dabei nicht allein sein, die ganze Gesellschaft muß ihm helfen. Alles moderne Wissen vom Menschen, von seiner Psyche, seinen körperlichen, geistigen und moralischen Potenzen, seinen Motiven und Stimuli muß mobilisiert werden. Man darf jedoch nicht vergessen, welche Schwierigkeiten und Probleme auf diesem Weg lauern.

Betrachtet man die Trunksucht als ein Problem, das **wissenschaftlich und komplex** zu behandeln ist, so erscheint es nicht mehr so unlösbar, zumal im Sozialismus. Denn in unserer Gesellschaft läßt man die Menschen nicht mit ihren persönlichen Problemen allein. Vielmehr hat unsere Gesellschaft die Möglichkeit, ihre Bemühungen planmäßig auf die Überwindung der entstandenen und alle beunruhigenden Mängel zu konzentrieren.

Hier ist es wohl angebracht, die Maßnahmen aufzuzählen, die im gesamtstaatlichen Maßstab vorgemerkt worden sind, um die Krankheit des Alkoholismus zu überwinden. Sie sind allumfassend, setzen also das gleichzeitige Wirken maßgeblicher Fachleute auf dem Gebiet der Sozialpsychologie, der Wirtschaft, der Demographie, der Erziehung, der Rechtswissenschaft, der Psychologie, der Medizin und der Biologie voraus. Warum das Trinken diese unheimliche Anziehungskraft besitzt, kann eigentlich niemand beantworten, der sich nur auf sein enges Fach spezialisiert. Gemeinsam mit Psychologen können Soziologen allgemeine und partielle Ursachen feststellen, die Menschen dazu veranlassen, sich ein "ewiges Fest" zu veranstalten, und zwar auf dem leichtesten Wege: durch Alkoholgenuß, Drogen usw.

Die Spezialisten können auch andere Wege vorschlagen, um die gleiche Hochstimmung herbeizuführen: Kommunizieren, Selbstsicherheit, entschlossenes Sprechen und Handeln. Aber diesmal wird das kein illusorisches Resultat, keine künstlich aufgepeitschte Vision sein, sondern eine reale Errungenschaft eines Individuums, seine natürliche Freude über eine solche Errungenschaft.

Man hat z. B. festgestellt, daß Dinge, die sich ein Mensch nicht zu erkämpfen braucht, ihn weit weniger freuen als das, worauf er Mühe, Geist und Kraft verwenden mußte.

Es ist Sache der Ärzte, den Wirkungsmechanismus des Alkohols, seinen Einfluß auf Hirn, Psyche oder etwa Leber festzustellen. Doch könnten sie auch die Wege bestimmen, um die traurigen physiologischen und sonstigen Folgen der Trunksucht zu neutralisieren und, wenn wir uns das höchste Ziel setzen, den schon zugefügten Schaden ungeschehen zu machen.

Es ist Sache der Gewerkschaften, der Sportvereine, der Gesundheits- und Kultureinrichtungen, die Freizeit der Menschen gehaltvoll, gesund und optimistisch zu gestalten, damit sowohl der Körper als auch der Geist auf ihre Kosten kommen.

Es ist Sache der Planungs- und Handelsstellen, die Lücken zu füllen, die der verminderte Alkoholverkauf im Staatshaushalt entstehen läßt, und dem Konsumenten attraktive, aber alkoholfreie Äquivalente zur Verfügung zu stellen. Selbstverständlich müssen auch Betriebe der Nahrungsmittelindustrie die Sache mit anpacken.

Es ist Sache der Verwaltung und der Justiz, darüber zu wachen, daß alle diese Maßnahmen realisiert werden, ohne daß dabei die Menschenwürde zu Schaden kommt und ein direktes Gegenteil bewirkt wird.

Und das letzte: An die Überwindung von Trunksucht und Alkoholismus denkt man in unserem Land in der Tat ernst und berücksichtigt alle hier erwähnten Faktoren. Diese Aufgabe ist nicht leicht, da haben Sie recht. Doch haben wir alle Möglichkeiten zu ihrer Lösung, und unser ganzes Volk strebt danach.

Es ist erfreulich, Mr. Worren, daß auch Sie diese Aufgabe als hochsinnig betrachten. Ich glaube, die meisten Ihrer Landsleute werden Ihnen zustimmen. Das Problem ist ja überall akut.

Nur eine Sorte gefragt



Die Öffentlichkeit der USA macht sich Sorgen darüber, daß es dort mit der Kenntnis von Fremdsprachen nicht weit her ist. Daraufhin hat das Unterrichtsministerium eine Liste von Sprachen veröffentlicht, die es in erster Linie zu lernen empfiehlt. Kaum wahrscheinlich, daß es in dieser Hinsicht zu einem Durchbruch kommen wird. Die Regierung kürzt ja die Sozialleistungen, so daß nicht nur die Erweiterung des Sprachunterrichts, sondern sogar das Bestehen des Unterrichtsministeriums in Frage gestellt ist. Wie der Sprachunterricht bis jetzt gehandhabt wird, verrät die "Washington Post". Die Lateinschüler müssen den Satz: "Carthaginem...", Verzeihung: "Nicaragua esse delendam", "Nikaragua muß zerstört werden" auswendig lernen. Für die Ausbildung solcher "Sprachkundigen" wird sich in Washington doch sicher Geld finden.

Der Boden zu heiß

Unfähig, die Massenkaktionen gegen das Militärregime abzuwürgen, merkt der pakistanische Diktator Zia ul-Haq immer genauer, wie schwankend seine Stellung ist. Er überlegt sich bereits, wohin er, wenn alle Stricke reißen, fliehen soll. Der indischen Zeitschrift "Blitz" zufolge

"sorgt er schon für einen Unterschlupf im Ausland und wird wahrscheinlich bald dem Beispiel des iranischen Schahs folgen". Über sichere Vertrauensmänner hat er einen größeren Teil seines Vermögens bereits ins Ausland verschoben und in Ägypten ein Grundstück gekauft.

Teure Kippen

Dem Madrider "Pais" zufolge ist Aviles eine der Städte Spaniens, die am meisten von Industrieabfällen verschmutzt sind. Offenbar außerstande, radikaler durchzugreifen, hat die Stadtbehörde verfügt, das Wegwerfen einer Kippe mit 500 Peseten (ungefähr 8 Mark) zu bestrafen.

Mit gutem Grund



Dem Westberliner "Tagesspiegel" zufolge ist das Fußballfeld in Chelsea (Großbritannien) mit einem 3 m hohen, elektrisch geladenen Gitterzaun umschlossen worden. Als erster in England will der Klub "Chelsea" so seine Spieler gegen Exzesse von Fußballrowdys abschirmen.

Sinnige Geschenke

In einem unlängst veröffentlichten Bericht über Prä-

sident Reagans finanzielle Lage war aufgeklärt, was er voriges Jahr geschenkt bekommen hat. Laut UPI figurieren da außer 4 Hörapparaten (für insgesamt 3000 Dollar), einer Kettensäge (238 Dollar), dem Schäferhund Lucky (400 Dollar) usw. ein Revolver von einem gewissen Leopold Deters aus Massachusetts. Vizepräsident George Bush ist mit 26 Paar Laufschuhen und einem Gewehr bedacht worden. Dieses kam aus Pakistan von einer an der afghanischen Grenze stehenden pakistanischen Infanterieeinheit.

Er weiß, was er sagt



Vor seinem Rücktritt gab der US-Botschafter in Israel, Lewis, ein Interview. Er hob hervor, daß sich die Beziehungen zwischen Washington und Tel Aviv jetzt "besser gestalten" denn je. Laut "Washington Post" hat er hinzugefügt: "Sie sind recht vielseitig und beinahe familiär." Lewis hat den Posten acht Jahre, länger als jeder seiner Vorgänger, bekleidet. Da weiß er doch gewiß, was er sagt.

Feine Kunden

Zweieinhalb Jahre brauchte die bundesdeutsche Polizei dazu, eine Bande, die auf den Autobahnen der BRD Raubüberfälle verübte, unschädlich zu machen. Der "Süddeutschen Zeitung" zufolge hat sie 227 Verbrecher festgenommen. Ihnen werden 2000 Raubüberfälle und eine Schädigung der Opfer um 100 Mio DM zur Last gelegt. Jetzt hat es sich herausgestellt, daß sie eine Vorliebe für Antiquitäten

hatten, für die sich immer hochrespektable Käufer, darunter einige Millionäre aus Österreich und den Niederlanden, gefunden haben.

Sterben — ein Geschäft

Der Amerikaner Ken McAvoy leidet, wie die "Süddeutsche Zeitung" berichtet, an einer unheilbaren Gehirnkrankheit. Seine Tage sind gezählt. Er scheint aber noch mit beiden Beinen auf dieser Welt zu stehen, denn er hat inseriert, er werde, wenn er scheide, für 60 Mark im Jenseits "eine beliebige Nachricht ordnungsmäßig zustellen".

Übergeschnappt

Der in Dortmund die-nende 35jährige Angehörige einer britischen Artillerieeinheit Malcolm Barnish hat den Rekord im pausenlosen Gehen gebrochen. Auf einem Sportplatz marschierte er 159 Stunden und legte dabei über 650 km zurück. Das teilt die Londoner "Sunday Times" mit und schreibt, es sei ihm nicht leichtgefallen, einmal habe er einen Schuh ausgezogen, ihn als Telefonhörer ans Ohr gelegt und "Hallo!" hineingerufen.

Das Capitol erobert



Der US-Kongreßmann Silvio Conte hat, der Wiener "Presse" zufolge, zum schonungslosen Kampf gegen die feindlichen Horden, die das Washingtoner Capitol erobern haben, ja zu ihrer Vernichtung aufgerufen. Wer sind die Feinde? Schaben.

Zeichnungen: W. Tschakiridis



1965—1985: 20 JAHRE

SPEZIALISIERTE FIRMEN VON V/O NOVOEXPORT

NOVOPROM — Export von Sekundärrohstoffen und Produktionsabfällen: Makulatur, Textilabfällen und Abfällen der Synthese- und Chemiefaserproduktion, Abfällen der Schwarz- und der NE-Metallurgie, der Erdölverarbeitung und Petrolchemie, Plast- und Polymerabfällen, gummihaltigen Abfällen und anderen Arten von Sekundärrohstoffen und Produktionsabfällen verschiedener Zweige der Volkswirtschaft der UdSSR.

NOVOBALT — Export von Torf und Torferzeugnissen, Industrie- und Haushaltsartikeln aus Holz, Gartengeräten, Angelzubehör und Touristikartikeln, Freizeit- und Sportbooten, Jollen, Modellbau- und Bastlerartikeln.

KOVRY — Export und Import von Teppichen und Teppicherzeugnissen.

SADKO — Export und Import von kunstgewerblichen Erzeugnissen, Porzellan, Bijouterie und Antiquitäten.

Exporteur:

V/O NOVOEXPORT, UdSSR, 103006, Moskau, Tschechow-Str. 2



NOVOEXPORT

Fernruf: 299 26 04, 299 29 52, 299 62 93, 299 88 48

Als die spanischen Konquistadoren an einem Novembertag des Jahres 1519 die Aztekenhauptstadt Tenochtitlan erblickten, waren sie von dem majestätischen Anblick fasziniert. Die Einwohner der Stadt hatten riesige Steintempel für die Regen- und Kriegsgötter und einen grandiosen Königspalast errichtet. Bereits damals lebten 300 000 Menschen in der Stadt — mehr als in jeder anderen europäischen Metropole. Dieser Rekord wird auch von der Hauptstadt der Vereinigten Mexikanischen Staaten, Mexiko-Stadt, gehalten, die anstelle des zerstörten Tenochtitlan entstand. In den letzten Jahren hat ihre Einwohnerzahl 17 Millionen erreicht. Vor allem sind es verarmte Bauern, die in der Hauptstadt nach Existenzmitteln suchen. Das Glück ist nicht allen hold. Neue Armenviertel entstehen, die Zahl der Arbeitslosen wächst.

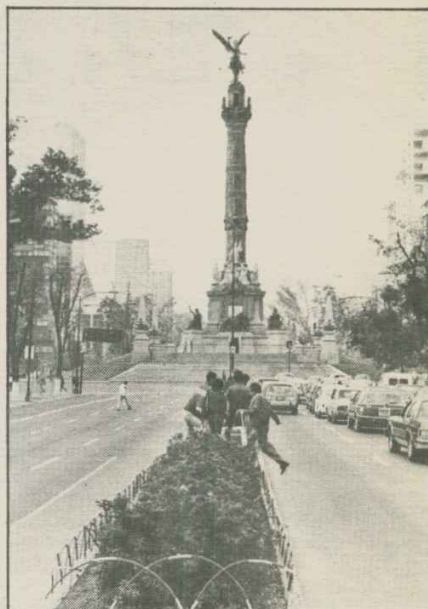
Die Übervölkerung von Mexiko-Stadt wirft viele Probleme auf. Und doch gilt die mexikanische Hauptstadt zu Recht als eine der schönsten und harmonisch-

Im Objektiv: MEXIKO-STADT

sren Städte des amerikanischen Kontinents. Breite Straßen, geräumige Plätze, schöne Brunnen und große Boulevards gehören zu ihrem Bild. Paläste und Tempel im Barockstil liegen unmittelbar neben Wolkenkratzern mit Firmenrepräsentanzen und Banken. Die Wände staatlicher Einrichtungen in der ganzen Stadt wurden von so berühmten Künstlern wie Diego Rivera, Jose Clemente Orozco und Alfaro Siqueiros geschmückt.

In Mexiko-Stadt studieren zwei Drittel aller Studenten des Landes, ist über die Hälfte seines Industriepotentials konzentriert, werden 7 von 10 Bankgeschäften abgewickelt. Es ist eine Stadt der Museen, Theater, Stadien, der Straßenkünstler und -musikanten.

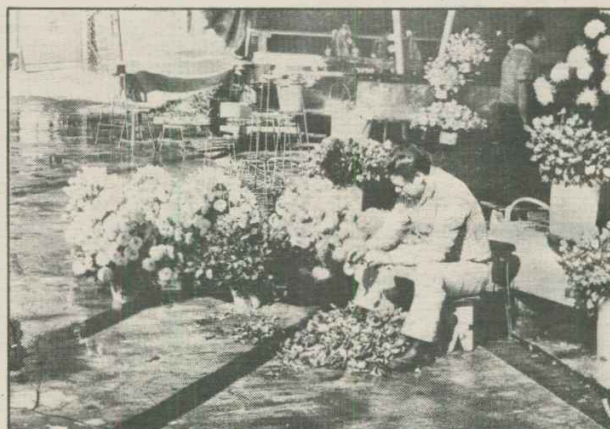
Was erwartet Mexiko-Stadt? Eine UNO-Prognose lautet: Mexiko-Stadt wird gegen Ende des Jahrhunderts 26 Millionen Einwohner haben.



Die zentrale
Paseo
de la Reforma



Vor dem Eingang zu Siqueiros
Poliforum



Blumenverkäufer

Fotoreportage:
NZ-Sonderkorre-
spondent
S. Goljakow

Ein Brunnen in
der Hauptstadt

Demonstration der Solidarität mit Nikaragua

